

„Peinlich!“

Das Wort ist zu schwach, viel zu schwach. Aber es ist so gefallen. Als SAT1 mich zur Zahl des Jahres 2012 interviewte, habe ich dieses Wort genommen. Ich habe hinzugefügt, es sei mehr als peinlich, wenn mir daraufhin Leute aus der Dritten Welt vorhielten, wir würden jedes Jahr 81,6 kg Lebensmittel wegwerfen, während in ihren Ländern selbst noch Reste aus dem Müll geklaubt würden. Diese Zahl des Jahres zeigt erneut, wie wichtig Zahlen sind. Wir müssen weiter Probleme quantifizieren. Die Zahl des Jahres 2012 nimmt in dieser Ausgabe aber nur einen kleinen Raum ein. Mehr Platz gehört dem Zensus 2011, dessen Ergebnisse in Kürze vorliegen. Hier können Sie sich noch mal mit der Basis und Auswertungsmöglichkeiten vertraut machen.

Die Soziale Segregation steht bei Seidel-Schulze im Blickpunkt. Dieses Projekt war das letzte, an dem Hartmut Häußermann beteiligt war. Beim Scherdin-Artikel kann man fragen, ob sich schlechte Bildung fortpflanzt.

Aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten Höfflin und Blinkert die ältere Generation. Sie belegen klar, welches Aufgabenpotential dort für uns liegt.

„Zurück in die Stadt“ melden Darmstädter Kollegen und arbeiten einen neueren Trend heraus. Dieser gilt aber nur für einige Stadtgruppen, fällt keinem in den Schoß, muss hart erarbeitet werden.

Die Mühen von Befragungen, die Menschen mit Migrationshintergrund wirklich einbeziehen sollen, hat Erbslöh im Blick. Mausfeld wirft ein Schlaglicht auf die Georeferenzierung und Ruten berichtet über einen Bürgerentscheid zu einem Platznamen.

Münzenmaier wendet sich Größerem zu: Einkommen in Großstädten und ihren Regionen; Fuchs und Weyh gehen der Frage nach dem Fachkräftemangel in Mitteldeutschland auf den Grund.

Durch diese Ausgabe zieht sich eine Rede von Martin Luther King: „I Have a Dream“, diese Ansprache, die er vor nun 50 Jahren in Washington gehalten hat.

Martin Schlegel, Hagen

Inhalt

			Seite
Sozialbericht- erstattung	Antje Seidel-Schulze, Berlin	Kleinräumiger Städtevergleich 2011 Soziale Segregation und Polarisierung	5
	Patricia Scherdin, Oberhausen	Oberhausener Familienbericht 2012 Die Bildung macht's!	9
	Peter Höfflin, Ludwigsburg	Großer Datenpool – Zusatzbefragungen sind nötig Pflegebedürftigkeit und kommunale Sozialbericht- erstattung	15
	Baldo Blinkert, Freiburg	Ausgewählte Ergebnisse aus dem ToolS-Bürgersurvey „Aktives Altern“ im EU-Projekt ToolS	20
Stadtent- wicklung	Michael Kolmer, Günther Bachmann, Darmstadt	Aktuelle Tendenzen der Stadtentwicklung in Deutschland Zurück in die Stadt	26
	Georg Haumann, Darmstadt	Zukunft eines inhomogener werdenden Wohnungsmarktes Wohnen in FrankfurtRheinMain und Darmstadt	35
Zensus 2011	Barbara Sinner-Bartels, Stuttgart	Wie viele Menschen leben in Stadt, Land und Bund? Die Ermittlung der Einwohnerzahlen beim Zensus 2011	38
	Ralf Münnich, Trier; Siegfried Gabler, Mannheim; Matthias Ganninger, Mannheim; Jan Pablo Burgard, Trier; Jan-Philipp Kolb, Mannheim	Adäquates Verfahren zur präzisen Ermittlung der Einwohnerzahl Stichprobendesign des Zensus 2011	42
	Peter Schimany, Nürnberg	Der Zensus hilft – der Mikrozensus hilft weiter Zensusdaten für die Migrations- und Integrationsfor- schung	47
Methodik	Barbara Erbslöh, Essen	Planung und Durchführung einer Befragung von Menschen ohne und mit Migrationshintergrund Keine einfache Angelegenheit	52
	Juliana Mausfeld, Hamburg	Wohin geht die Reise? Georeferenzierung	60

			Seite
Kommunales	Christa Ruten, Münster	Bürgerentscheid in Münster zur Namensgebung „Hindenburgplatz“ Ein alter Name auf der Kippe	62
	Werner Münzenmaier, Stuttgart	Einkommensverteilung zwischen Großstadt und Region Deutliche Unterschiede	66
	Michaela Fuchs, Halle; Antje Weyh, Chemnitz	Berechnungsmethode und Ergebnisse Fehlen in Mitteldeutschland Fachkräfte?	71
Internes	Helmut Schels, Ingol- stadt, Thomas Scheu- chenpflug, München	Geograf und Diplom-Statistiker Im Süden was Neues	77
	Hubert Harfst, Hannover	Ex-AG in Wien Imperiale Pracht und Sturm im Glas	82
Streiflichter	Ralf Münnich, Trier	Statistiker rund um den Globus nehmen an weltweitem Aktionsjahr teil Das Internationale Jahr der Statistik 2013	Um- schlag
	Martin Luther King Jr., USA	28. August 1963, Washington, D.C.: Ansprache während des Marsches auf Washington I Have a Dream	14
	Martin Schlegel, Hagen	Zahl des Jahres 2012 81,6 kg	51
	Martin Schlegel, Hagen	Die Frau, für die ich den Computer erfand Zu früh gekommen	61
	Andreas Hämer, Großrosseln	Tauben	70
	Kommunikation, Stadt Wolfsburg	Frühjahrstagung 2013 – Willkommen in Wolfsburg Eine Stadt zum Wohlfühlen	78
	Martin Schlegel, Hagen	„Lässig rausgerotzt“ Es ist mal wieder Zeit	80
	Martin Schlegel, Hagen	1963 – Was für ein Jahr!	81
Rubriken	Editorial:	Peinlich	1
	Bevor der Ernst beginnt:	Beste(r) Amtsleiter	4
	Impressum		8
	Autorenverzeichnis		84

Bester Amtsleiter

Den Namen werde ich nicht preisgeben, weder den Vor-, den Zu-, noch den Spitznamen. Auch nicht die Stadt, in der er lebt und arbeitet. Über seine Funktion werden Sie Wichtiges erfahren: Er selbst wird sich dazu einlassen.

Nennen wir ihn einfach Mister Z.

Unser Mister Z stand vor Gericht; aber nicht als Beklagter, sondern als wichtiger Zeuge. Seine Frau begleitete seinen Auftritt, sie war im Zuschauerraum.

Zu Beginn seines Zeugenauftritts hatte Mister Z einige Fragen zu seiner Person zu beantworten, eben das Übliche. Auf die Frage nach seiner Funktion gab er zu Protokoll: „Bester Statistik-Amtsleiter seit Menschengedenken.“

Im Anschluss an die Gerichtsverhandlung fragte ihn seine Frau vorwurfsvoll: „Wie konntest du dich nur so bezeichnen?“

Mister Z sah seine Gemahlin verblüfft an: „Ich stand vor Gericht, da muss man die Wahrheit sagen!“

Martin Schlegel, Hagen

Soziale Segregation und Polarisierung

Antje Seidel-Schulze, Berlin

Die Unterschiede, die zwischen Stadtteilen im Hinblick

- auf die finanzielle Lage,
- den sozialen Status und
- die ethnische Herkunft

der Bewohnerinnen und Bewohner bestehen, erfahren heute unter der Prämisse der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zunehmende Aufmerksamkeit seitens Politik und Öffentlichkeit. Denn seit Mitte der 1980er-Jahre haben sozio-ökonomischer Strukturwandel, Zuwanderung und wachsende Arbeitslosigkeit gerade in großen Städten dazu geführt, dass sich die innere Struktur der Städte veränderte. Sozialräume in den Städten differenzieren sich seitdem immer weiter aus, Quartiere entmischen sich in zunehmendem Maße, und es wird vielerorts eine Tendenz zur Polarisierung zwischen den wohlhabenden und ärmeren Stadtteilen beschrieben.

Diese Trends konnten jedoch bislang nicht flächendeckend für ein gesamtes Stadtgebiet oder im Vergleich zwischen unterschiedlichen Städten quantifiziert werden. Unbestritten und durch quartiersbezogene Untersuchungen belegt ist bislang nur, dass sich Stadtteile herausgebildet haben, die von der allgemeinen Entwicklung der Stadt abgekoppelt zu sein scheinen und in denen sich Bevölkerungsgruppen mit vielfältigen sozialen Problemen immer stärker konzentrieren.

Projektidee

Diesen Versuch hat das Projekt „Kleinräumiger Städtevergleich 2011“ unternommen, das im Mai 2012 am Difu abgeschlossen wurde¹. Das Projekt hatte zwei Ziele:

- Zum einen wurden Methoden erprobt, um Segregation und Polarisierung im Zeitverlauf innerhalb einer Stadt sowie städteübergreifend zu vergleichen.
- Zum anderen wurden auf Basis dieser Berechnungen Aussagen zur sozialräumlichen Entwicklung von städtischen Teilräumen für die Jahre 2007 und 2009 gemacht.

Das Kooperationsprojekt mit 19 deutschen Großstädten wurde zusammen mit Prof. Hartmut Häußermann im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in einjähriger Laufzeit bearbeitet.

Methodisches Vorgehen

Im Projekt wurden Großstädte auf Basis kleinräumiger Gebietszuschnitte gleicher bzw. ähnlicher Größe verglichen. Für diesen Zweck wurde in einem Pilotprojekt 2010 ein methodisch gestuftes Verfahren entwickelt, das indikatorengestützte Aussagen zur sozialräumlichen Entwicklung

im Zeitraum von 2007 bis 2009 zulässt. Die Auswahl der Städte erfolgte im ersten Schritt auf der Grundlage der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) des BBSR. Einbezogen wurden schließlich 19 Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern:

Berlin, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Halle, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Koblenz, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Oberhausen, Saarbrücken und Stuttgart.

Es lagen Daten für insgesamt 1.717 Teilräume vor. Diese Teilräume waren zur besseren Vergleichbarkeit von den Städten zum Teil neu zugeschnitten worden². Zielgröße der Teilräume war eine Einwohnerzahl von 3.000 bis 7.000.

Die sozialräumliche Situation der Städte wurde anhand von drei Kernindikatoren abgebildet, die sich in der Segregationsforschung und in städtischen Monitoringsystemen³ sozialer Stadtentwicklung etabliert haben:

- Arbeitslosigkeit (Anteil der Arbeitslosen an allen 15- bis unter 65-jährigen Einwohnern am Hauptwohnsitz, „Arbeitslosenziffer“)
- „Kinderarmut“ (Anteil der nicht erwerbsfähigen Hilfeempfänger von SGB II an allen 0- bis unter 15-jährigen Einwohnern am Hauptwohnsitz)

IRB

Geänderte innere Struktur

**Kernindikatoren:
Arbeitslosigkeit
Kinderarmut
Migrationshintergrund**

- Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt (Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Einwohnern am Hauptwohnsitz).

Untersucht wurden der Status in den Jahren 2007 und 2009 sowie die Entwicklung von 2007 bis 2009. Das Methodenkonzept beinhaltet drei Untersuchungsschritte:

- Messung und Vergleich der Segregation, d.h. der (un-)gleichen Verteilung eines Merkmals in der Stadt.
- Messung und Vergleich des Ausmaßes der Polarisierung, d.h. der Distanz zwischen der Ausprägung eines Indikators in den städtischen Teilräumen und dem städtischen Durchschnitt.

- Detailanalyse von Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen mittels Trendanalyse.

Dazu wurden verschiedene Indikatoren berechnet, u.a. der Segregationsindex nach Duncan und Duncan⁴, der Lokationsquotient⁵, ein Distanzmaß sowie eine Trendanalyse⁶. Je nach verwendeter Methode waren Aussagen über Segregations-, Konzentrations- und Polarisierungstendenzen auf Ebene der Gesamtstadt sowie auf Stadtteilebene möglich.

Ausgewählte Ergebnisse Soziale Segregation

Segregation ist die räumlich ungleiche Verteilung von Merkmalen. Das Ausmaß der

Segregation lässt sich mit dem Segregationsindex beschreiben. Der Wert lässt sich im weitesten Sinn, als ein Prozentwert verstehen, der angibt, welcher Prozentsatz der untersuchten Bevölkerungsgruppe umziehen müsste, um eine Gleichverteilung dieser Gruppe innerhalb der Stadt zu erreichen.

Segregation lässt sich in den untersuchten Städten in unterschiedlichem Ausmaß nachweisen. Bei den untersuchten Indikatoren weist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den Merkmalen Kinderarmut und Migrationshintergrund die geringste Ungleichverteilung auf. Der Mittelwert der Segregationsindices (s. Tabelle 1) lag im Jahr 2009 für die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt bei 19, bei der Kinderarmut bei 31 und für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund um 23. Am Beispiel der Kinderarmut hieße das: Im Durchschnitt aller Städte müssten 31 Prozent aller Kinder im SBG-II Bezug umziehen, damit eine Gleichverteilung innerhalb der Städte erreicht wäre.

Im Städtevergleich lassen sich große Spannweiten nachweisen. Bei der Arbeitslosigkeit gab es 2009 in Karlsruhe die geringste Ungleichverteilung, in Köln die höchste (SI = 13 bzw. 23). Noch größer sind die Städteunterschiede bei der Kinderarmut. Die geringste, aber immer noch hohe Ungleichverteilung gab es 2009 in Frankfurt/Main, Stuttgart, Karlsruhe und Oberhausen, die größte in Hamburg und Berlin. In fast allen Städten gab es von 2007 bis 2009 einen Anstieg, d.h. eine wachsende Ungleichverteilung der Kinder in Familien mit SGBII-Bezug. Die Unterschiede zwischen den Städten lassen sich z.T. mit der

Tab. 1:
Segregationsindices (SI) für die Indikatoren Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und Bevölkerung mit Migrationshintergrund je Stadt für 2007 und 2009

Stadt	Arbeitslosigkeit		Kinderarmut		Migrationshintergrund	
	2007	2009	2007	2009	2007	2009
Berlin	19,2	17,9	39,6	41,7	33,9	34,5
Bremen	18,6	18,3	31,7	31,7	22,3	22,6
Dortmund	21,5	20,7	31,3	31,7	27,9	27,9
Düsseldorf	21,5	20,6	32,4	34,1	-	20,1
Frankfurt/Main	17,0	16,5	24,4	26,5	16,8	17,0
Halle	20,7	21,9	38,8	34,2	-	-
Hamburg	21,3	19,4	38,1	39,2	-	23,1
Heidelberg	20,0	20,5	34,8	34,9	-	-
Karlsruhe	13,4	13,1	23,6	22,1	17,2	16,6
Koblenz	18,7	17,6	30,7	30,1	-	26,8
Köln	22,7	23,5	36,4	37,6	26,7	27,1
Leipzig	18,9	18,7	33,9	35,7	-	30,0
Mainz	17,6	16,0	27,7	28,7	15,4	15,3
Mannheim	20,9	18,8	35,0	35,5	-	26,9
München	16,0	14,8	26,6	27,4	16,2	16,7
Nürnberg	21,0	19,5	33,2	33,4	-	25,2
Oberhausen	16,7	17,5	24,7	23,9	20,2	20,3
Saarbrücken	21,8	21,8	30,6	32,6	20,9	20,8
Stuttgart	17,4	16,3	23,5	25,4	20,9	20,6
Minimum	13,4	13,1	23,5	22,1	15,4	15,3
Maximum	22,7	23,5	39,6	41,7	33,9	34,5
Mittelwert	19,1	18,6	31,4	31,9	22,1	23,2

Quelle: Städtedaten und eigene Berechnungen.

* Vereinzelt fehlende Werte, da Migrationshintergrund für 2007 noch nicht überall kleinräumig vorlag.

Stadtstruktur erklären, denn in den meisten Städten der Gruppe mit niedrigen Werten gab es starke Suburbanisierung außerhalb der Stadtgrenzen. In welchem Ausmaß die stadtregionalen Verflechtungen des Wohnungsmarktes mit dem Umland für einige der Städte darüber hinaus eine wichtige Rolle spielen, war mit dem gewählten Untersuchungsansatz allerdings nicht zu klären.

Sinkende Kinderarmut

Bei der Kinderarmut gibt es gegenüber dem Indikator Arbeitslosigkeit in allen Städten ein hohes Ausgangsniveau. Die Quoten schwankten 2009 zwischen 15 Prozent in Karlsruhe und 37 Prozent in Berlin (s. Tabelle 2). Insgesamt ließ sich in den meisten Städten für den Zeitraum 2007 bis 2009 ein Rückgang nachweisen. Mit Ausnahme von Halle, Karlsruhe und Oberhausen stieg die Segregation in allen untersuchten Städten aber an (s. Tabelle 1).

Eine Analyse der Lokationsquotienten der Teilräume ergab, dass der Befund der steigenden Segregation von unterschiedlichen Polarisierungsprozessen begleitet wird. Die Polarisierung geht in der Hälfte der Städte zurück (vgl. Dohnke Seidel-Schulze, Häußermann, 2012), in der anderen Hälfte steigt sie an. Dahinter stehen unterschiedliche Entwicklungen. In Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg und Mainz ist der Anstieg der Polarisierung dadurch bedingt, dass die Zahl der Stadtteile mit vergleichsweise hoher „Kinderarmut“ weiter zunimmt, während die Zahl der Stadtteile mit niedriger „Kinderarmut“ stagniert oder leicht sinkt. In Berlin, Ko-

blenz, Düsseldorf, Leipzig und Saarbrücken hingegen ist der Anstieg der Polarisierung dadurch bedingt, dass die Zahl der Stadtteile mit einer bereits niedrigen „Kinderarmut“ weiter ansteigt, bei gleichbleibender bzw. leicht sinkender Anzahl von Stadtteilen mit hoher „Kinderarmut“. Ausnahmen bilden München und Stuttgart. Dort steigen sowohl die Quoten der „Kinderarmut“ gesamtstädtisch als auch Segregation und sozialräumliche Ungleichheit von 2007 bis 2009 an, das Ausmaß der Polarisierung ist aber rückläufig.

Steigende Kinderarmut

Mittels einer Trendanalyse (Häußermann u.a. 2008) wurden für alle Städte diejenigen Gebiete identifiziert, die im Vergleich zum Gesamtstadttrend eine besonders auffällige abweichende Entwicklung⁷, z.B. auffällig stärkerer Rückgang bzw. Anstieg bei einem der drei Kernindikatoren, genommen hatten.

Für den Indikator Kinderarmut wurden in der Einzelgebietsbetrachtung 209 der insgesamt 1.717 Gebiete als besonders auffällig identifiziert. In mehr als der Hälfte dieser Gebiete gab es einen überdurchschnittlichen Rückgang der „Kinderarmut“, in den übrigen Gebieten einen überdurchschnittlichen Anstieg. Anders als bei der Arbeitslosigkeit, bei der Annäherungsprozesse der Stadtteile an den jeweiligen städtischen Durchschnitt und eine rückläufige Polarisierung nachgewiesen wurden, zeigen sich bei der „Kinderarmut“ deutliche Polarisierungsprozesse. Denn überwiegend in Gebieten mit bereits niedriger „Kinderarmut“ sinken die Werte im Untersuchungszeitraum

weiter, während in Stadtteilen mit einem bereits hohen Niveau an „Kinderarmut“ diese hingegen weiter ansteigt.

Differenziert nach Lage in der Stadt zeigt sich für die Entwicklung der Kinderarmut ein deutliches Innenstadt-Stadttrand-Gefälle. Dies ergab eine vertiefende qualitative Analyse von ca. 150 Gebieten mit auffälliger Entwicklung der Kinderarmut. Während auffällig positive Entwicklungen eher in der Innenstadt verortet sind, fanden negative Entwicklungen überwiegend am Stadttrand bzw. – je nach Stadtstruktur – am Innenstadtrand statt. Wesentliche Ursachen dürften Aufwertungsprozesse in den Innenstädten und steigende Mieten sein, die Verdrängungsprozesse einkommensschwächerer Gruppen in Gang setzen. Soziale Probleme verlagern sich damit sukzessive an den Stadtrand bzw. in Stadtlä-

Kinderarmut: Starkes innerstädtisches Gefälle

Tab. 2:
Quoten für Indikator Kinderarmut in 19 deutschen Städten

Stadt	2007	2009
	%	
Berlin	38,6	37,4
Bremen	29,6	29,1
Dortmund	30,1	30,2
Düsseldorf	22,0	21,8
Frankfurt/Main	24,2	23,9
Halle	41,4	31,8
Hamburg	25,0	23,7
Heidelberg	12,7	12,6
Karlsruhe	16,2	15,1
Koblenz	23,4	23,0
Köln	24,7	24,6
Leipzig	37,3	33,2
Mainz	17,5	17,7
Mannheim	22,7	22,0
München	12,2	12,6
Nürnberg	23,3	23,0
Oberhausen	26,1	25,7
Saarbrücken	32,6	31,7
Stuttgart	16,2	16,2

Quelle: Städtedaten und eigene Berechnungen.

gen, in denen Wohnraum noch erschwinglich ist. In der Untersuchung befanden sich 68 Prozent der vertieft untersuchten Gebiete mit überdurchschnittlichem Anstieg der Kinderarmut am Stadtrand.

Indikator Arbeitslosigkeit

Bei der Segregation und Polarisierung von Arbeitslosen ist insgesamt eher ein Rückgang festzustellen, bei der Kinderarmut hingegen steigen Segregation und Polarisierung oder stagnieren auf hohem Niveau. Das zeigt, dass sich die durch die amtliche Statistik definierte Arbeitslosigkeit und Kinderarmut statistisch unabhängig voneinander entwickeln. Es scheint, dass Arbeitslosigkeit als Armutsindikator bzw. Indikator für soziale Beachtung an Aussagekraft verliert, denn so genannte „Aufstocker“, d.h. Erwerbstätige, die wegen Niedriglohn ergänzende SGB-II-Leistungen in Anspruch nehmen, werden in der Arbeitslo-

senstatistik nicht abgebildet. Der Indikator Kinderarmut beschreibt das soziale und räumliche Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft deshalb präziser. Perspektivisch könnte auch Altersarmut als Indikator für generative Segregation⁸ wachsende Bedeutung erlangen. Das Projekt hat aufgezeigt, wie sozialräumliche Segregation innerhalb der Stadt aber auch städtevergleichend beobachtet werden kann. Dies gelang u.a. durch die intensive Kooperation mit den Statistikämtern bzw. Fachbereichen Statistik der beteiligten Städte. Dafür sei an dieser Stelle noch einmal gedankt.

Anmerkungen

- 1 Dohnke, Jan, Antje Seidel-Schulze und Hartmut Häußermann (2012) Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009. Difu-Impulse Bd. 4/12. Berlin.
- 2 Dohnke, Jan, Hartmut Häußermann und Antje Seidel-Schulze (2009) Synopse Monitoring sozialer Stadtentwicklung. Difu-Projektpapier. Berlin.
- 3 Die Ergebnisse im Pilotprojekt

2010 hatten gezeigt, dass die unterschiedlichen Gebietsgrößen bzw. Einwohnerzahlen der kleinteiligen Gebietseinheiten der Städte keine Interpretation zuließen. Die Segregation erreicht in den Städten mit kleineren, sozial homogenen Gebietseinheiten höhere Werte als in Städten mit größeren Gebieten. Die Städte haben deshalb neue Gebiete mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern zugeschnitten und eine Harmonisierung herbeigeführt.

- 4 Duncan, Otis Dudley und Beverly Duncan (1955) A Methodological Analysis of Segregation Indices. In: American Sociological Review 20, S. 210–17.
- 5 Fuchs, Corinna (2008) Ghettoisierung ethnischer Gruppen in Stuttgart? In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 9/2008, S. 256ff. Stuttgart.
- 6 Häußermann, Hartmut, Jan Dohnke und Daniel Förste (2008) Trendanalyse der Entwicklung von Neukölln und Neukölln-Nord im Vergleich zu Berlin insgesamt und zu anderen Teilgebieten in Berlin. Berlin.
- 7 Als Gebiet mit besonders hoher Abweichung galt ein Gebiet mit starker Konzentration (Lokationsquotient >1,5).
- 8 Siedentop, Stefan und Stefan Fina (2012) Eine neue Geographie der Segregation? Entwicklung der ethnischen und generativen Segregation in der Landeshauptstadt Stuttgart. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 10/2012, S. 346-357.

Indikator Arbeitslosigkeit verliert an Aussagekraft

Impressum

Herausgeber: Verband Deutscher Städtestatistiker, gegründet 1879
 Vorsitzender: Rudolf Schulmeyer
 Grafenwerthstraße 43, 50937 Köln
 Telefon 0221-443403, E-Mail: RSchulmeyer@t-online.de

Stellvertretender Vorsitzender: Hermann Breuer,
 Abteilungsleiter im Amt für Stadtentwicklung und Statistik
 Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
 Telefon 0221-22121871, E-Mail: hermann.breuer@stadt-koeln.de

Redaktion: Martin Schlegel, Redaktionsleiter
 Franzstr. 21, 58091 Hagen, Telefon 02331-79101,
 E-Mail: me.schlegel@t-online.de

Herstellung: Schibri-Verlag, Milow 60, 17337 Uckerland, Telefon 039753-22757,
 Telefax 039753-22583 E-Mail: schibri-verlag@t-online.de

Bezug: Stadtforschung und Statistik erscheint seit 1988 zweimal jährlich und ist beim Schibri-Verlag oder über den Buchhandel zu beziehen. Abonnementpreis jährlich 15 EUR

Bei Nachdruck Belegexemplar erbeten



ISSN 0934-5868

Die Bildung macht's!

Patricia Scherdin, Oberhausen

Im Frühjahr 2012 wurde in Oberhausen der zweite kommunale Familienbericht veröffentlicht. Erstellt wurde er vom Fachbereich Statistik.

Um die Familien einzubeziehen und Informationen vor allem über die soziale und ökonomische Lebenssituation sowie über die Zufriedenheit von Familien zu erhalten, wurde ergänzend zur amtlichen Statistik eine schriftliche Familienbefragung durchgeführt.

Diese hatte die Themen:

- Bildungsstand,
- finanzielle Situation,
- Wohnsituation,
- Nutzung sozialer Einrichtungen,
- Freizeitaktivitäten und
- Gesundheit der Kinder.

3.000 Haushalte mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren wurden angeschrieben. Als Anreiz hat mit der Befragung ein Malwettbewerb stattgefunden. Alle Kinder wurden eingeladen, auf dem Deckblatt des Fragebogens ein Bild ihrer Familie zu malen, wobei attraktiven Sachpreise verlost wurden. Zudem wurden zwei Erinnerungsschreiben geschickt. Außerdem hat jede Familie neben dem Anschreiben und dem Fragebogen einen bereits frankierten Rückumschlag erhalten.

Dennoch blieb die Rücklaufquote hinter den Erwartungen zurück. Insgesamt haben 816 (27,2 %) der angeschriebenen

Familien den Fragebogen zurückgeschickt.

Familienstrukturen¹

Im Oberhausener Stadtgebiet bestehen 2010 insgesamt 101.545 Haushalte, wobei in 20,7 % (21.006) davon mindestens ein Kind unter 18 Jahren lebt. Trotz der Pluralisierung der Familientypen stellt die klassische Form der Familie mit verheirateten Eltern immer noch die Mehrheit der Familienhaushalte. In Oberhausen sind mehr als zwei Drittel der Familienhaushalte (69 %) Haushalte mit verheirateten Eltern, 6,5 % der Familien sind nichteheliche Lebensgemeinschaften. Bei etwa einem Viertel der Familienhaushalte (5.136) handelt es sich um Haushalte von Alleinerziehenden, wobei unter den Alleinerziehenden in Oberhausen 90,7 % Frauen, und entsprechend 9,3 % Männer sind. Betrachtet man die Familien nach der Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt, ist mit 55,6 % mittlerweile mehr als jede zweite Familie in Oberhausen eine Ein-Kind-Familie. Ein Drittel der Familien hat zwei Kinder und die restlichen 11 % sind kinderreiche Familien und haben demnach drei oder mehr Kinder.

Fast jeder vierte Haushalt mit Kindern (23,2 %) in Oberhausen bezieht Leistungen nach dem SGB II. Alleinerziehende

und kinderreiche Familien sind davon deutlich häufiger betroffen. So ist jeder zweite Haushalt eines Alleinerziehenden (52 %) und 40 % der kinderreichen Familien auf diese finanzielle Unterstützung angewiesen.

Im Stadtgebiet verteilen sich die Familien bzw. die verschiedenen Familientypen sehr unterschiedlich. Auch sozialstrukturell sind die insgesamt 27 Oberhausener Sozialquartiere sehr heterogen. Abbildung 1 charakterisiert jedes Quartier anhand der drei Kennzahlen „Anteil Haushalte mit Kindern“, „Anteil nichterwerbsfähiger Hilfebedürftiger (SGB II)“ und „Anteil Personen mit Migrationshintergrund“. Dabei zeigt sich, dass zwischen dem Anteil der nichterwerbsfähigen SGB-II-Empfänger und dem Anteil der Familien mit Kindern kein räumlicher Zusammenhang besteht. Gleiches gilt für Familien mit Kindern und Personen mit Migrationshintergrund. Dahingegen liegt eine deutliche Korrelation zwischen dem Anteil der nichterwerbsfähigen SGB-II-Empfänger und der Prägung durch Migranten vor. Armut konzentriert sich räumlich betrachtet vor allem dort, wo viele Personen mit Migrationshintergrund leben. In diesen Räumen sind zudem die Anteile der Alleinerziehenden und der kinderreichen Familien (teilweise deutlich) überdurchschnittlich hoch.

Alleinerziehende mit SGB II-Hilfe

Heterogene Sozialstruktur

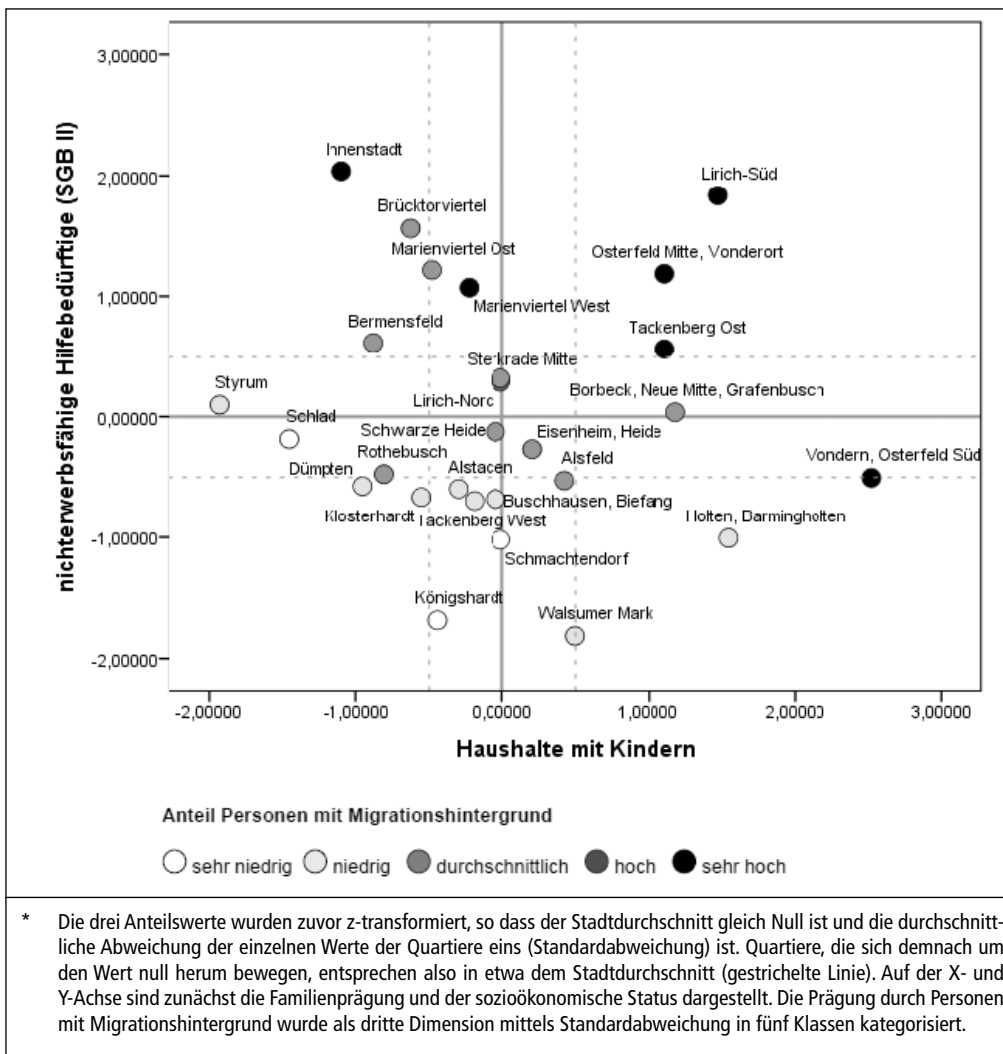


Abb. 1:
Familienprägung, soziale Lage und Migrantenprägung auf der Ebene der Oberhausener Sozialquartiere*

Wirtschaftliche Lage

Im Rahmen der Befragung haben die Familien ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen angegeben. Damit die Angaben der unterschiedlichen Familientypen miteinander vergleichbar sind, wird ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen berechnet – das so genannte Äquivalenzeinkommen. Dabei werden sowohl die Anzahl und das Alter der im Haushalt lebenden Personen als auch die Einsparungen größerer Familien im Vergleich zu kleineren berücksichtigt. Hierfür ermittelt man eine theoretische „bedarfsgewichtete Familiengröße“, die durch das tatsächliche monatliche Haushaltsnetto-

einkommen dividiert wird. Für die Berechnung dieser bedarfsgewichteten Familiengröße wurde analog zur Landessozialberichterstattung auf die alte OECD²-Skala zurückgegriffen. Nach dieser Skala erhält die erste erwachsene Person im Haushalt das Gewicht 1. Jede weitere Person im Alter von 14 Jahren und älter das Gewicht 0,7 und alle jüngeren Haushaltsmitglieder bekommen den Wert 0,5. Konkret heißt das bei einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahre: Die Summe der Gewichtungsfaktoren beträgt 2,7 (1+0,7+0,5+0,5). Stehen diesem Haushalt 5.000 Euro zur Verfügung, beläuft sich das Äquivalenzeinkommen auf 1.852 Euro (5.000 Euro / 2,7) pro fiktiver Person.

Nach dieser Berechnung steht den Oberhausener Familien mit Kindern unter 18 Jahren ein durchschnittliches Äquivalenzeinkommen von 1.103 Euro zur Verfügung. 18 % dieser Familien haben jedoch lediglich ein Äquivalenzeinkommen von unter 637 Euro und leben damit unterhalb der 50 %-Armutsschwelle³, weitere 9 % können als armutsnah eingestuft werden und haben entsprechend ein Äquivalenzeinkommen zwischen 637 Euro und 765 Euro.

Drei Gruppen sind einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt:

- Alleinerziehende,
- kinderreiche Familien und
- Familien mit Migrationshintergrund.

Die höchste Armutsbetroffenheit zeigt sich bei Familien von Alleinerziehenden: Von ihnen leben 41,7 % unterhalb der Armutsgrenze von 637 Euro. Hinzu kommen weitere 22,7 % mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen zwischen 637 Euro und 765 Euro. Damit ist die Armutsquote der Alleinerziehenden mehr als dreimal so hoch wie die von Paarhaushalten. Lediglich ein gutes Drittel der Alleinerziehenden kann als nicht arm bezeichnet werden.

Die Armutsquote steigt auch mit der Zahl der Kinder. Von den Familien mit mindestens drei Kindern leben über die Hälfte in armen und armutsnahen Verhältnissen. 36,5 % verfügen über ein monatliches Äquivalenzeinkommen unter 637 Euro. Damit ist die Armutsquote der kinderreichen Familien mehr als doppelt so hoch wie die der Ein-Kind-Familien.

Ähnlich sieht die Situation bei den Familien mit Migrationshintergrund aus. Unterhalb der Armutsgrenze von 637 Euro leben 38,7 % der Migrantenfamilien, weitere 14,7 % leben in armutsnahen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Hauptgrund: Bildung

Jedoch zeigt die Auswertung der Befragung auch, dass der Zusammenhang zwischen dem Familientyp und dem Einkommen kein direkter, sondern ein vermittelter Zusammenhang ist, und tatsächlich ein Bildungseffekt dahinter steht. Der Bildungshintergrund ist der ausschlaggebende Faktor für eine benachteiligte soziale Lage. Nicht der Familientyp für sich betrachtet führt zu den finanziellen Einschränkungen, sondern die Tatsache, dass diese Familientypen deutlich häufiger in der unteren Bildungsgruppe vertreten sind. Abbildung 2 verdeutlicht, wie unterschiedlich die Verteilung der jeweiligen Familientypen auf die vier Bildungskategorien ist.

Die schulische und berufliche Qualifikation sind entscheidend für Arbeitsmarktchancen und entsprechenden Verdienstmöglichkeiten. Die Hälfte der Familien mit einem niedrigen Bildungsniveau lebt unterhalb der Armutsgrenze und muss mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von unter 637 Euro haushalten. Hinzu kommen noch einmal 15,6 %, die ein Äquivalenzeinkommen zwischen 637 und 765 Euro zur Verfügung haben. Die Struktur der Familien mit höchstem Bildungsniveau sieht hingegen deutlich anders aus. Lediglich 6,3 % leben in armen oder armutsnahen wirtschaftlichen Verhältnissen.

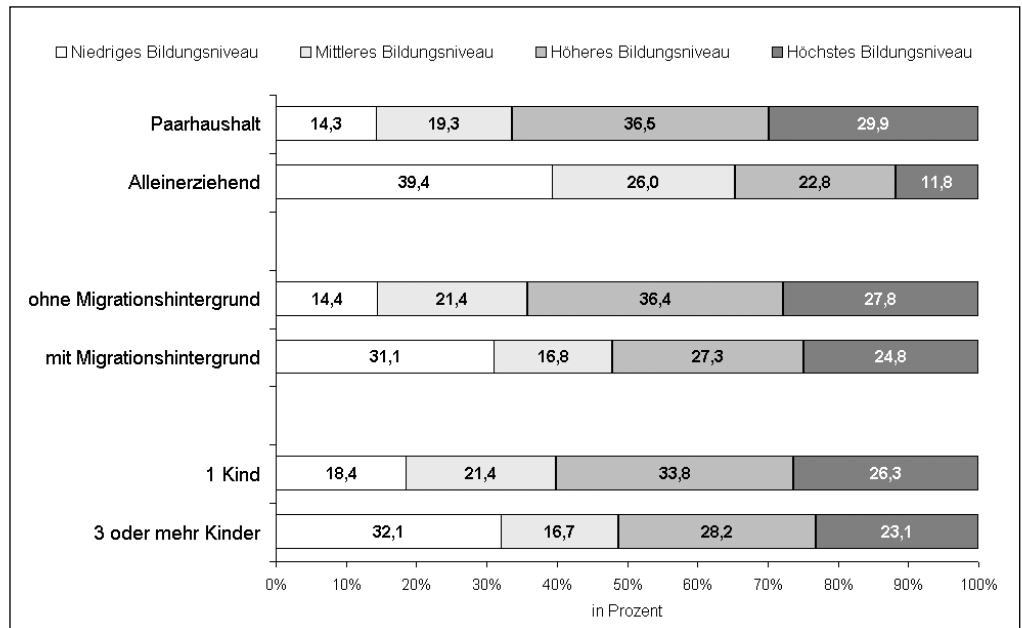


Abb. 2: Ausgewählte Familienformen nach Bildungsniveau – in Prozent

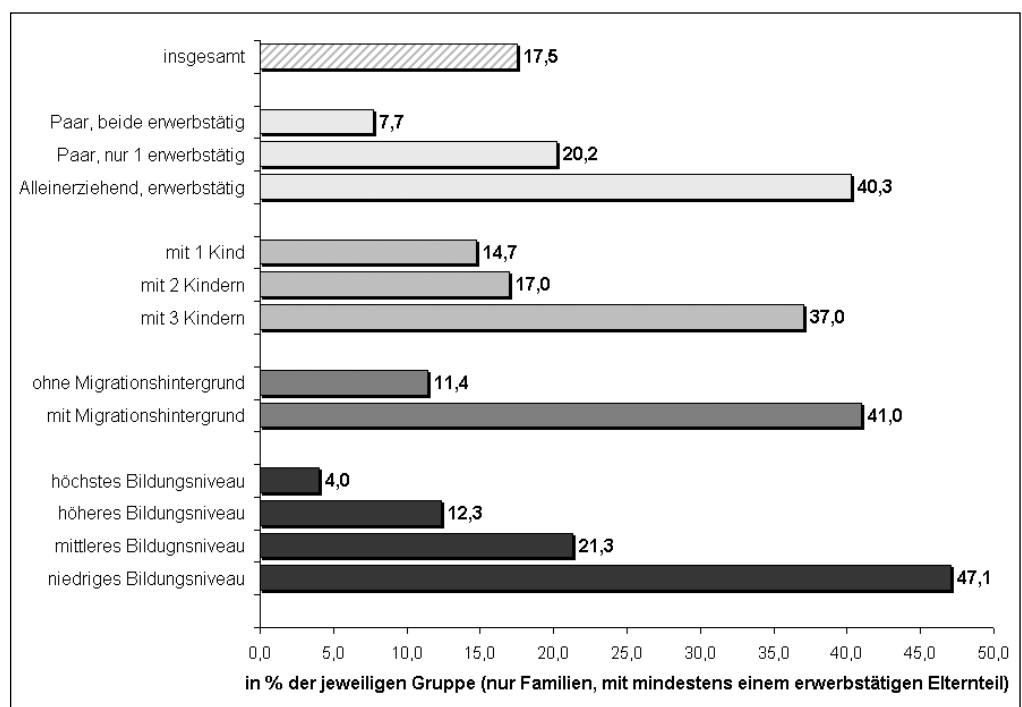
Working poor

Ein weiterer zentraler Faktor für das Einkommensniveau einer Familie ist neben der schulischen und beruflichen Qualifikation die Erwerbsbeteiligung. In der öffentlichen Diskussion wird Armut häufig mit Arbeitslosigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit in Verbindung gebracht. Doch sind manche Familien trotz einer Erwerbsbeteiligung nicht vor Armut geschützt. Be-

trachtet man nur die erwerbstätigen Familien, also Familien, in denen mindestens ein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht, so leben 10,4 % von ihnen unterhalb der Armutsgrenze und 7,1 % in armutsnahen Verhältnissen. Familien, die trotz Erwerbstätigkeit mindestens eines Erwachsenen in armen oder armutsnahen Verhältnissen leben, werden nachfolgend als „working poor“ bezeichnet.

Abb. 3: „working poor“ ausgewählte Familientypen – in Prozent des jeweiligen Familientyps (nur Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil)

Datenquelle: Familienbefragung der Stadt Oberhausen 2010



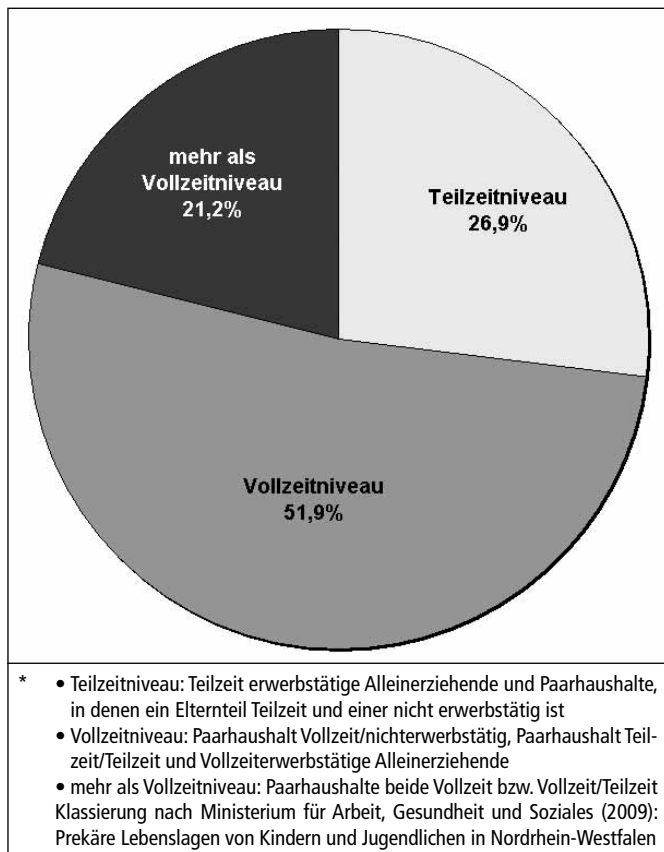
40% vs. 20%

Bei den erwerbstätigen Alleinerziehenden leben 40,3 % trotz Arbeit in armen bzw. armutsnahen wirtschaftlichen Verhältnissen. Bei Paarhaushalten mit nur einem Erwerbstätigen liegt der Anteil bei 20,2 %. Gehen beide Elternteile einer Beschäftigung nach, ist der Anteil der „working poor“ zwar deutlich niedriger, aber auch in dieser Gruppe verdienen immerhin 7,7 % der Familien – obwohl eine Doppelerwerbstätigkeit vorliegt – nicht genug, um die Familie vor der Einkommensarmut zu bewahren.

Weitergabe des Bildungshintergrunds

Abbildung 3 zeigt die Prozentanteile der „working poor“ in verschiedenen Familientypen und nach Bildungshintergrund. Auch hier zeigt sich, welchen Einfluss der Bildungshintergrund hat. Unter den erwerbstätigen Eltern mit niedriger Qualifikation beträgt der Anteil der arbeitenden Armen bei 47,1 %.

Abb. 4:
Erwerbstätige arme und armutsnahe Familien nach Arbeitszeitumfang* – in Prozent



Zu vermuten ist, dass ein Großteil der Eltern, die nicht genügend Einkommen erzielt, lediglich teilzeitbeschäftigt ist.

Abbildung 4 differenziert weiter und stellt die erwerbstätigen, armen und armutsnahen Erziehungsberechtigten nach ihrem Arbeitszeitumfang dar. Bei etwa einem Viertel dieser arbeitenden armen Familien (26,9 %) arbeitet eine Person in Teilzeit. Die restlichen fast drei Viertel der Familien hingegen beziehen ihr Einkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung, bei etwa einem Fünftel erreicht die Erwerbsbeteiligung sogar mehr als ein Vollzeitniveau. D.h. in 21,2 % der arbeitenden Einkommensarmen sind beide Elternteile entweder Vollzeit erwerbstätig oder einer ist vollzeit- und der andere teilzeiterwerbstätig.

Bildung und Freizeitverhalten der Kinder in den Familien

In Oberhausen – wie auch in anderen Städten – ist ein starker Zusammenhang zwischen der Familienform, dem sozialen Status der Familien und der Lebenslage der Kinder im Hinblick auf die Bildungschancen, dem Freizeitverhalten sowie dem Gesundheitszustand sichtbar.

So zeigt sich nach wie vor, dass ausländische Schüler/-innen sowohl beim Besuch von höher qualifizierenden Schulformen als auch beim Schulerfolg deutlich gegenüber deutschen Schüler/-innen benachteiligt sind. Bereits beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulformen werden diese Unterschiede erkennbar.

Von den deutschen Schüler/-innen in Oberhausen wechseln

7,0 % auf eine Hauptschule und 36,7 % auf ein Gymnasium. Bei den ausländischen Schüler/-innen lauten die Daten 14,8 % (auf die Hauptschule) und 9,4 % (auf ein Gymnasium). Bei den Schulabschlüssen liegt folgende Situation vor: Von den deutschen Schüler/-innen bekommen 36,7 % die allgemeine Hochschulreife und 15,9 % den Hauptschulabschluss, von den ausländischen Schüler/-innen erzielen lediglich 15,4 % die allgemeine Hochschulreife, aber 36,1 % einen Hauptschulabschluss.⁴

Die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen zudem, dass neben der Staatsangehörigkeit vor allem der Bildungshintergrund der Eltern Auswirkungen auf die Bildungsbeteiligung der Kinder haben. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien besuchen größtenteils auch niedrigere Schulformen und umgekehrt. Der Bildungsstatus wird somit häufig von den Eltern an ihre Kinder weitergegeben. Abbildung 5 zeigt, dass Kinder aus Familien mit höchstem Bildungshintergrund zum größten Teil nach der Grundschule ein Gymnasium (70 %) besuchen, und keines eine Hauptschule. Von den Kindern, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, sind hingegen lediglich 12 % auf einem Gymnasium und 17 % auf einer Hauptschule, die Gesamtschule ist hier die bevorzugte Schulform (41 %).

Anhand der vorliegenden Daten können die Ursachen nicht abschließend geklärt werden. Es sind aber z.B. bei dem Aspekt „Häufiges Vorlesen“ – dem in der Regel eine förderliche Wirkung auf die kindliche Entwicklung zugeschrieben wird – bildungsabhängige Unterschiede erkennbar. Familien

aus unteren Bildungsgruppen geben seltener an, ihrem Kind mindestens einmal in der Woche vorzulesen bzw. gemeinsam mit ihm zu lesen als Eltern mit höchstem Bildungsstatus. Das Freizeitverhalten der Kinder bzw. die gemeinsamen Freizeitaktivitäten von Eltern und Kindern hängen ebenfalls vom familiären und sozialen Hintergrund der Familien ab. Familien aus unteren Bildungsgruppen unternehmen seltener Ausflüge, fahren weniger ins Grüne. Die Umfrage zeigt zudem, dass die sozialen Unterschiede einen stärkeren Einfluss auf die gemeinsame Freizeitgestaltung mit Kindern besitzen als vorhandene bzw. nichtvorhandene Zeitressourcen bedingt durch die Erwerbstätigkeit der Eltern.

Auch bei der Mitgliedschaft der Kinder in Sportvereinen zeigen sich klare Unterschiede. Kinder aus Familien von Alleinerziehenden, aus kinderreichen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund sind seltener in einem Sportverein als im Durchschnitt.

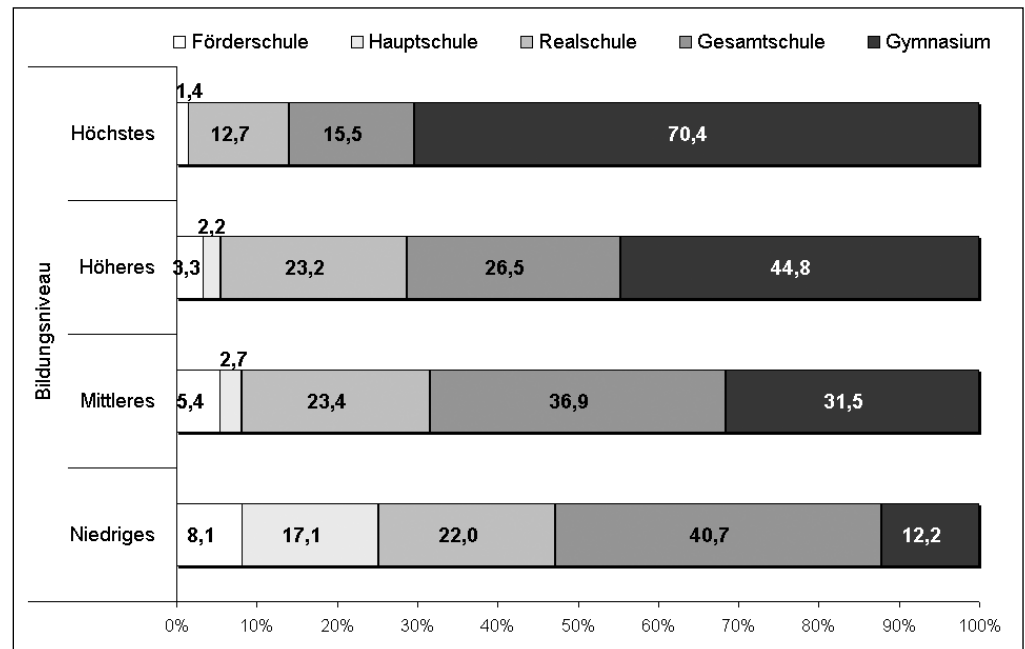
Fazit

Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund stehen aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation vor besonderen Anforderungen und Belastungen im Familienalltag. So sind Alleinerziehende alleine für ihr Kind oder ihre Kinder verantwortlich und haben im Familienalltag – z.B. bei der Erziehungsarbeit – keine Unterstützung durch einen Partner oder eine Partnerin. Bei kinderreichen Familien kann man von einem deutlich höheren Organisationsaufwand im Bereich der Erziehungsarbeit und auch der Hausarbeit ausgehen.

Familien mit Migrationshintergrund stehen hingegen kulturellen Anforderungen gegenüber, wie beispielsweise Sprach- und Integrationsproblemen.

haben deutlich häufiger einen niedrigen Bildungsstatus, sind dadurch seltener erwerbstätig, bzw. häufiger im Niedriglohnssektor tätig.

Weniger Bildung – weniger Vorlesen



Allein aufgrund dieser besonderen Alltagssituationen und ihrem daraus resultierenden besonderen Unterstützungsbedarf gilt diesen Familien besondere Aufmerksamkeit. Die Auswertung auf Basis der Familienbefragung hat zudem gezeigt, dass diese Familien zudem deutlich häufiger als Familien insgesamt finanziellen Einschränkungen und allen Benachteiligungen, die sich daraus ergeben, wie beispielsweise eine schlechtere Wohnsituation (kleinere Wohnung, hohe Mietbelastung), gegenüberstehen.

Aber es ist auch deutlich geworden, dass die finanziellen Einschränkungen und die damit verbundenen Folgen nicht Ausdruck des jeweiligen Familientyps ist, sondern dass der Bildungshintergrund dieser Familien ausschlaggebend ist. Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund

Abbildung 6 zeigt abschließend noch einmal, wie deutlich der Zusammenhang zwischen dem Bildungshintergrund und den Ausprägungen der betrachteten Merkmale ist. Familien mit niedrigem Bildungsstatus

- leben überdurchschnittlich häufig in armen oder armutsnahen finanziellen Verhältnissen,
- der Anteil der Alleinerziehenden und die Anzahl der Kinder sind überdurchschnittlich hoch und
- sie haben häufiger einen Migrationshintergrund als Familien mit höchstem und mittlerem Bildungsstatus.

In Familien mit niedrigem Bildungsstatus sind Mütter seltener erwerbstätig. Diese Familien bewohnen kleinere Wohnungen, müssen dafür aber einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Haushaltseinkommens aufbringen. Und im Hinblick auf das Frei-

Abb. 5:
Bildungsniveau der Eltern und Schulform der Kinder – In Prozent

Datenquelle: Familienbefragung der Stadt Oberhausen 2010

Ausschlaggebender Faktor: Der Bildungshintergrund

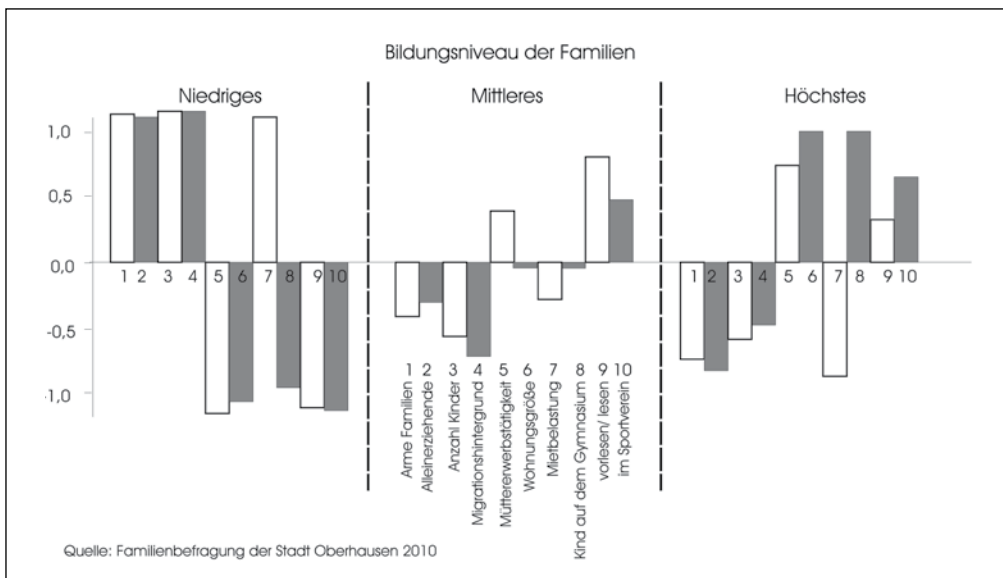


Abb. 6:
Lebenslagenprofil der Oberhausener Familien*

* Um die unterschiedlichen Merkmale vergleichbar zu machen, wurde jedes Merkmal so transformiert, dass der Durchschnitt über alle Familien 0 und die mittlere Abweichung der Einzelwerte für die betrachteten Gruppen 1 ist. So entstehen für die 3 Gruppen Lebenslagenprofile, an denen abgelesen werden kann, wie über- oder unterdurchschnittlich stark die einzelnen Merkmale in den jeweiligen Gruppen ausgeprägt sind.

zeitverhalten und die Bildung ihrer Kinder sind deutliche Unterschiede zu den Familien mit mittlerem und höchstem Bildungsniveau erkennbar. So wird Kindern aus bildungsfernen Familien seltener vorgele-

sen, sie sind seltener Mitglied in einem Sportverein und besuchen seltener ein Gymnasium.

Den vollständigen Bericht erhalten Sie unter:

https://www.oberhausen.de/downloads/Familienbericht_Oberhausen_2012.pdf

Anmerkungen

- 1 Daten der amtlichen Statistik
- 2 Organisation for Economic Co-operation and Development. Wichtungsfaktor zur Vergleichbarkeit von Einkommensberechnungen.
- 3 Als arm gelten Familien, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 50 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens (1.274 Euro) in Nordrhein-Westfalen beträgt. Als armutsnah werden Familien bezeichnet, die ein Äquivalenzeinkommen zwischen 50 % und 60 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in Nordrhein-Westfalen haben.
- 4 Amtliche Schulstatistik

**Martin Luther King
I have a dream**

28. August 1963, Washington, D.C.:

Ansprache während des Marsches auf Washington für Arbeitsplätze und Freiheit

I Have a Dream Ich habe einen Traum

Martin Luther King Jr.

„Ich freue mich, dass ich mich diesem heutigen Ereignis anschließen kann, das in der Geschichte als größte Demonstration für Freiheit in der Geschichte unserer Nation vermerkt werden wird.

Vor einem Jahrhundert unterschrieb ein berühmter Amerikaner, in dessen symbolischen Schatten wir heute stehen, die Freiheitsproklamation. Dieser bedeutungsvolle Erlass kam als heller Leitstern der Hoffnung zu Millionen von Negersklaven, die in den Flammen der vernichtenden Ungerechtigkeit versengt wurden. Er kam als ein freudiger Tagesanbruch am Ende der langen Nacht ihrer Gefangenschaft.

Aber einhundert Jahre später ist der Neger immer noch nicht frei. Einhundert Jahre später ist das Leben des Negers leider immer noch von den Handfesseln der Rassentrennung und den Ketten der Diskriminierung eingeschränkt. Einhundert Jahre später lebt der Neger immer noch auf einer einsamen Insel der Armut in der Mitte eines weiten, weiten Ozeans des materiellen Wohlstandes. Einhundert Jahre später vegetiert der Neger immer noch an den Rändern der amerikanischen Gesellschaft dahin und befindet sich im Exil in seinem eigenen Land. Wir sind daher heute hierher gekommen, um diesen beschämenden Zustand zu dramatisieren. In diesem Sinn sind wir

– Die Fortsetzung der Rede lesen Sie auf Seite 25 –

Pflegebedürftigkeit und kommunale Sozialberichterstattung

Peter Höfflin, Ludwigsburg

Der 100. Geburtstag war bis vor einiger Zeit noch ein Ereignis, bei dem der Bürgermeister persönlich mit einem Blumengruß zur Gratulation erschien und die Lokalzeitung berichtete. Dass solche Berichte zunehmend seltener zu lesen sind, hat nun weniger mit einer sinkenden Wertschätzung des Alters als mit der zunehmenden Alltäglichkeit solcher Jubiläen zu tun. Die Zahl der Gratulationsbesuche ist in größeren Städten inzwischen nicht mehr zu bewältigen.

Der demographische Wandel führt dazu, dass nicht nur die Anzahl älterer Menschen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zunehmen, sondern auch immer mehr Menschen immer älter werden. In den letzten 60 Jahren ist beispielsweise die Einwohnerzahl Freiburgs von 116.640 auf 210.277 um das 1,8-fache angestiegen. Die Zahl der über 60-Jährigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um den Faktor 2,6 und die der über 75-Jährigen um das 5,1-fache. Während in Freiburg aber am 1.1.1951 lediglich 243 Einwohner im Alter ab 85 Jahren gezählt wurden, werden zum Jahresbeginn 2012 nun 5.161 hochbetagte Bürgerinnen und Bürger in dieser Altersgruppe gezählt. Ihre

Zahl ist also um mehr als das 21-fache gestiegen.

Die gestiegene Lebenserwartung und die „gewonnenen Jahre“ des Ruhestandes sind ein positives Ergebnis des medizinischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Allerdings gehören die Fragen nach den Lebensbedingungen und der pflegerischen Versorgung älterer Menschen zu den zentralen Themen, denen sich die Kommunen bei der Bewältigung des demographischen Wandels zu stellen haben. Welche Informationen und Analysen die kommunale Sozialberichterstattung dazu beisteuern kann, soll in diesem Beitrag skizziert werden.

Bundesweite Pflegestatistik

Eine wichtige Datengrundlage ist die bundesweite Pflegestatistik, die seit 1999 alle zwei Jahre durchgeführt wird. Sie weist die Anzahl der Pflegebedürftigen u.a. aus nach:

- Art der Pflegeleistung (ambulante Pflege, stationäre Pflege, Pflegegeld)
- Pflegestufe
- Altersgruppe
- Geschlecht

Die Ergebnisse können bei den Statistischen Landesämtern

in ausreichend differenzierter Form für die Kommunalstatistik bezogen werden. Für Vergleiche auf der Ebene der Stadt- und Landkreise sind zentrale Merkmale auch über die „Regionaldatenbank Deutschland“ oder die „Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR)“ leicht verfügbar.¹ Die Pflegestatistikdaten werden in vielen Städten bereits verwendet und sind sicher die am weitesten verbreiteten Datengrundlagen für die kommunale Pflegeberichterstattung. Die Pflegestatistik liefert mit ihren Merkmalen eine grundlegende Basis für die kommunale Pflegeberichterstattung. Aufgrund ihrer regelmäßigen Durchführung lassen sich auch Zeitreihen bilden und Entwicklungen verfolgen.

Zusätzlich bietet es sich aber geradezu an, die Daten der bundesweiten Pflegestatistik mit den Datenbeständen der Kommunalstatistik in Beziehung zu setzen. Bezieht man die Anzahl der Pflegebedürftigen auf die Einwohnerzahl in den jeweiligen Altersgruppen, lassen sich leicht altersspezifische Pflegequoten berechnen. In der folgenden Abbildung wurde die Inanspruchnahme stationärer Leistungen aus der Pflegekasse auf die Wohnbevölkerungszahlen bezogen.

Gestiegene Lebenserwartung

INKAR ...

+ Kommunalstatistik

Bis 75: Wenig stationäre Pflege

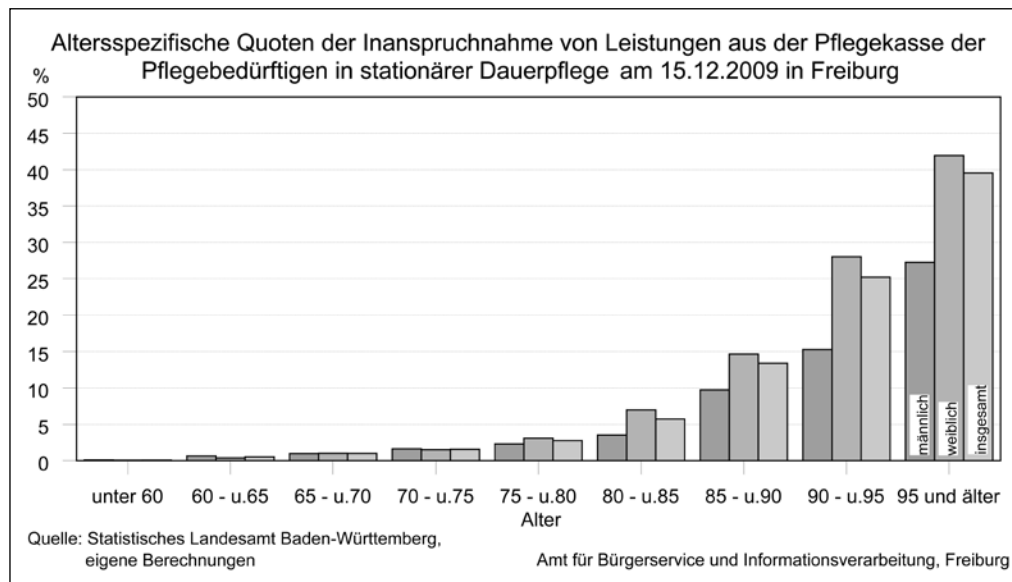
Es wird deutlich, dass die stationäre Pflege in den Altersjahren unter 75 Jahren nur eine geringe Bedeutung hat, während die Quote in den höheren Altersgruppen deutlich ansteigt. Man kann als Faustregel davon ausgehen, dass sich insgesamt betrachtet die

Leistungsstände, Belegungsveränderungen, Bettenzahlen und Verpflegungstage für ihre statistischen Monats- und Jahresberichte ab. In Freiburg wurde der Erhebungsbogen im Jahr 2002 auf eine neue Grundlage gestellt, die in der Übersicht dargestellt ist.

wie es um die Belegung der Heimplätze bestellt ist. Diese Information ist sowohl aus Perspektive der Pflegeheimträger, als auch der Pflegebedürftigen sehr wichtig. Berücksichtigt man die hohen Kosten der stationären Versorgung, so kann bereits ein Leerstand von wenigen Betten zu ernst wirtschaftlichen Problemen führen. Aber auch ein Mangel an Plätzen führt zu erheblichen Härten, wenn pflegebedürftige Menschen dringend auf einen Platz angewiesen sind und nicht versorgt werden können. Die Belegungszahlen schaffen hier eine Transparenz für die Entscheidungsträger über Investitionen im stationären Pflegebereich.

Eine Besonderheit des neuen Erhebungssystems liegt in den Möglichkeiten zu dynamischen Analysen. Da sowohl das Datum des Heimeintritts, wie auch das Sterbedatum erhoben werden, sind kohortenspezifische Analysen möglich, die zudem geschlechtsspezifisch differenziert werden. Ein deutlicher Anteil der neu in die Pflegeheime aufgenommenen Bewohnerinnen und Bewohner verstirbt im ersten halben Jahr nach dem Einzug. Die aktuellsten Zahlen für Freiburg zeigen, dass im Jahr 2010 bei den Männern 44 % und bei den Frauen 30 % der neu Eingezogenen in den ersten sechs Monaten verstarben. Andererseits verbrachten 13 % der im Jahr 2010 im Pflegeheim verstorbenen Menschen mehr als 6 Jahre in stationärer Pflege, wobei auch hier deutliche Unterschiede zwischen Männern (8 %) und Frauen (15 %) festzustellen sind. Daraus ergeben sich sowohl für die Pflegeheimträger als auch für die Bewohnerinnen und Bewohner Konsequenzen. Für einen Teil der Pflegebedürftigen bildet

Abb. 1



Kohorten- und geschlechtsspezifische Analyse

Quote in jeder Fünfjahresgruppe zwischen dem 75. und 95. Altersjahr verdoppelt. Die Institutionalisierungsquote steigt bei den Frauen etwas stärker an als bei den Männern, was auf Unterschiede in der geschlechtsspezifischen Pflegebereitschaft und im Heiratsalter zurückzuführen sein dürfte. Auf der Grundlage der altersgruppen- und geschlechtsspezifischen Pflegequoten und einer kommunalen Bevölkerungsprognose lässt sich auch eine Einschätzung über die zukünftige Entwicklung im Rahmen einer Pflegebedarfsprognose abgeben.²

Kommunale Pflegeheimstatistik

Weitere wichtige Informationsquellen für die Kommunalstatistik sind eigene Erhebungen bei den Pflegeheimen. Viele Städte fragen regelmäßig Merkmale wie etwa Be-

erfasst wird der Belegungsstand zum Monatsbeginn und zum Monatsende sowie das Geschlecht, Alter, Einzugsjahr und die Art der stationären Unterbringung. Bei Einzug wird zusätzlich der letzte Wohnort erhoben, bei Tod oder Wegzug auch der Auszugsmonat. Da die Daten bei Zu- und Abgängen ja in der Regel vorliegen, ist der Erhebungsbogen erheblich einfacher zu führen als die frühere Statistik. Die Pflegeheimträger, mit denen dieser Bogen in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro erarbeitet wurde, liefern nun seit über zehn Jahren die Daten mit großer Zuverlässigkeit.

Die mit den erhobenen Merkmalen zu realisierenden Auswertungen ermöglichen Antworten auf wichtige Fragen, die von der kommunalen Altenhilfeplanung an die Kommunalstatistik gestellt werden. Zunächst einmal kann sehr zeitnah beobachtet werden,

Erhebungen in den Pflegeheimen

das Pflegeheim noch einmal einen eigenständigen biographischen Lebensabschnitt, den es zu gestalten gilt. Für andere Pflegebedürftige ist es meist nach langer häuslicher Pflege ein kurzer Zeitraum intensiver Pflege vor dem Tod. Die Pflegeheime sind herausgefordert mit dieser Heterogenität umzugehen. Sie müssen sich gleichzeitig auch organisatorisch auf die kürzere Verweildauer und damit höhere Fluktuation ihrer Bewohnerschaft einstellen.

Die Daten und Analysen der Freiburger Pflegeheimstatistik werden vielfältig nachgefragt. Sie werden regelmäßig im Arbeitskreis „Stationäre Hilfen“

berichtet, zu dem das kommunale Seniorenbüro die stationären Träger regelmäßig einlädt. Es hat sich gezeigt, dass Veränderungen im Bereich des Pflegeplatzangebotes und der Nachfrage zeitnah in den Blick genommen werden können, wobei auch die bedarfsrelevanten Faktoren der Kurzzeitpflege und die Inanspruchnahme von Plätzen durch Bewohner aus dem regionalen Umfeld Berücksichtigung finden.

Sozialindikatoren und Umfragedaten

Bis vor nicht allzu langer Zeit basierten Bedarfsplanungen in der Altenhilfeplanung, wie auch in anderen Planungsbe-

reichen, auf einer sogenannten Eckwertplanung. Dazu wurden einfach zielgruppenbezogene Bedarfsquoten herangezogen, mit denen dann etwa der Bedarf an stationären Plätzen bezogen auf die Bevölkerung einer bestimmten Altersgruppe geplant wurde. Dann kann auf Grundlage der Versorgungsquote beurteilt werden, ob der Bedarf gedeckt ist. Die Versorgungsquote mit stationären Plätzen liegt Ende 2011 in Freiburg bei 51 stationären Plätzen bezogen auf 1000 Einwohner in der Altersgruppe der über 65-Jährigen. Die zentrale Frage ist, wie nun die Bedarfsquote angemessen ermittelt werden kann. Sehr häufig geschieht dies stärker

Zielgruppengenaue Bedarfsquoten

Abb. 2

Meldung zur Pflegeheimstatistik - Veränderungen in der Belegung im											
<i>(bitte Monat eintragen und Bogen bis zum 5. des Folgemonats faxen: 201-3299)</i>											
Anzahl der Bewohner/innen zu Beginn des Monats: _____											
<i>Änderung durch Zugang / Tod / Wegzug von Pflegebedürftigen (bitte jede Person in eigene Zeile eintragen)</i>											
<i>Spalten 2-7 bitte immer bearbeiten</i>							<i>Spalten 8-9 nur beim Einzug</i>		<i>Spalten 10-12 nur beim Auszug</i>		
Lfd. Nr.	Geschlecht		Geburtsmonat / -jahr	Einzugsmonat / -jahr	stationäre Unterbringung		letzter Wohnort vor Einzug		Auszug wegen	Auszugsmonat / -jahr	
	Bitte nur 1x kreuzen				Bitte nur 1x ankreuzen		PLZ	Ort			Bitte nur 1x ankreuzen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
2	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
3	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
4	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
5	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
6	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
18	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
19	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
20	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
21	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
22	männl.	weibl.	/	/	Vollstat.	Kurzzeit			Tod	Wegzug	/
Anzahl der Bewohner/innen am Ende des Monats: _____											

<p>Weiche Faktoren gewinnen an Bedeutung?</p>	<p>durch administrative Festlegungen und weniger durch eine empirische Ermittlung. Aber auch wenn versucht wird die Bedarfsquoten empirisch zu fundieren, stößt diese Vorgehensweise schnell auf Grenzen, wenn als Bezugsgröße lediglich die Bevölkerungszahlen herangezogen werden.</p>	<p>mit beruflichen Verpflichtungen. Das Vereinbarkeitsproblem von „Familie und Beruf“ ist nicht nur ein Problem der Kinderbetreuung, sondern auch der Versorgung pflegebedürftiger älterer Menschen.</p>	<p>der Bevölkerungs- und Haushaltsstatistik gelegt sind, ist es möglich, auch kleinräumig aussagekräftige Indikatoren zu generieren, wie dies beispielsweise der Wiesbadener Statistik mit dem Indikatorenset „Riskante biographische Lagen“⁴ gelingt, zu denen u.a. die Anzahl alleinstehender über 75-Jähriger gehört.</p>
<p>Seniorenbefragung</p>	<p>Neben den „harten demographischen Faktoren“ spielen die „weichen demographischen Faktoren“ eine zunehmend wichtigere Rolle in der Sozialplanung. Eine allein auf Kopfbzahlen basierende Quote führt ziemlich durchgängig zu falschen Bedarfseinschätzungen, da sie die durch den sozialen Wandel bedingte gesellschaftliche Ausdifferenzierung nicht berücksichtigt und deshalb mit Mittelwerten arbeitet, die fast immer falsch sind. Bezogen auf vergleichbare Altersgruppen unterscheidet sich etwa der Bedarf nach stationärer Pflege erheblich zwischen urbanen und ländlichen Wohngebieten. Durch die innerstädtische Segregation unterscheiden sich auch innerhalb der Städte die Bedarfslagen erheblich. Durch Berücksichtigung der „weichen demographischen Faktoren“ können wichtige Bedarfsdeterminanten einbezogen werden, die sich beispielsweise aus folgenden gesellschaftlichen Veränderungen ergeben:</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Abnehmende soziale Verankerung in sozialen Netzwerken (Sozialkapital). Die Einbettung in Nachbarschaftsbeziehungen und sozialen Netzwerken sind wichtige Ressourcen, wenn es etwa um niederschwellige Unterstützungsformen oder auch um den Zugang zu professionellen Hilfen geht. • Wertewandel und die Veränderung sozialer Milieus. Die Veränderung sozialer Milieus beeinflusst auf der Ebene der Orientierungen die informellen Unterstützungsformen und die Nachfrage nach pflegerischen Angeboten und Hilfearrangements. 	<p>Viele benötigte Informationen sind allerdings nicht aus statistischen Registern erhältlich. Das gilt vor allem für die subjektiven und lebensstilbezogenen Merkmale. Deshalb ist es wichtig, auf kommunaler Ebene durch Bürger- und/oder Seniorenbefragungen die sekundärstatistischen Datenbestände zu ergänzen. In diesen Umfragen können ältere Menschen und ihre Angehörigen ihre Bedürfnisse und die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit den bestehenden Angeboten zum Ausdruck bringen. Weiterhin können vertiefte Informationen über das formelle und informelle Hilfe- und Versorgungssystem gewonnen werden. Sind beispielsweise die Angebote überhaupt bekannt und welche Gründe gibt es für die (Nicht-)Inanspruchnahme? Sehr häufig ist ein ausreichendes Angebot vorhanden, welches aber wegen mangelnder Transparenz nicht in Anspruch genommen wird. Pflegeberatung und „Case Management“ sind einige mögliche Antworten auf die zunehmende Komplexität des „Pflegermarktes“. Aber auch die Fragen „wer pflegt“, wie sich die Pflegebereitschaft entwickelt und wie das informelle Pflegepotential gestärkt werden kann, sind wichtige Themen für kommunale Befragungen. Welche Unterschiede beispielsweise bei einem Vergleich der pflegekulturellen Orientierungen in den drei</p>
<p>Bedarfsindikatoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Veränderung der Familien- und Haushaltsformen (Singularisierung). Ob Partner, Partnerin oder Kinder im Haushalt oder in erreichbarer Nähe leben, ist ein sehr wesentlicher Kontextfaktor für die Versorgungssituation und Bedarfssituation. • Zunehmende (Frauen-)erwerbstätigkeit. Die Übernahme der pflegerischen Versorgung von Angehörigen gerät häufig in Konflikt 	<p>Die Berücksichtigung „weicher demographischer Faktoren“ wurde bereits Mitte der 90er-Jahre im Rahmen der kommunalen Bedarfsplanung unter den Stichworten „von der Richtwert- zur Indikatorenplanung“ aufgegriffen. Die indikatorengestützte Planung, wie sie Gerhard Naegele³ am Dortmunder Institut für Gerontologie entwickelt hat, berücksichtigt als Bedarfsindikatoren beispielsweise Größen wie die Einwohnerzahl und Dichte, die soziale Schichtung, Einpersonenhaushalte, Familienstand, Wohneigentum, Frauenerwerbstätigkeit etc. Eine Sozialplanung, die auf Sozialindikatoren aufbaut, ist in einem hohen Maß auf eine ausgebaute Kommunalstatistik angewiesen, die in der Lage ist, ihr die benötigten Daten zu liefern. Wenn die Grundlagen in</p>	

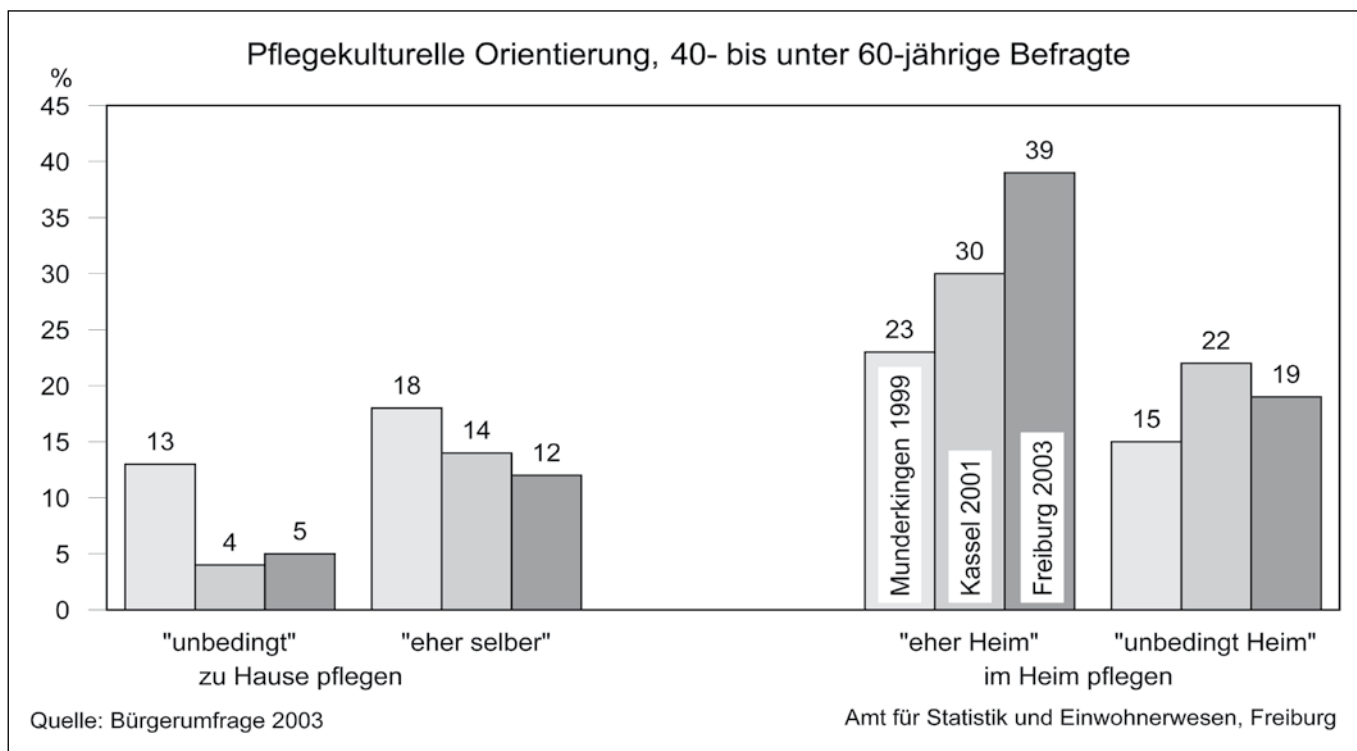


Abb. 3

Kommunen Munderkingen (ländliche schwäbische Gemeinde), Kassel und Freiburg festzustellen sind⁵, zeigt die Abbildung 3.

Während in Munderkingen fast ein Drittel (31 %) der 40- bis unter 60-jährigen Befragten eine pflegebedürftige verwandte bzw. nahestehende Person eher selber pflegen würden, ist dies nur bei 17 % der Freiburger Befragten der Fall. 58 % der Freiburger würden die Versorgung durch ein Pflegeheim vorziehen. Eine tragfähige Sozialplanung muss diese pflegekulturellen Unterschiede in ihre Überlegungen einbeziehen.

Erfreulicherweise nutzen immer mehr Städte die Möglichkeiten, die sich durch eine Verbindung kommunalstatistischer Datenbestände mit kommunalen Umfragen und vertiefenden Analysen eröffnen. Einen wichtigen Beitrag und eine Unterstützung der Städte bei diesen Vorhaben ist das durch die EU geförderte ToolS-Projekt, das im Beitrag

von Baldo Blinkert in dieser Zeitschrift ausführlicher vorgestellt wird. Institutionell eingebunden in die KOSIS-Gemeinschaften DUVA und Urban Audit werden hier u.a. auch Erhebungsmodule entwickelt, um die Versorgungsbedürfnisse bei Pflegebedürftigkeit, die sozialen Netzwerke und den Bedarf nach Versorgungsinfrastruktur zu untersuchen. Es bleibt zu hoffen, dass möglichst viele Städte das breite methodische Instrumentarium nutzen, die der kommunalen Sozialberichterstattung zum Thema Pflegebedürftigkeit zur Verfügung steht.

Anmerkungen

- 1 Siehe www.regionalstatistik.de und <http://www.bbsr.bund.de> (Veröffentlichungen, Inkar)
- 2 Ein Beispiel für die Verknüpfung der Pflegeversicherungsdaten mit einer kommunalen Bevölkerungsprognose gibt der Statistische Infodienst „Prognose der Pflegebedürftigen in vollstationärer Dauerpflege“ auf der Homepage der Stadt Freiburg www.freiburg.de/statistik.
- 3 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Landes Nordrhein-Westfalen (1995): Be-

- darfsplanung in der kommunalen Altenpolitik und Altenarbeit in Nordrhein-Westfalen. Dort-mund.
- 4 Vgl. Brennecke, Julia/Brülle, Heiner (2001): Aufbau eines Monitoringsystems zur sozialen Siedlungsentwicklung in Wiesbaden. Wiesbaden.
- 5 Ein Konzept zur Messung pflegekulturellen Orientierung wurde entwickelt von: Blinkert, Baldo / Klie, Thomas (2004): Solidarität in Gefahr? Pflegebereitschaft und Pflegebedarfsentwicklung im demographischen und sozialen Wandel. Hannover: Vincentz. Das Konzept wurde in der Freiburger Bürgerumfrage 2003 eingesetzt: Höfflin, Peter (2005): Bürgerumfrage 2003 in Freiburg. Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau. Freiburg. (Online verfügbar unter www.freiburg.de/statistik Stichwort „Veröffentlichungen“)

Über Statistik:
*„Ich denke nicht daran, mich an Zahlen zu orientieren.“
 „Dann studieren Sie doch schon mal das Insolvenzrecht.“*

„Aktives Altern“ im EU-Projekt ToolS

Baldo Blinkert, Freiburg

Schriftliche Befragung

Der demografische Wandel ist mit weitreichenden Auswirkungen verbunden. Diese Veränderungen betreffen in vielfältiger und komplexer Weise Ökonomie, Kultur und soziale Lebensbedingungen in der Europäischen Union. Sie verändern die Verfügbarkeit über Ressourcen. Sie haben Einfluss auf die Lebensqualität. Sie erfordern neue Strategien der Bewältigung von Problemen auf nationaler, aber auch auf kommunaler Ebene. Sie ermöglichen und erfordern aber auch von den Individuen Anpassungsleistungen, die sich in veränderten Lebensentwürfen niederschlagen. Der demografische Wandel lässt neue Situationen entstehen, Konflikte und Probleme aber auch neue Chancen. Den demografischen Wandel zu bewältigen, seine Chancen zu nutzen und seinen Herausforderungen zu begegnen, stellt vor allem die lokalen Körperschaften vor große und wohl noch wachsende Herausforderungen. Diese erfordern eine ständige Entwicklungsbeobachtung und periodische Strukturuntersuchungen, die sich auf vorhandene, sekundäre Daten und auf eigenständige Erhebungen stützen.

**Fast 8 000 Befragte
in 50+**

Die EU-Kommission hat deshalb im Sommer 2009 ein Projekt „Werkzeuge für die Entwicklung vergleichbarer Erhebungen auf lokaler Ebene“ ausgeschrieben. Die Aufgabe des europaweiten Projektes

(Akronym: ToolS) besteht darin, ein Informationssystem städtevergleichender Daten und Erhebungsinstrumente zum demografischen Wandel für die kommunale Ebene zu entwickeln¹. Die Arbeiten sind weit fortgeschritten, die im Projekt erhobenen Daten und die bisherigen Ergebnisse können über das Informationsportal <http://www.duva-server.de/webkatalog/tools/index.php> abgerufen werden.

Nach dem Ende der EU-Förderung für die Pionierphase im Dezember 2012 wird ToolS als Städtenetzwerk fortgesetzt. Mit einem geringen kostendeckenden Beitrag können sich weitere Städte an den kontinuierlich durchgeführten Surveys beteiligen und auf diese Weise die Möglichkeiten von ToolS nutzen: die kontinuierliche Teilnahme am Bürger-Survey, Analyse-Routinen, Nutzung von DUVA zur Organisation von Informationen.

Über den allgemeinen Rahmen, über Ziele und Methoden von ToolS wurde in „Stadtfor- schung und Statistik“ bereits berichtet (Trutzel 2011). In den folgenden Ausgaben von Stadtforschung und Statistik werden nun einzelne Aspekte etwas ausführlicher vorge- stellt, beginnend mit einer Dar- stellung von Konzepten und einer Auswahl von Ergebnissen aus dem Bürger-Survey zum Thema „aktives Altern“. Es folgen Berichte über die Versor-

gungssituation pflegebedürftiger Menschen und über das auf DUVA beruhende und für ToolS weiterentwickelte Informationsmanagement-System.

Der Bürger-Survey

Der Bürgersurvey wurde als postalisch-schriftliche Befragung durchgeführt. Nach Möglichkeit wurden Fragen bzw. Statements aus nationalen und europäischen Repräsentativstudien übernommen, um Ergebnisse für die lokale Ebene mit überlokalen Ergebnissen vergleichen zu können – u.a. wurden European Social Survey (ESS), Eurobarometer, Survey of Health, Aging and Retirement (SHARE) und Eurostat berücksichtigt. Bei der Darstellung versuchen wir so weit wie möglich Ergebnisse für die ToolS-Erhebungsorte und für die in den Referenzstudien berücksichtigten Länder der Europäischen Union zu berichten. Auf diese Weise sind nicht nur Vergleiche zwischen den Erhebungsorten möglich, sondern auch mit Ergebnissen für die entsprechende nationale Ebene und mit den Ergebnissen für die EU insgesamt. An den Surveys haben 7712 zufällig ausgewählte Personen aus der Altersgruppe 50+ teilgenommen: 4933 in 8 deutschen Städten, 1306 in 3 finnischen Städten und 1473 in 2 Städten der Niederlande. Für verschiedene Auswertungen

war es sinnvoll und notwendig, *gewichtete* Stichproben zu berücksichtigen.

Datenanalyse und Interpretation erfolgen in einem Prozess der „Datenreduktion“, durch den die Fülle der Daten übersichtlich wird und relevante Strukturen und Regelmäßigkeiten erkennbar werden:

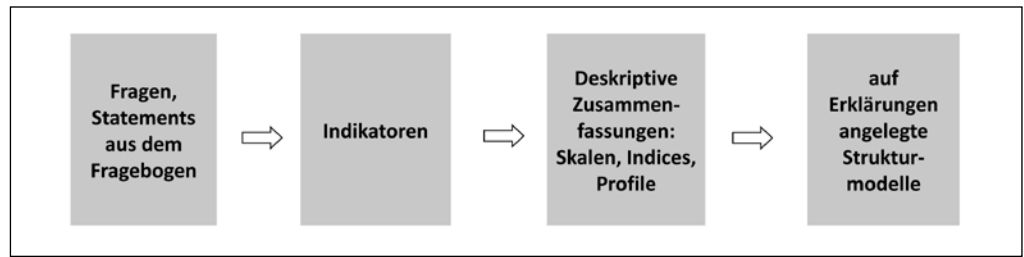


Abb. 1

„Aktives Altern“ – Konzept und Operationalisierung

Wenn wir nicht nur älter werden als die Menschen in vergangenen Zeiten, sondern auch länger fit und belastbar bleiben², dann ist zu fragen, was diese „fitten Senioren“ mit den gewonnenen Jahren anfangen? Diese Frage ist von allgemeiner Bedeutung, denn die Gruppe der über 50-Jährigen wird immer mehr zur repräsentativen Sozialgruppe in unserer Gesellschaft. Das ist gewiss einer der Gründe dafür, dass in der EU 2012 „aktives Altern“ zu einem der gesellschaftspolitischen Schwerpunktthemen gemacht und auch von der Bundesregierung Deutschland aufgegriffen wurde.³

So einleuchtend und allgemein akzeptiert diese Idee des „aktiven Alterns“ auch ist, so wenig klar ist gleichwohl ihre Bedeutung. Im TooLS-Projekt definieren wir „aktives Altern“ in der folgenden Weise: Aktives Altern soll ein Lebensentwurf von Menschen in höheren Altersgruppen (50+, 60+, ...) heißen, der durch ein hohes Maß an aktiver gesellschaftlicher Teilhabe gekennzeichnet ist.

Im TooLS-Survey wird „aktives Altern“ durch fünf Indikatoren beschrieben. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Ergebnisse zu diesen Indikatoren auch Auskunft darüber geben, in welche Richtung sich eine Anpassung an den demogra-

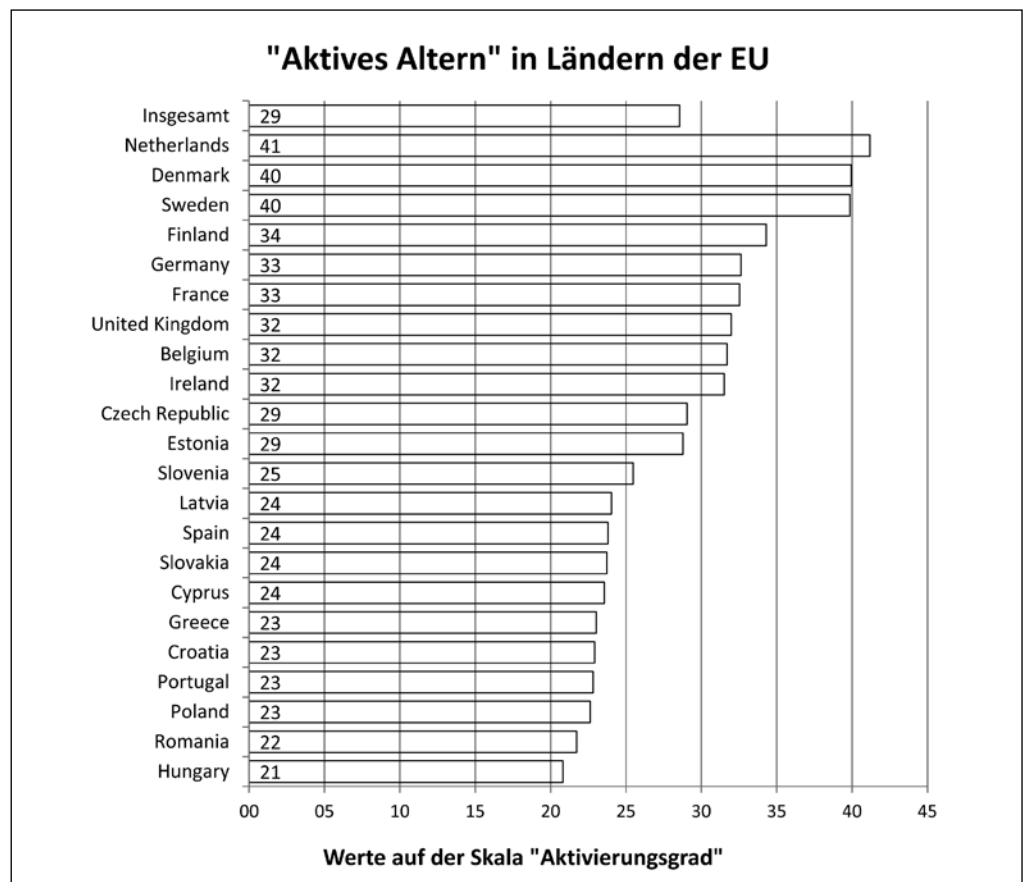
fischen Wandel abzeichnet – ob diese eher in Richtung einer mobilen und aktiven Generation 50+ geht oder in Richtung einer eher passiv-resignativen Anpassung⁴:

- Ob und in welchem Umfang ältere Menschen erwerbstätig sind
- Ob und in welchem Umfang sie durch die Teilnahme an Kursen und Seminaren, an Bildungs- und Fortbildungsveranstaltungen ihr „kulturelles Kapital“, ihre Lernbereitschaft und Lernfähigkeit erhalten oder sogar erweitern
- Ob und in welchem Umfang sie sich durch zivilgesell-

schaftliches Engagement für ihr Gemeinwesen einsetzen

- Berücksichtigt wurde auch, ob und in welchem Umfang jemand über ein soziales Kontaktnetzwerk verfügt.
- Ein weiterer Indikator bezieht sich auf Mentalitäten, auf den Habitus, auf das Selbstverständnis, also auf grundlegende Orientierungen: Ob und in welchem Umfang sich in der Generation 50+ Orientierungen beobachten lassen, die eher Stagnation und Passivität erkennen lassen oder eher auf einen aktiven Lebensentwurf verweisen?

Abb. 2



Aktives Altern in Ländern und Kommunen der Europäischen Union

Von besonderem Interesse sind die Verhältnisse auf der Aggregatebene: Wie unterscheiden sich *Städte* voneinander, und welchen Stellenwert haben Städte wiederum im Vergleich zu den *Ländern* der Europäischen Gemeinschaft. Es ist deshalb sinnvoll und notwendig, zusammenfassende Darstellungsmedien für diese Aggregatebenen zu entwickeln, also für Länder und für Städte.⁵

Kennziffer „Aktivierungsgrad“

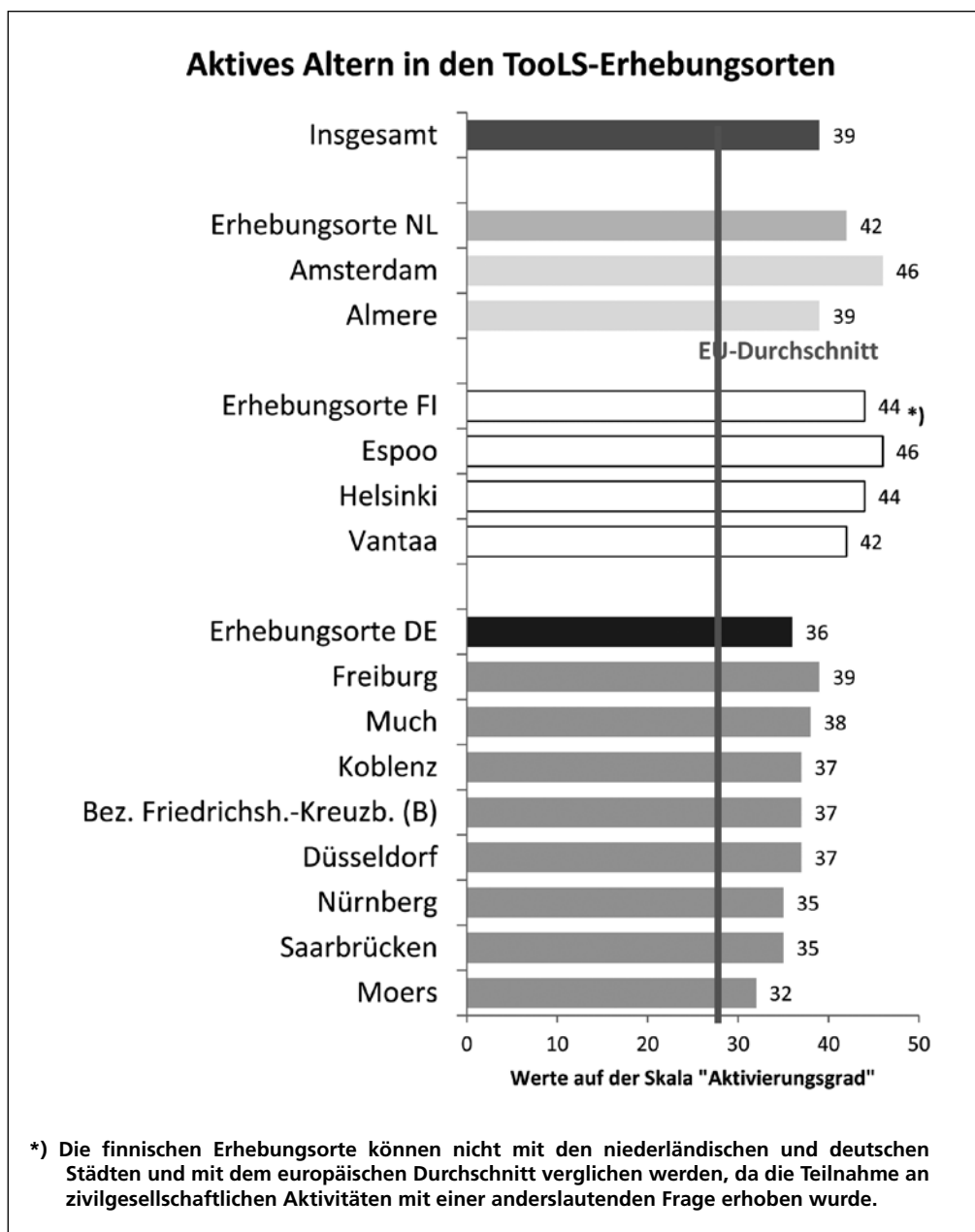
Ein für die kommunale Ebene brauchbares Informationssystem sollte zeigen, ob und in welchem Maße sich ein am „aktiven Altern“ orientierter Lebensplan insgesamt in der Generation 50+ unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte durchgesetzt hat. Dazu ist es erforderlich, die Informationen zu den hier berücksichtigten Indikatoren zusammenzufassen. Das ist möglich, wenn die Indikatoren auf einer Dimension liegen.⁶

Für die hier berücksichtigten Länder der EU lässt sich zeigen, ob in der Generation 50+ eine Tendenz zu einem eher aktiven oder eher passiven Lebensentwurf besteht. In den „aktiven Ländern“ ist der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe sehr hoch, Fortbildungsmöglichkeiten werden in hohem Maße genutzt, relativ viele der Generation 50+ sind zivilgesellschaftlich engagiert, die Verfügbarkeit über ein soziales Kontaktnetz ist überdurchschnittlich hoch und die Menschen haben eher eine aktive Grundhaltung.

Zu dieser Gruppe der „aktiven Länder“ zählen vor allem Dänemark, Schweden und die Niederlande. Für die „passiven Länder“ ist charakteristisch, dass die Erwerbsbeteiligung der Generation 50+ sehr gering ist, nur wenige nutzen Fortbildungsmöglichkeiten, der Anteil der zivilgesellschaftlich Engagierten liegt weit unter dem Durchschnitt, die Verfügbarkeit über ein Kontaktnetz ist unterdurchschnittlich und die Menschen haben eine eher passive Grundhaltung. Zu dieser Gruppe der eher „passiven Länder“ zählen unter anderem Portugal, Spanien, Slowakei, Rumänien, Griechenland, Zypern, Polen, Kroatien und Ungarn.

Ebenso, wie sich Länder nach dem Aktivierungsgrad der Generation 50+ unterscheiden lassen, ist das auch für die ToOLS-Erhebungsorte möglich – allerdings sind die Unterschiede für Städte weniger deutlich als für Länder. Eher „aktive Städte“ sind vor allem Amsterdam und mit etwas Abstand Freiburg und Much. Eher „passive Städte“ (aber noch immer „aktiver“ als der EU-Durchschnitt) sind Nürnberg, Saarbrücken und Moers.

Abb. 3



Profile „aktives Altern“ für Länder und Kommunen

Während die Skala „Aktivierungsgrad“ die fünf Indikatoren zu einer einzigen Kennziffer zusammenfasst, ermöglicht ein Land- oder Stadt-Profil zusätzlich die Darstellung von Werten für jeden einzelnen Indikator. Eine dafür geeignete Darstellungsform ist das Profil- bzw. Netzdiagramm. In einem solchen Diagramm umschließen die auf verschiedenen Achsen abgetragenen Werte⁷ eine Fläche. Die Größe dieser Fläche entspricht ungefähr dem Skalenwert „Aktivierungsgrad“. Beispiele sind die Profil- bzw. Netzdiagramme für zwei Länder mit sehr niedrigem „Aktivierungsgrad“

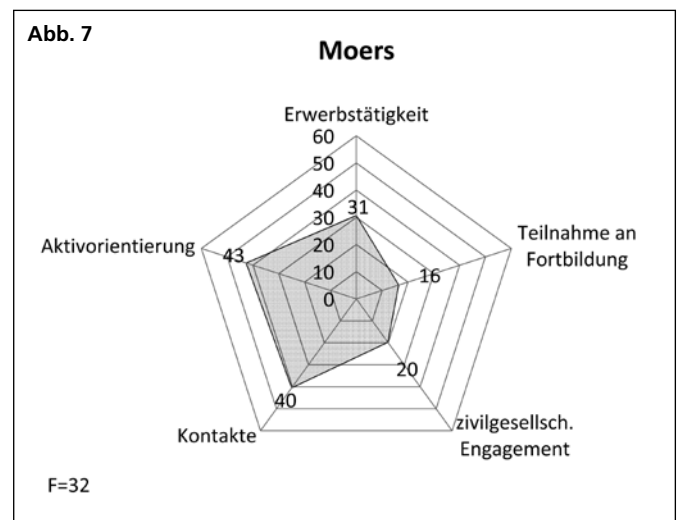
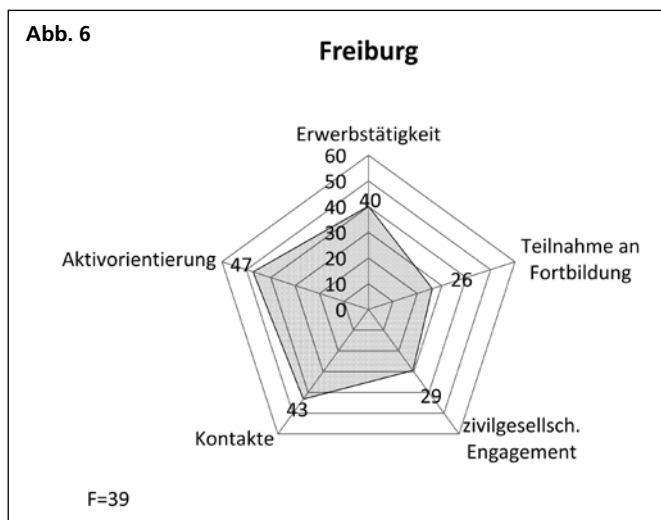
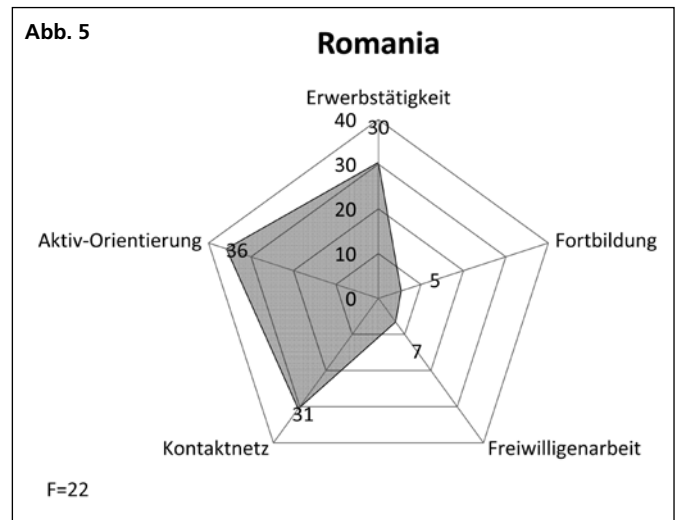
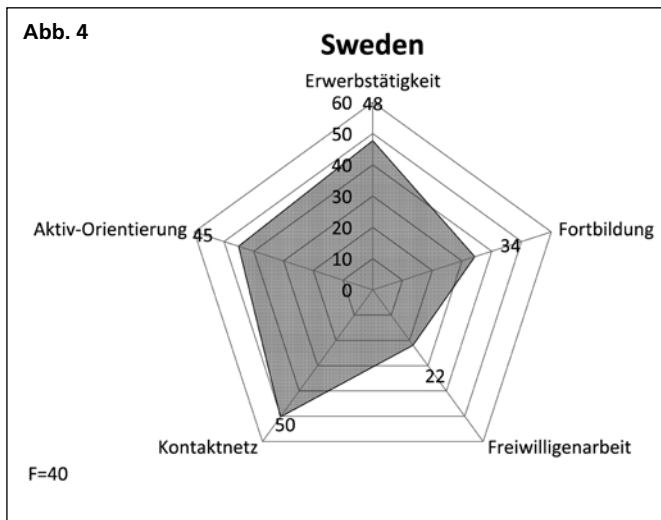
(Rumänien: kleine Fläche) und sehr hohem „Aktivierungsgrad“ (Schweden: große Fläche): Abb. 4 + 5.

Zwei weitere Beispiele für diese Darstellungsform sind die Profile für die Städte Freiburg und Moers (Abb. 6 + 7). Für die Aggregatebene – also für Länder und Kommunen – lassen sich unter dem Gesichtspunkt des „aktiven Alterns“ zwei Typen unterscheiden. Der eine Typ verweist auf eine eher „resignativ-passive Gesellschaft“ und der andere lässt Merkmale einer „aktiven Gesellschaft“ erkennen. Unter resignativ-passiven Bedingungen wäre die Erwerbsquote in den Altersgruppen 50+ sehr niedrig, das Interesse an der Aufrechterhaltung oder

Steigerung von Qualifikationen wäre gering, das freiwillige zivilgesellschaftliche Engagement hätte einen relativ geringen Stellenwert, das soziale Kontaktnetz ist eher schwach ausgeprägt und es würde eine eher passive und auf Sicherheit bedachte Grundhaltung überwiegen.

In den Ländern oder Städten, die dem demografischen Wandel in einer aktiven Weise begegnen, ist dagegen für die Altersgruppen 50+ ein hoher Aktivierungsgrad beobachtbar: die Erwerbsquote ist hoch, es besteht ein großes Interesse an Fortbildung, ein hoher Anteil der Menschen in diesen Altersgruppen ist zivilgesellschaftlich engagiert, das Netz der sozialen Kontakte ist umfangreich, und es überwiegt

Hoher Aktivierungsgrad



eine aktive Grundhaltung mit Lust am Ausprobieren neuer Möglichkeiten.

Vorschläge für Erklärungen

Diese und andere Ergebnisse regen Fragen nach den Gründen für die beobachteten Unterschiede an. Im TooLS-Projekt versuchen wir, diese warum-Fragen auf unterschiedliche Weise zu beantworten. Für die „Mikroebene“ der Personen lässt sich in einem Strukturmodell z.B. zeigen, dass 70 % der Varianz für die Bereitschaft und Fähigkeit zu einem aktiven Lebensentwurf durch Merkmale der biografischen und sozialen Situation der befragten Personen erklärbar sind.⁸ Auf der „Makroebene“ – der Ebene der Länder und Kommunen – ist das Ausmaß der Sozialstaatlichkeit von zentraler Bedeutung.

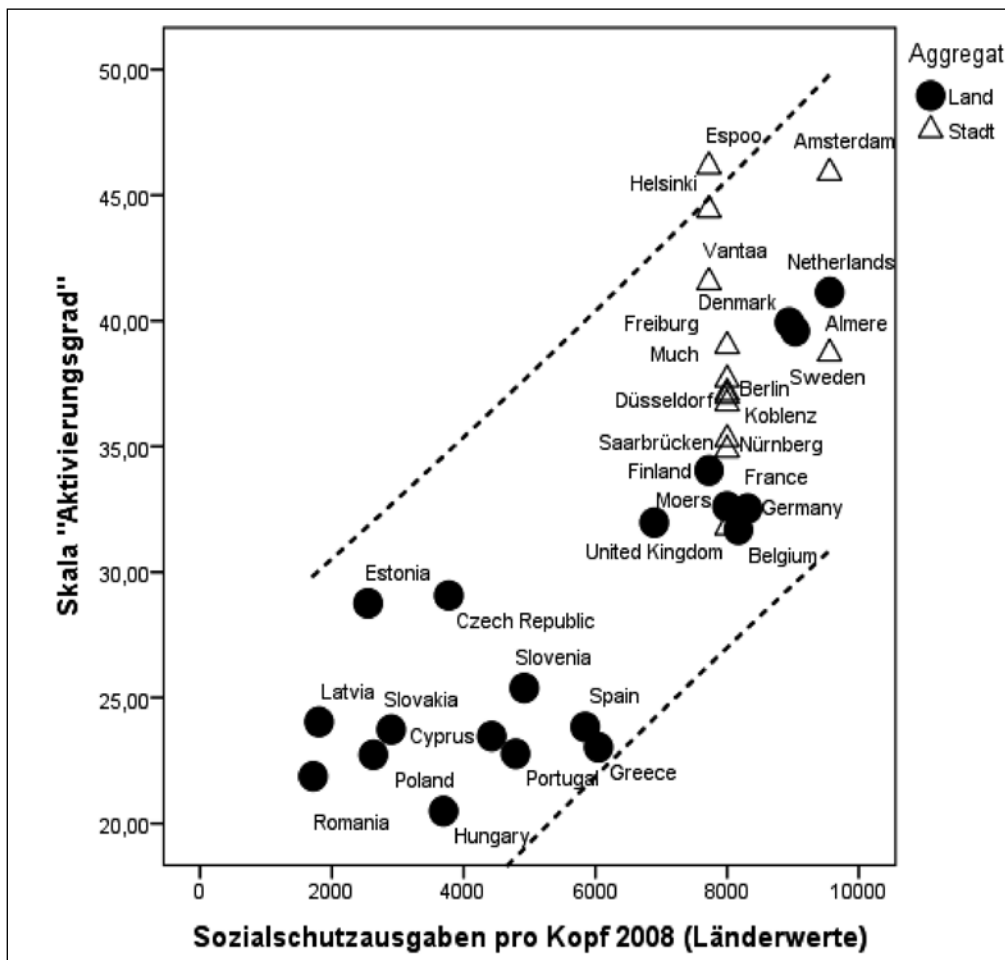
In der öffentlichen Diskussion wird nicht selten die Meinung vertreten, dass umfassende wohlfahrtsstaatliche Regelungen eher zu einer passiven Grundhaltung führen. Der Wohlfahrtsstaat wird dann als eine Art „Hängematte“ gesehen, die von Menschen nur zu gern genutzt wird, da ihnen Bequemlichkeit über alles geht. Gemäß dieser Vermutung wäre zu erwarten, dass in Ländern mit einem umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Angebot in der Generation 50+ das Interesse an einem „aktiven Leben“ besonders gering ist: Die Erwerbsbeteiligung müsste dann z.B. sehr niedrig sein. Bei den Menschen würde sich eine Art „Versorgungsmentalität“ ausbreiten mit einem stark ausgeprägten Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit. Und auch die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement

müsste sehr gering sein, da der Wohlfahrtsstaat sich ja um fast alles kümmert und die Zivilgesellschaft nicht gefordert ist.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass geradezu das Gegenteil der Fall ist: Je ausgebauter und umfangreicher wohlfahrtsstaatliche Regelungen sind, desto höher ist der Anteil der Menschen in der Generation 50+, die ein aktives Leben führen.⁹ Es lassen sich klar drei Ländergruppen unterscheiden: Länder mit umfangreichen Sozialausgaben, in denen für die Generation 50+ auch ein „aktives Leben“ charakteristisch ist. Länder mit mittlerem Sozialausgaben-Niveau und mittleren Durchschnittswerten für die Skala „aktives Leben“. Länder mit niedrigen Sozialausgaben pro Kopf und niedrigen Durchschnittswerten für ein „aktives Leben“.

Gründe für die Unterschiede

Abb. 8



Anmerkungen

- 1 Weitere Informationen finden sich auf der Projekthomepage <http://tools-project.eu>.
- 2 Vgl. dazu u.a.: Imhof (1988), EU-Kommission (2009), Christensen, Doblhammer, Rau, Vaupel (2009)
- 3 Magazin für Soziales und Familie, 2/2012, Hg. Bundesregierung Deutschland, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/01MagazinSozialesFamilie/>
- 4 Zum Thema „Aktivierung“ vgl. u.a. Etzioni (1968), Schwengel (1999), Walker (2002), Schwentker, Vaupel (2011)
- 5 Für die Aggregatebene sind die Indikatoren in der folgenden Weise über Fragen und Statements aus dem ESS4 und dem TooLS-Fragebogen operationalisiert:
 - Erwerbstätigkeit: Anteil der einer Erwerbstätigkeit nachgehenden Personen an den Befragten 50 Jahre und älter
 - Teilnahme an Fortbildung: Anteil der Befragten, die Kurse u.ä. besuchen
 - Zivilgesellschaftliches Engagement: Anteil der Befragten, die eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben
 - Verfügbarkeit über ein Kontaktnetz: durchschnittlicher Wert auf der Skala „soziale Kontakte“; Wertebereich 0 bis 100

- Aktivorientierung: durchschnittlicher Wert auf der aus 8 items gebildeten Skala „Aktivorientierung“; Wertebereich 0 bis 100
- 6 Eine Faktoranalyse zeigt, dass für die Aggregatenebene, d.h. für die im ESS4 berücksichtigten Länder der EU und für den ToolS-Survey diese Annahme zutreffend ist. Hinter den fünf Indikatoren für „aktives Altern“ steht *ein* Faktor, mit dem sich 68 % der Varianz erklären lässt. Die fünf Indikatoren lassen sich daher zu einer Skala „Aktivierungsgrad der Generation 50+“ (in Ländern und Kommunen) mit dem Wertebereich 0 bis 100 zusammenfassen.
- 7 Ein Vergleich der Achsen ist nur sinnvoll, wenn die Achsen in der gleichen Weise skaliert sind. Das ist der Fall, da alle Indikatoren in den Bereich 0 bis 100 skaliert sind. Für Erwerbstätigkeit, Fortbildung und zivilgesellschaftliches Engagement bedeutet 0 „keiner“ und 100 „alle“. Für die Skalen Kontakte und Aktivorientierung ist 0 das Minimum und 100 das Maximum dieser Skalen. Die Analysen und Berechnungen wurden für die Aggregatdaten der 22 ESS4-Länder in der gleichen Weise wie für die 13 ToolS-Orte durchgeführt, so dass direkte Vergleiche möglich sind.
- 8 Aus Platzgründen kann das Modell hier nicht ausführlich dargestellt werden. Zur Erklärung von „aktivem Altern“ wurden u.a. die folgenden Merkmale berücksichtigt (in Klammern: Effektgrößen): Alter (-0.66), Sozialausgaben pro Kopf (0.35), (Ausbildung (0.30), Gesundheit (0.22); kein Effekt: Geschlecht. Die Informationen beziehen sich auf Analysen mit dem ESS4-Datensatz.
- 9 Als Indikator für den Umfang wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wurden die Sozialschutzausgaben pro Kopf berücksichtigt. Quelle: Eurostat, Tab. tps00100

Literatur

Bundesregierung Deutschland (Hg) (2012): Magazin für Soziales und Familie, 2/2012, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/01MagazinSozialesFamilie/>

Christensen, K., Doblhammer, G., Rau, R., Vaupel, J.W. (2009): Ageing populations: the challenges ahead, in: *Lancet*, 374, S. 1196–1208

Etzioni, A. (1968): *The Active Society*, London/New York

European Social Survey (2009): ESS-4 2008 Documentation Report. Edition 2.0. Bergen, European Social Survey Data Archive, Norwegian Social Science Data Services; <http://ess.nsd.uib.no/>

EU-Kommission (2009): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die Auswirkungen der demografischen Alterung in der EU bewältigen (Bericht über die demografische Alterung)

Imhof, A. E. (1988): *Die Lebenszeit. Vom aufgeschobenen Tod und von der Kunst des Lebens*, München

Schwengel, H. (1999): Aktivierender Staat und aktiver Sozialstaat als europäische Leitidee, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6, S. 815–824

Schwentker, B., Vaupel, J.W. (2011): Eine neue Kultur des Wandels, in: *APuZ* 10–11, S. 3–10

Trutzel, K. (2011): Kooperative Entwicklung der kommunalen Informationsinfrastruktur – Das EU-Projekt ToolS, in: *Zeitschrift Stadtforschung und Statistik* (1/2011), S. 55–59

Walker, A. (2002): A strategy for active ageing, in: *International Social Security Review*, Vol. 55, 1, S. 121–139

Martin Luther King I have a dream

– Fortsetzung der Rede von Martin Luther King von Seite 14 –

zur Hauptstadt unserer Nation gekommen, um einen Scheck einzulösen. Als die Architekten unserer Republik die grandiosen Worte der Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung schrieben, unterzeichneten sie einen Schuldschein, dessen Erbe jeder Amerikaner sein sollte. Dieser Schuldschein war ein Versprechen, dass allen Menschen - ja, schwarzen Menschen wie auch weißen Menschen - die unveräußerlichen Rechte von Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück garantiert wären. Es ist heute offensichtlich, dass Amerika diesem Schuldschein nicht eingelöst hat und zwar in Hinsicht auf seine farbigen Bürger. Amerika, anstatt diese heilige Verpflichtung zu honorieren, hat den Negern einen ungedeckten Scheck gegeben, einen Scheck, der mit dem Stempel „ungenügende Deckung“ zurückgekommen ist. Wir weigern uns aber, daran zu glauben, dass die Bank der Gerechtigkeit bankrott ist. Wir weigern uns, daran zu glauben, dass es eine ungenügende Deckung in den großen Tresorräumen der Gerechtigkeit dieser Nation gibt. Wir sind daher hierher gekommen, um diesen Scheck einzulösen, einen Scheck, der uns auf Verlangen die Reichtümer der Freiheit und die Sicherheit auf Gerechtigkeit gewähren wird.

Wir sind auch zu diesem heiligen Ort gekommen, um Amerika an die dringlichen Forderungen der Gegenwart zu erinnern. Dies ist nicht die Zeit, sich den Luxus der Abkühlung zu gestatten oder das Beruhigungsmittel der Allmählichkeit einzunehmen. Es ist jetzt die Zeit, die Versprechen der Demokratie zu verwirklichen. Es ist jetzt die Zeit, sich aus dem dunklen und trostlosen Tal der Rassentrennung zum sonnenbestrahlten Pfad der Rassengerechtigkeit zu erheben. Es ist jetzt die Zeit, unsere Nation von den Treibsänden der rassistischen Ungerechtigkeit zum festen Felsen der Gemeinschaft aller Menschen zu erhöhen. Es ist jetzt die Zeit, die Gerechtigkeit zu einer Realität für alle Kinder Gottes zu machen. Es wäre tödlich für unsere Nation, die Dringlichkeit des Moments zu übersehen. Der heiße Sommer der berechtigten Unzufriedenheit der Neger wird nicht vorbeigehen, bis es einen belebenden Herbst der Freiheit und Gleichheit gibt.

1963 ist kein Ende, sondern ein Anfang. Diejenigen, die hoffen, dass der Neger nur Dampf ablassen muss und jetzt zufrieden sein wird, werden ein böses Erwachen haben, sollte die Nation zu seinen alten Methoden zurückkehren. Es wird weder Ruhe

– Die Fortsetzung der Rede lesen Sie auf Seite 34 –

Aktuelle Tendenzen der Stadtentwicklung in Deutschland

Zurück in die Stadt

Michael Kolmer, Günther Bachmann, Darmstadt

„Stadt“ hat Konjunktur

Die Entwicklung der Weltbevölkerung im beginnenden 21. Jahrhundert hat zu einer Veränderung im Zusammenleben der Menschen geführt, die es in der Geschichte der Menschheit bisher so noch nicht gab. Während 1950 nur 28,9 % der Weltbevölkerung in Städten beheimatet waren, sind es inzwischen bereits über 50 % aller Menschen. Dieser Wert wird sich den Prognosen der Vereinten Nationen nach bis 2050 auf rund 69 % weiter erhöhen, die Zuwanderung vom Land in die Städte weiter

zunehmen. Dieser Trend wird – leicht ablesbar aus Abbildung 1 – von den sich ökonomisch entwickelnden Staaten wie China, Indien oder Brasilien getragen.

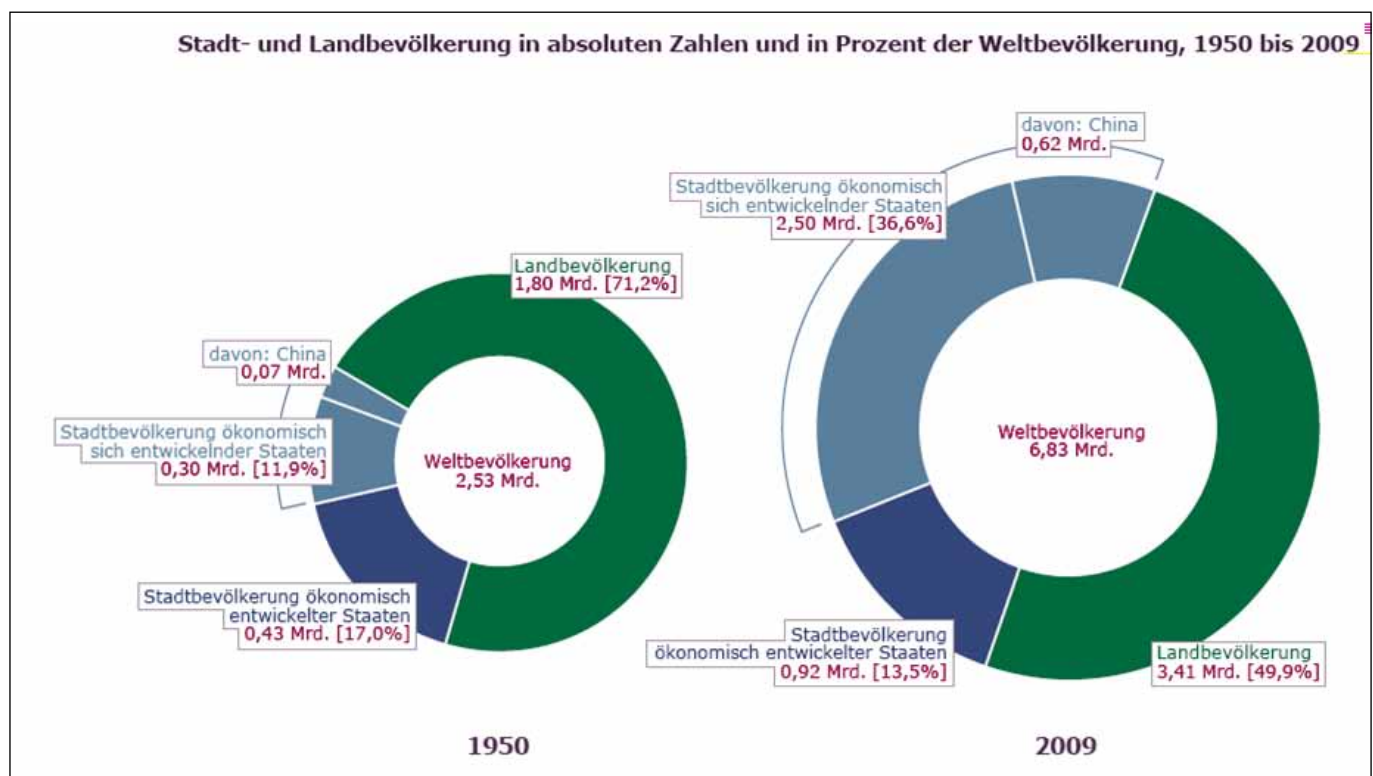
Für die Stadtentwicklung in Deutschland sind diese Angaben deshalb dem Grunde nach ein Muster mit geringem Wert. Übergeordnet interessant ist jedoch die Vergleichbarkeit zur „Explosion“ des Städtesystems in Europa während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert.

Trotzdem hat der Begriff „Stadt“ derzeit Konjunktur – auch und gerade in Deutsch-

land. Bis Ende der 1990er Jahre, teils sogar bis Anfang der 2000er Jahre waren Stichworte wie „Niedergang der europäischen Stadt“, „Amerikanisierung des Städtesystems“, „Funktionsverlust“, „fortschreitende Suburbanisierung“ oder „Alles geht in der Zwischenstadt auf“ typische Mainstream-Äußerungen in Diskussionen rund um die Stadtforschung.

Wenn man heute alleine die Zahl der so titulierten Stadtkonferenzen und der Tagungen, die sich sonst noch mit „Stadt“ auseinandersetzen, zählt oder wenn man beispielsweise feststellt, dass die IT-Branche

Abb. 1:
Stadtwelt – Welt der Städte
 (Grafik1 DarmstadtDemografie.bmp)
 Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung auf Basis United Nations



„Urban Management“ explizit als Thema erkennt, spätestens dann wird klar: „Stadt“ ist „in“. Es scheint einen Trend zurück in die Stadt zu geben. Dass parallel weitere ältere wissenschaftliche Ansätze eine Renaissance erleben, sei nicht ohne Grund erwähnt. Als Beispiel mögen Ulrich Becks Thesen zur Risikogesellschaft im Zeichen der Atomkatastrophe in Japan und des Atomausstiegs in Deutschland dienen¹. Unter Umständen korreliert die „Wiederentdeckung“ der Stadt mit weiteren Veränderungsprozessen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und Wertvorstellungen in Deutschland und Europa.

Existiert der Trend zurück in die Stadt aber hinsichtlich der empirisch nachvollziehbaren Bevölkerungsentwicklung wirklich – oder haben wir es mit einem unfundierten Modebegriff zu tun?

Der Trend zurück in die Stadt

Betrachten wir die Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in westdeutschen Städten seit 1980 (Abbildung 2), so kommen zunächst berechnete Zweifel auf.

„Zurück in die Stadt?“ Die Grafik vermittelt den gegenteiligen Trend: In Summe ist die Großstadt, also das Paradigma unserer europäischen Stadt und dessen, was wir unter Urbanität verstehen, gegenüber allen anderen Gemeindetypen der Verlierer dieses Zeitraums. Während die Großstädte gerade einmal in der Lage waren, die Bevölkerungsverluste der 1980er Jahre auszugleichen und sich knapp über dem Niveau von 1980 zu halten, sind Mittel-, Klein- und Landstädte sowie ländliche Gemeinden im

Vergleichszeitraum zwischen 10 % und knapp unter 20 % gewachsen.

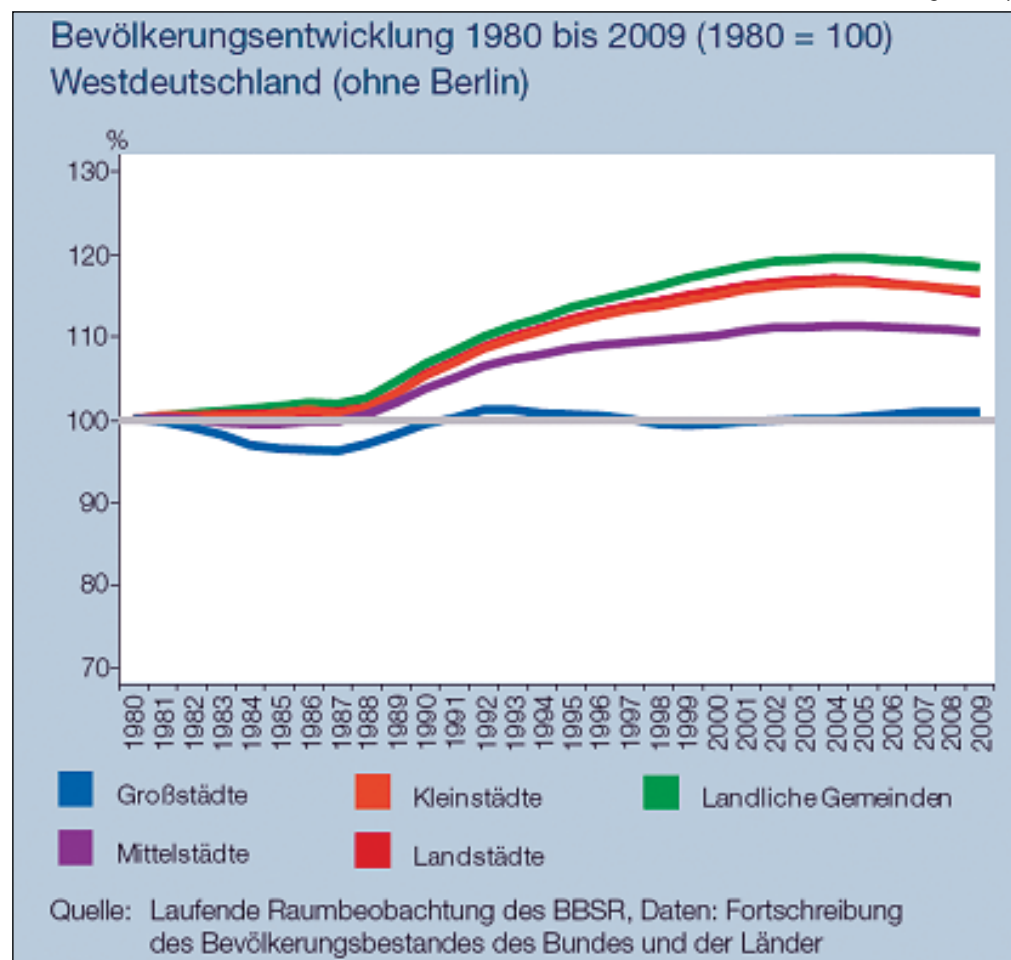
Von einem Ende der Suburbanisierung kann demzufolge bis hierhin keine Rede sein. Im Zeitraum einer Generation haben die urbanen Zentren ihren Status ungefähr erhalten können und es ist immerhin die Feststellung erlaubt: „Es gibt sie noch – die europäische Stadt atmet noch.“²

Auch der Blick auf die Baufertigstellungen in Abbildung 3 (gewählt sind hier drei Referenzzeiträume) von 1980 bis 2006 spricht keine andere Sprache. Mitte der 1990er Jahre ist ein Höhepunkt in der Bautätigkeit bedingt, durch die Wende und die Auflösung des Ostblocks festzustellen.

Dem gegenüber bricht die Anzahl der fertig gestellten Wohnungen 2004 bis 2006 regelrecht ein – ungebremste Wachstumsszenarios sind offenbar allgemein nicht mehr angebracht.

Die relative Verteilung nach Raumeinheiten zeigt, dass das verdichtete Umland – also der suburbane Raum – unverändert mit über 50% an der Bautätigkeit beteiligt ist. Dies ist ein deutlicher Beleg des Booms der „Zwischenstadt“ zumindest bis 2006. Ist der Trend zurück in die Stadt etwa doch nur ein Wunschdenken der Planerherzen und -köpfe? Oder sind Trendindizien feststellbar? Der Blick auf die Abbildung 4 – Bevölkerungsentwicklung 2000–2009 gibt erste Hinweise.

Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung der Städte Westdeutschlands 1980–2009 (Grafik2 DarmstadtDemografie.bmp)



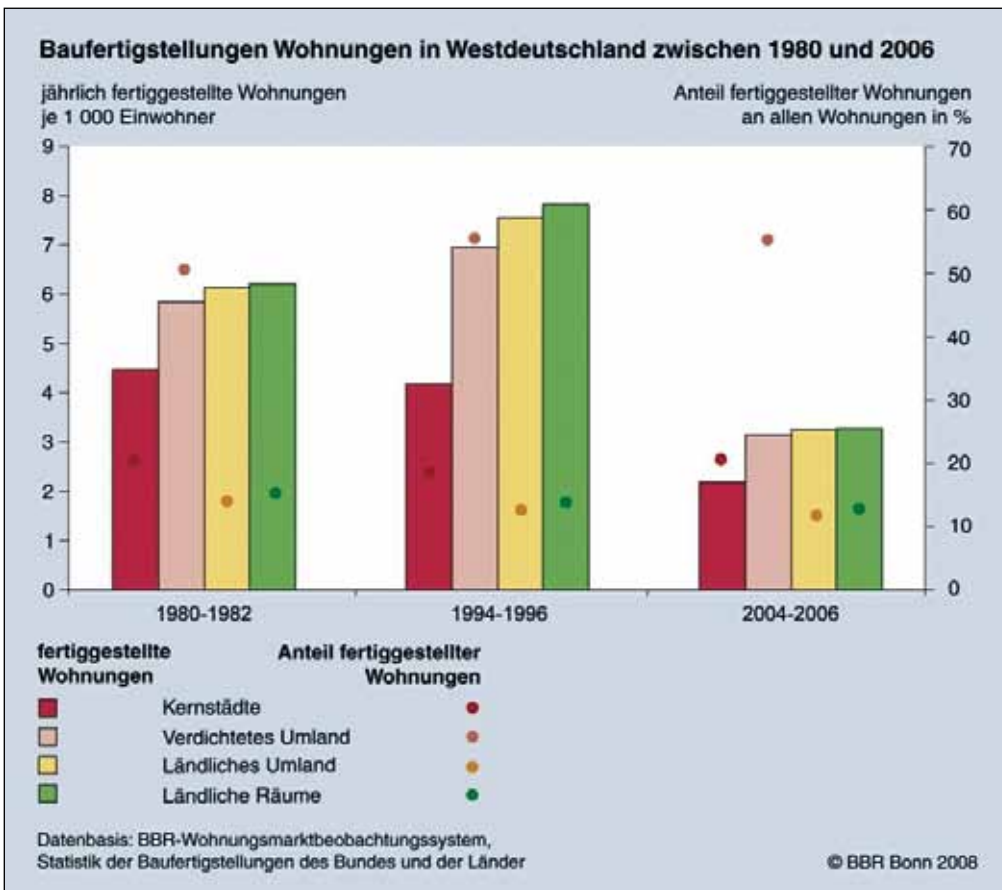


Abb. 3: Baufertigstellung Wohnungen in Westdeutschland zwischen 1980 und 2006 (Grafik3DarmstadtDemografie.bmp)

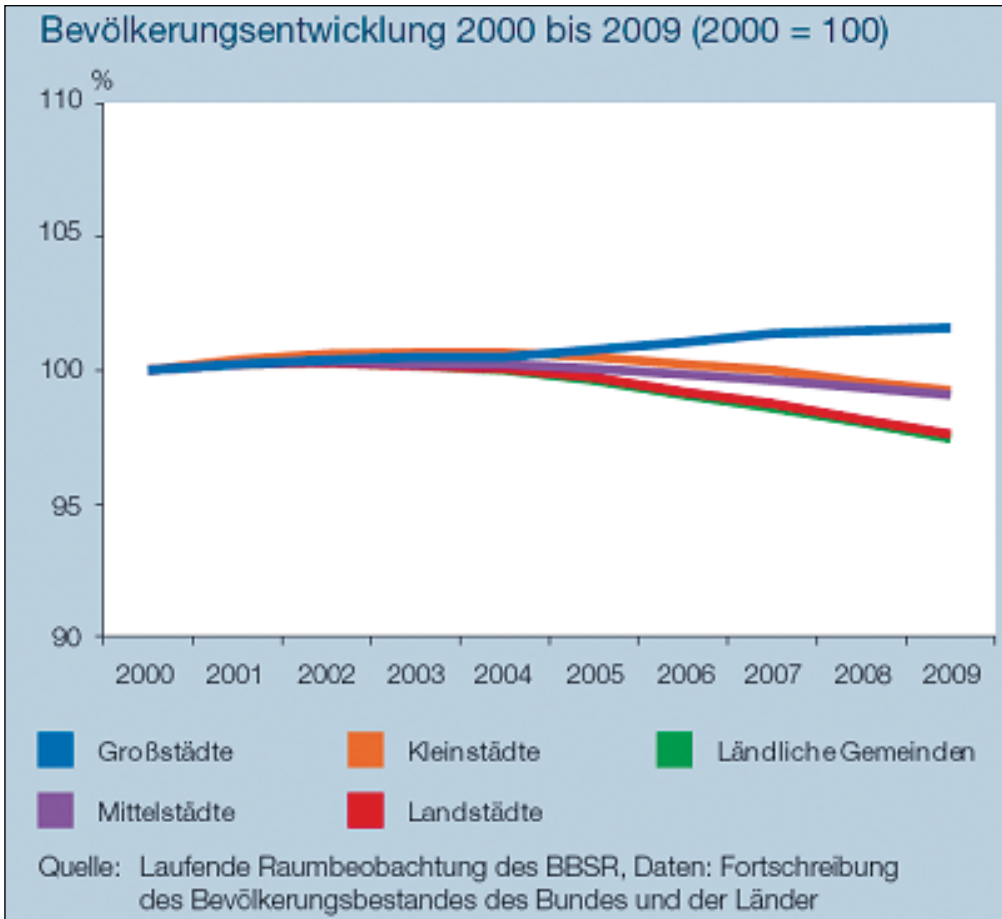


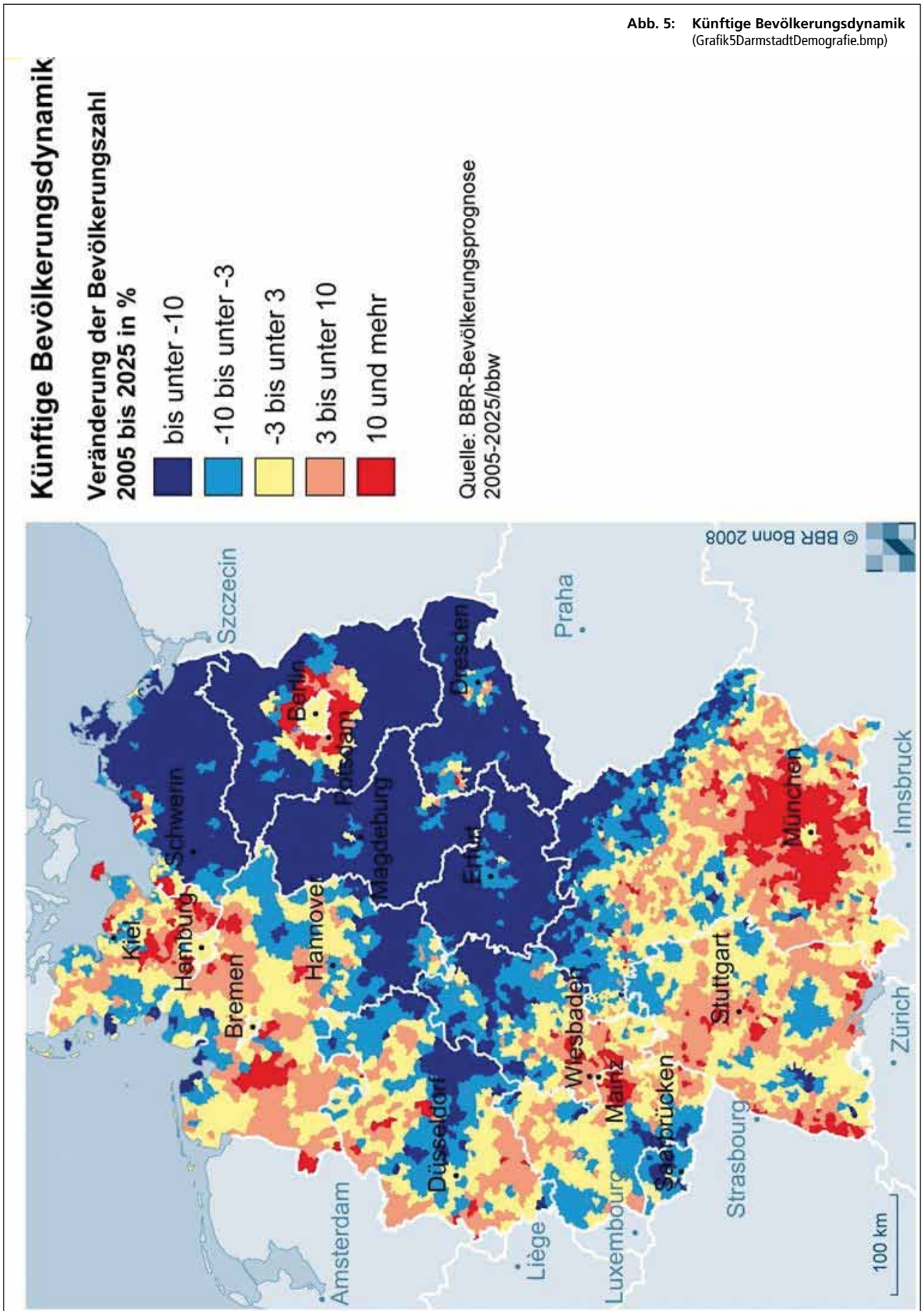
Abb. 4: Bevölkerungsentwicklung 2000 – 2009 (Grafik4DarmstadtDemografie.bmp)

Dabei handelt es sich keineswegs um eine statistische Glättung einer Kurve, sondern um die Wahl eines anderen, für die vorliegende Fragestellung präziseren Blickwinkels. Die einzige Gebietskategorie, die in den 2000er Jahren relevante Bevölkerungsgewinne realisieren konnte, ist nämlich die Großstadt³. Alle anderen Gemeindetypen schrumpfen. Die Trendwende vollzieht sich ziemlich exakt ab dem Jahr 2004 und drückt sich – bezogen auf die folgende Betrachtung der bundesdeutschen Städte – räumlich sehr differenziert aus.

Abbildung 5 mit der Darstellung der Bevölkerungsdynamik auf Ebene der deutschen Städte und Kreise bis 2025 bezieht sich auf das Basisjahr 2005. Der in 2004 einsetzende Trend der Bevölkerungswanderung zurück in die Stadt spiegelt sich also noch nicht voll wider. Der demografische Wandel – und über diesen ist hier zu sprechen – wird extreme Disparitäten in der Bevölkerungsentwicklung und damit in der Verteilung von Wohlstand bzw. der Entwicklung der einzelnen Städte untereinander erbringen. Neben den Bevölkerungsverlusten in weiten Teilen der neuen Bundesländer wird häufiger übersehen, dass auch praktisch das gesamte ehemalige Zonenrandgebiet Schrumpfungsraum ist und sich eine markante Linie der Bevölkerungsabnahme vom Ruhrgebiet ausgehend nach Südosten bis in den Bayerischen Wald erstreckt.

Auffällig ist ebenso, dass die Suburbanisierung in manchen Teilräumen aufgrund der extremen Dynamik oder einer nachholenden Entwicklung weiterhin voranschreitet. Das

Abb. 5: Künftige Bevölkerungsdynamik
(Grafik5DarmstadtDemografie.bmp)



Heterogene Entwicklung

Umland von München, die Großregion Berlin mit Teilen Brandenburgs und der Großraum Hamburg sind solche Beispiele. Es liegt also eine Heterogenität stadtreionaler Entwicklungsprozesse vor: Pauschalisierungen gehen fast immer fehl, der Trend zurück in die Stadt gilt offenbar vorrangig für bestimmte Stadtreionen. Gewinnerregionen des demografischen Wandels sind neben den Genannten ohne Zweifel die Region Stuttgart, die Region München und die Region FrankfurtRheinMain.

Wiesbaden, die Kernstädte der prosperierenden Region FrankfurtRheinMain, werden wachsen. Einzige Ausnahme im suburbanen Raum ist der Main-Taunus-Kreis. Darmstadt bringt es als „Spitzenreiter“ der Prognose der Hessen-Agentur⁴ auf veritable 9,4 % Wachstum bis 2050 – bei 8,7 % Schrumpfung in Hessen gesamt. Differenziert wird dies anhand verschiedener Themen wie Wohnraumversorgung, Konversionsflächen in Darmstadt und einer aktuellen Bevölkerungsprognose in den folgenden Kapiteln vorgestellt.

man soweit gehen, zu sagen, dass ein Trend zurück in die Stadt vorliegt, wenn auch unter anderen Vorzeichen.

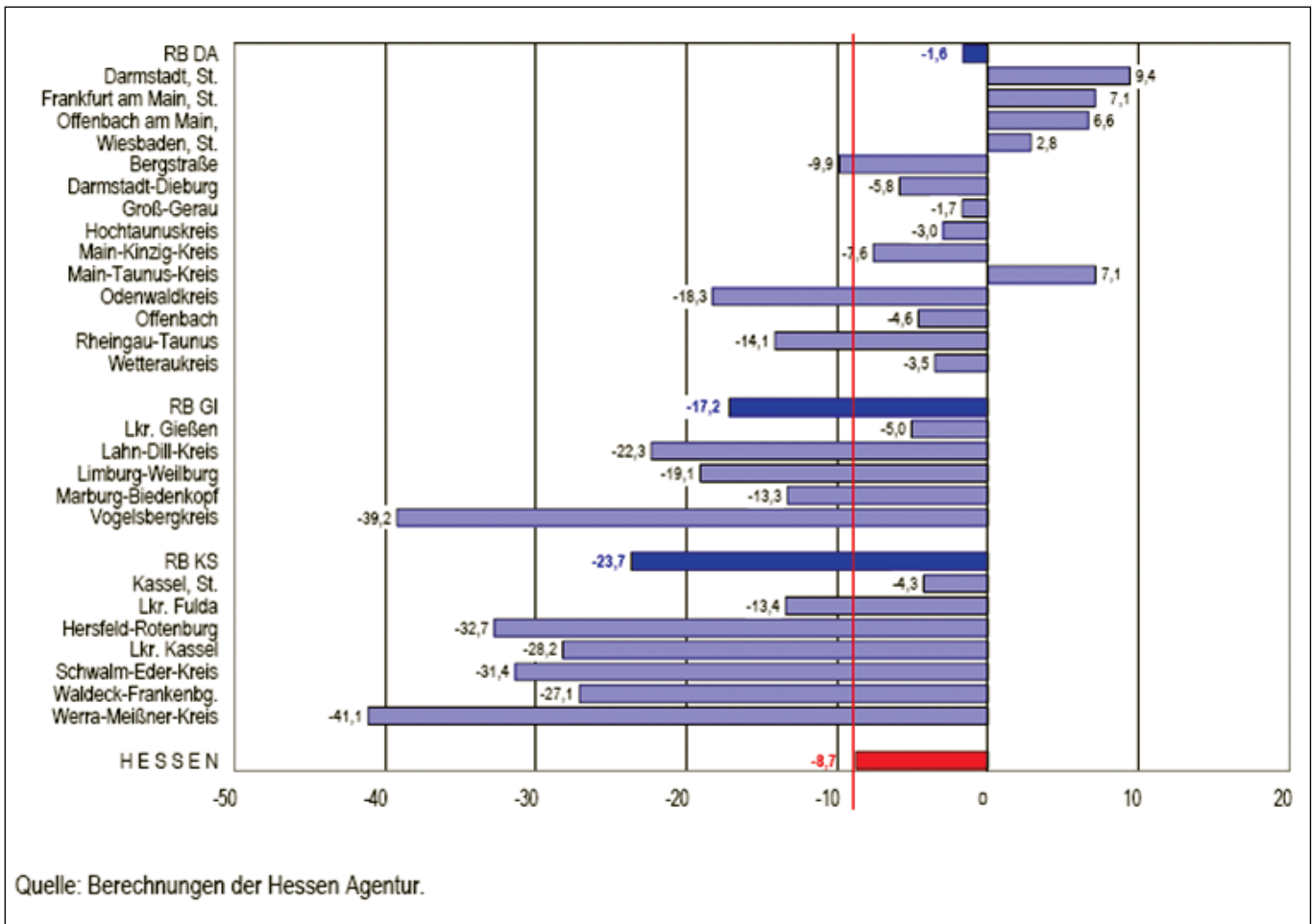
Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat jüngst in einem Zwischenbericht⁵ zu einem entsprechenden Forschungsvorhaben herausgearbeitet, welches die speziellen Bedingungen für Großstädte sind, die derzeit eine „Renaissance“ erfahren. Bildet man Städtegruppen aus, so wird zunächst klar, dass Städte über 500.000 Einwohner – positive Rahmenbedingungen vorausgesetzt – offenbar einen „strategischen Vorteil“ als Zuwanderungsziel besitzen. Es liegt hier nahe, das Argument der Anziehungskraft der „Kreativen-Klasse“ nach Richard Florida einzuführen⁶. Die drei TTTs – Talente, Technologie und Toleranz – sind wissen-

Demografische Trends in Hessen

Auf Hessen herunter gebrochen, sprechen jüngste Prognosen bis 2050 eine ausgesprochen deutliche Sprache: die Großstädte Darmstadt, Frankfurt, Offenbach und

Bemerkenswert ist aber auch die relativ geringe Bevölkerungsabnahme in Kassel mit 4,3 % angesichts des dramatischen und gerade zu existenziellen Niedergangs der Nachbarkreise in der Vorausberechnung. Auch hier kann

Abb. 6: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung von 2009 bis 2050 in Hessen (Grafik6DarmstadtDemografie.bmp)



schaftlich bisher praktisch unwidersprochen untrennbar mit dem Trend zurück in die Stadt verbunden.

Die wissens- und technologieorientierte Großstadt

Von eben diesem Effekt profitiert aber noch eine zweite Städtegruppe: Die kleinere bis mittelgroße Großstadt mit einem wissens- und technologieorientierten Profil ist in Deutschland der zweite wichtige Träger des Trends zurück in die Stadt. Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Ulm oder Regensburg finden wir in dieser Städtegruppe⁷ – und die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die durchaus als Prototyp der geschilderten Entwicklung zu bezeichnen ist.

Der Begriff Prototyp bietet sich nicht zuletzt wegen des typischen Verlaufs der Bevölkerungsentwicklung – hier seit 1960 – an. Nach einem Peak der Nachkriegsentwicklung 1971/72 mit knapp über 142.000 Einwohnern begann eine lang währende Phase der Suburbanisierung mit Bevölkerungsverlusten insbesondere ins unmittelbare Umland, die nur Anfang der 1990er Jahre eine Unterbrechung durch Sondereffekte der Wende hatte. Die eigentliche Trendwende vollzieht sich ab 1998, also früher als im Bundesdurchschnitt. Seither steigt die Bevölkerungszahl in Darmstadt kontinuierlich an, bis 2011 mit 147.930 ein historischer Höchststand erreicht wird. Gestützt auf die Analyse intraregionaler Wanderungsbewegungen kann man seitdem feststellen: die Suburbanisierung als über vier Jahrzehnte prägendem Faktor der Stadtentwicklung ist zum Erliegen

kommen. Darmstadt befindet sich abgesichert in einer Reurbanisierungsphase.

Dabei ist auch auf den Sondereffekt der Einführung einer Zweitwohnungssteuer hinzuweisen, der qualifiziert geschätzt zwischen 2.000 und 2.500 Ummeldungen vom Zweit- an den Erstwohnsitz in 2011 mit sich brachte. Auch dies ist ein typischer Effekt, da zahlreiche Vertreter der beiden genannten „Gewinner-Städtegruppen“ ein solches Instrument einsetzen, z.B. um maßstabsgerechter am kommunalen Finanzausgleich zu partizipieren (z.B. Aachen, Dresden, Köln, Mainz, München, Trier, Tübingen).

Flächenverbrauch und Lebensqualität

Derzeit stehen wir in Deutschland, wie anhand der Demografie der Großstädte gezeigt, an einem wichtigen Wendepunkt der Stadtentwicklung. Die Phasen des Wiederaufbaus und der folgenden Stadt-Umland-Wanderungen sind abgeschlossen oder gehen ihrem Ende entgegen. Wir treten in eine neue Phase der Stadtentwicklung ein. Gleichzeitig korrelieren Veränderungs- und Anpassungszwänge, deren Wechselwirkungen von Forschung und Praxis noch weiter zu analysieren und erproben sind. Entscheidend ist für die zukünftige Entwicklung der Stadt sicher der Ausgleich zwischen den drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit. Ein neues Planungsparadigma für die Stadtentwicklung gewinnt hier mehr und mehr an Kontur. Die Problematik der Abwägung zeigt sich im Flächenverbrauch in Deutschland, der den Kristallisationspunkt der

Nachhaltigkeit darstellt und an dem sich die Konflikte festmachen. Die Bundesregierung hat das Ziel formuliert, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag zu senken, die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland hat zwischen 2007 und 2010 jedoch um rechnerisch täglich 87 ha zugenommen. Hierbei zeigt sich die Heterogenität raumwirksamer Entwicklungsprozesse: Wir sind in Deutschland noch längst nicht bei einem wünschenswerten Flächenverbrauch angekommen. Der Flächenverbrauch verlangsamt sich immerhin, denn zwischen 2006 bis 2009 betrug die Zunahme noch 94 ha pro Tag. Zugleich tragen die nicht versiegelten Flächen wie Grünanlagen und Sportflächen inzwischen mit ca. 31 ha pro Tag zu einem teilweise verträglichen Anstieg der Siedlungsfläche bei.

Deshalb kann eine verantwortliche, nachhaltige Stadtentwicklung nur auf Innenentwicklung setzen, um den Flächenverbrauch zu minimieren. Dies ist keineswegs nur eine kern-ökologische Anforderung, für die Bevölkerung geht es auch um subjektive Lebensqualität gerade in den Verdichtungsräumen.

Beteiligungskultur und nachhaltige Stadtentwicklung

Die Bedeutung der subjektiven Lebensqualität städtischer Bevölkerung zeigt sich auch in der deutlich gestiegenen Forderung von Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen und der Gestaltung der baulichen Umwelt in den Großstädten. Die zivilgesellschaftliche Aktivierung und Partizipation ist derzeit eine Herausforderung für das (lokale) parlamentarische

TTT = Trend zur Stadt

Wissens- und technologieprofilierte Städte gewinnen

Innenentwicklung im Focus

Gesellschaftliche Aktivierung vs. Individualisierung

System und als deutliche Reaktion auf postdemokratische Phänomene zu werten. Dass Stadt und Gesellschaft widersprüchlich sein können, sein wollen, zeigt sich hier sehr schön. In Teilen ist die zivilgesellschaftliche Aktivierung eine Gegenströmung zur Individualisierung des Menschen in der Großstadt. Doch da in Bürgerbeteiligung auch Partikularinteressen vertreten werden, was aus Sicht des Einzelnen nachvollziehbar ist, ist es ebenso eine Parallelbewegung.

Wohn- statt Mobilitätskosten

Der Kernpunkt ist jedoch ein ganz anderer: Es ist eine zentrale, wenn nicht die gesellschaftliche Aufgabe schlechthin, der sich unsere Demokratie stellen muss, neues Vertrauen herzustellen und aus diesem Vertrauen eine neue Beteiligungskultur entstehen zu lassen. Dazu muss einerseits der ernsthafte politische Wille bestehen, andererseits sind Verfahren auch neu zu entwickeln und gesetzlich zu definieren. Das Bau- und Planungsrecht kennt die Bürgerbeteiligung durchaus seit Langem. Die Beteiligung der Öffentlichkeit, wie wir sie heute nach Baugesetzbuch kennen, wird jedoch nur noch in Teilen akzeptiert und bedarf deshalb einer Überarbeitung. Darmstadt ist hier mit der Bürgerbeteiligung in der Konversion und der Aufnahme in das Programm Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundesstädtebauministeriums als Pilotprojekt an vorderer Front unterwegs: vor allem schafft dies eine nachhaltige, weil durch die Bürgerinnen und Bürger mitgestaltete, entscheidungsfeste, abgesicherte Stadtentwicklung.

Verhandlungsbedürftig ist vor dem Hintergrund einer neuen Beteiligungskultur auch das

Verhältnis zwischen Investoren und Partizipation. „Stadt“ lebt von privater, rentierlicher Investition. Diese wiederum braucht Verlässlichkeit in den Entscheidungswegen. „Wem die Stadt gehört?“ und „ob man Stadt kaufen können darf“, wird deshalb immer wieder neu diskutiert werden. Wenn Beteiligung als Standard eine starke Verlässlichkeit für Investitionsentscheidungen schafft, dann werden alle Seiten den größtmöglichen Vorteil haben.

Die Veränderung tradierter Familienbilder

Tradierte Familienbilder lösen sich mit hoher Geschwindigkeit auf. Dies wird auch für Darmstadt in den folgenden Kapiteln aufgezeigt, wie z.B. bei den Hintergrundinformationen zu Geburtenzahlen, Wanderungsbewegungen u.a. Die „klassische“ Familie mit zwei Kindern, einem berufstätigen Mann, der mit dem PKW vom Haus mit Garten im Vorort zur Arbeit pendelt und der nicht-berufstätigen Mutter, die mit dem Zweitwagen Einkäufe und den Transport der Kinder in die Schule, zum Sportverein etc. bewerkstelligt, mag weiterhin existent sein. Familiär geprägte Solidarbeziehungen ohne Formalisierung, Patchworkfamilien etc. sind aber gleichsam vollkommen soziale Normalität. Gerade die Tatsache, dass in der Regel auf jede familiäre Beziehung inzwischen zwei oder zumindest 1,5 Berufstätige kommen, ist eine Triebfeder des Trends zurück in die Stadt: „Man braucht für die prekären Beschäftigungsverhältnisse, das Arbeiten in Projekten, viele Kontakte. Die sind in der Innenstadt, da kann man dann mal hier und

mal dort ein halbes Jahr arbeiten. Wenn Sie draußen im Eigenheim wohnen, sind Sie von allem abgeschnitten. Es ist eine Existenzfrage, in der Stadt zu bleiben. Der wichtige Trend in der Stadt ist „Bleiben, nicht Zurückkehren“⁸. Solche und ähnliche Familienlogistik lässt sich angesichts enger Zeitbudgets und steigender Mobilitätskosten sinnvoller in der Kernstadt abwickeln als anderswo⁹.

Gleichzeitig senkt der Trend zurück in die Stadt das Immobilienpreisniveau im suburbanen Raum außerhalb des engsten Gürtels um die Kernstädte tendenziell ab. Mobilitätskosten und Zeitbudget werden zunehmend gegen Wohnkosten gegengerechnet. Schließlich laufen die Immobilienmärkte in peripheren Regionen mit dramatisch rückläufigen Bevölkerungszahlen Gefahr, vollkommen zusammenzubrechen. In den Gewinnerstädten des demografischen Wandels erleben wir wiederum eine teilweise Umkehrung bekannter immobilienwirtschaftlicher Regeln. Die renditestärkste Funktion setzt sich nämlich wie gemeinhin bekannt in der Nutzungskonkurrenz durch. Das Wohnen – lange ein ungeliebtes Kind der Investoren – erzielt inzwischen oft höhere Renditen als andere Nutzungen und verdrängt diese. Mischgebiete nehmen auf diesem Wege vielfach mehr und mehr den Charakter von Wohnquartieren an.

Soziale Exklusion und neues Prekariat

Trotz eines hohen durchschnittlichen Wohlstandsniveaus gerade in Städten wie Darmstadt zeigt sich, dass die Gesellschaft sich fragmentiert und bestimmte Gruppen

bei der Entwicklung von Einkommen, Lebensqualität oder Statussicherheit nicht mitgenommen werden. Zugleich ist festzustellen, dass immer mehr Jobs in den Städten nicht mehr ausreichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Multijobber und eines neues Prekariat sind ein Phänomen einer vermeintlich reichen Gesellschaft¹⁰. Sozialen Brennpunkten und ihrer Vorbeugung muss deshalb weiterhin hohe Aufmerksamkeit zu kommen. Die Befürchtung, dass das Programm Soziale Stadt ausgehöhlt wird, ist zu recht weiterhin groß. Die Herausforderung, ökologische Nachhaltigkeit, energetische Sanierung und soziale Nachhaltigkeit mit vertretbaren Warmmieten zu vereinen, ist deshalb extrem wichtig und bedeutsam¹¹.

Nachhaltige Nahversorgung

Parallel zum Trend zurück in die Stadt ist ein Trend zurück zum Einkauf im Stadtteil feststellbar, wie dies die Darmstädter Bürgerbefragungen von 2006 und 2009 eindrücklich belegen¹². Für Darmstadt soll hier auf integrierte Projektentwicklungen wie den Rewe-Markt in der Dieburger Straße oder den Edeka-Markt im Arheilger Ortskern hingewiesen werden.

Neues Wohnen

Stadtentwicklerisch ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft die nachhaltige Energiewende und die flächendeckende energetische Sanierung des deutschen, insbesondere Altimmobiliensbestandes. 2008 waren 48 % der deutschen Privathaushalte mit Wohneigentum ausgestattet. Hierbei muss ein Ausgleich zwischen den Zielen der Stadt-

gestaltung, des Denkmalschutzes und energetischer Sanierung gefunden werden.

Hervorgehend aus den sich kombinierenden Trends der zivilgesellschaftlichen Aktivierung, sich verändernden familiären Lebenszusammenhängen und des demografischen Wandels ergeben sich neue Wohnformen sowohl in genossenschaftlichen, oft generationenübergreifenden oder inklusiv angelegten Wohngruppen als auch in (regenerativen) Energieerzeugergemeinschaften. Die Genossenschaft als Beteiligungsmodell ist mithin wieder in aller Munde.

Zugleich müssen neue Mobilitätskonzepte auf Quartierebene für eine nachhaltige Stadtentwicklung zwingend umgesetzt werden. Dies wirkt sich nicht nur in spezifischen Maßnahmen und Angeboten aus, sondern auch in neuen städtebaulichen Grundmustern und Erschließungsformen. Am Beispiel der Darmstädter Konversionsflächen wird dies in einem eigenen Kapitel dargestellt.

Ist der Trend zurück in die Stadt und der Versuch, Flächenverbrauch durch Innenentwicklung zu minimieren, am Ende doch eine, viel zu facettenreiche Aufgabe, als dass man sie zielsicher lösen könnte? Nein, denn für die Städte ist offensichtlich, dass die Energiewende als zukunftsichernde Aufgabe in der Stadt bzw. im Stadtbau entschieden wird. Sie muss deshalb gesamtgesellschaftlich eingebettet sein. Die europäische Stadt wiederum hat über Jahrhunderte hinweg ihre Wandlungsfähigkeit, Integrations- und Innovationskraft bewiesen. Die „Stadt“ als Organismus und Plattform ist dem Aufgabenspektrum gewachsen und wird sich zum wiederhol-

ten Male in ihrer Geschichte über die Herausforderung neu „erfinden“. Außerdem ist davon auszugehen, dass in den Städten aufgrund des demografischen Wandels Veränderungsprozesse eher als anderswo ökonomisch rentierlich darstellbar sind. Auch dies ist ein Grund, warum aktuell so viel über „Stadt“ gesprochen wird. „Wenn eine Stadt vielfältig sein soll, muss sie für alle Platz haben ...“ (Hartmut Häußermann).

Anmerkungen

- 1 vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M. 1986
- 2 Üblicherweise werden folgende Unterscheidungen beim Begriff „Stadt“ zugrunde gelegt: die Landstadt – unter 5.000 Einwohnern, Kleinstadt mit 5.000–20.000, Mittelstadt von 20.000–100.000 und die Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern. Sehr differenziert zur Entwicklung der europäischen Großstadt ist die Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Urbanistik u. a., Second State of European Cities Report, Research Project for the European Commission, DG Regional Policy, Essen 2010
- 3 Diese Feststellung gilt sogar für die europäischen Großstädte innerhalb der Europäischen Union, wie die EU-Studie Second State of European Cities Report für die EU-Kommission, DG Regional Policy, des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Deutschen Instituts für Urbanistik u. a. vom November 2010 herausarbeitet – siehe dort S. 55 ff.
- 4 Uwe van den Busch, Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050, HessenAgentur GmbH, Report Nr. 792, Wiesbaden 2010
- 5 Jürgen Göttsche-Stellmann, Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBSR-Berichte KOMPAKT 9/2011, Bonn 2011
- 6 Richard Florida, The Rise of the Creative Class – and how it's transforming work, leisure, com-

Rentierliche Veränderungsprozesse

Neue Mobilitätskonzepte

Energetische Sanierung

- munity, and everyday life. New York 2003
- 7 Jürgen Göttsche-Stellmann, Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz, Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBSR-Berichte KOMPAKT 9/2011, Bonn 2011, so z. B. auf S. 7
 - 8 Hartmut Häußermann, Alle bleiben in der Stadt. Kann sie das aushalten?, Interview, erschienen in Demo – die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik, Heft 9/10-2011, Bonn 2011, S. 34 f.
 - 9 Stephanie Pedlow, Die neue Attraktivität der Stadt. Wohnpräferenzen und Motive der Wohnstandortwahl in familienorientierten Neubaugebieten Darmstadts, Diplomarbeit, herausgegeben vom Institut für Wohnen und Umwelt, Darmstadt 2011
 - 10 Siehe dazu ausführlich: Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Sozialatlas, Darmstadt 2009
 - 11 Eine neue Untersuchung hat dies für Heidelberg exemplarisch belegt: Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg (Hrg.), Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Wohntypen in Heidelberg. Eine nachfrageorientierte Segmentierung des Heidelberger Wohnungsmarktes, Heidelberg, April 2011
 - 12 Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrg.), Bürgerumfrage 2006 bzw. Bürgerumfrage 2009, Darmstadt 2006 bzw. 2009
- Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M. 1986
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Urbanistik u. a., Second State of European Cities Report, Research Project for the European Commission, DG Regional Policy, Essen 2010
- Richard Florida, The Rise of the Creative Class – and how it's transforming work, leisure, community, and everyday life. New York 2003
- Jürgen Göttsche-Stellmann, Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz, Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBSR-Berichte KOMPAKT 9/2011, Bonn 2011
- Hartmut Häußermann, Alle bleiben in der Stadt. Kann sie das aushalten?, Interview, erschienen in Demo – die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik, Heft 9/10-2011, Bonn 2011
- Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Sozialatlas, Darmstadt 2009
- Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrg.), Bürgerumfrage 2006, Darmstadt 2006
- Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrg.), Bürgerumfrage 2009, Darmstadt 2009
- Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg (Hrg.), Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Wohntypen in Heidelberg. Eine nachfrageorientierte Segmentierung des Heidelberger Wohnungsmarktes, Heidelberg, April 2011
- Stephanie Pedlow, Die neue Attraktivität der Stadt. Wohnpräferenzen und Motive der Wohnstandortwahl in familienorientierten Neubaugebieten Darmstadts, Diplomarbeit, herausgegeben vom Institut für Wohnen und Umwelt, Darmstadt 2011
- Uwe van den Busch, Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050, HessenAgentur GmbH, Report Nr. 792, Wiesbaden 2010

Literatur:

Martin Luther King I have a dream

– Fortsetzung der Rede von Martin Luther King von Seite 25 –

noch Frieden in Amerika geben, bis dem Neger seine Bürgerrechte gegeben werden. Die Wirbelstürme der Revolte werden weiterhin das Fundament unserer Nation schütteln, bis der helle Tag der Gerechtigkeit erscheint.

Es gibt aber etwas, was ich meinen Brüdern sagen muss, die auf der abgenutzten Schwelle stehen, die zum Palast der Gerechtigkeit führt. Bei dem Prozess, den gerechten Platz zu erreichen, dürfen wir nicht ungerechter Taten schuldig werden. Versuchen wir nicht, unseren Durst nach Freiheit zufrieden zu stellen, indem wir vom Becher der Bitterkeit und des Hasses trinken. Wir müssen unseren Kampf immer auf der hohen Ebene der Würde und Disziplin führen. Wir dürfen nicht erlauben, dass unser kreativer Protest in physische Gewalt degeneriert. Wir müssen uns immer wieder zu den majestätischen Höhen erheben und physische Gewalt mit der Macht der Seele konfrontieren. Die wunderbare neue Kampfbereitschaft, welche die Gemeinschaft der Neger umgibt, darf nicht zum Misstrauen von allen weißen Menschen führen. Viele unserer weißen Brüder, wie es sich durch ihre Anwesenheit hier zeigt, haben erkannt, dass ihr Schicksal mit unserem Schicksal verbunden ist. Sie haben auch erkannt, dass ihre Freiheit unentwerrbar mit unserer Freiheit

verbunden ist. Wir können nicht alleine gehen. Während wir gehen, müssen wir ein Gelöbnis ablegen, dass wir immer weiter marschieren werden. Wir können nicht umkehren.

Es gibt diejenigen, die die Anhänger des Bürgerrechts fragen: „Wann werdet ihr zufrieden sein?“ Wir können niemals zufrieden sein, solange der Neger ein Opfer von unbeschreiblichen Grauenhaftigkeiten der Polizeigewalt ist. Wir können niemals zufrieden sein, solange unsere Körper, schwer von der Müdigkeit der Reise, keine Unterkunft in den Motels an den Autobahnen und in den Hotels der Städte finden. Wir können niemals zufrieden sein, solange die grundsätzliche Mobilität der Neger darin besteht, sich von einem kleineren Ghetto in ein größeres zu bewegen. Wir können niemals zufrieden sein, solange unsere Kinder ihres Selbstbewusstseins und ihrer Würde mit Schildern „Nur für Weiße“ beraubt werden. Wir können niemals zufrieden sein, solange der Neger in Mississippi kein Wahlrecht hat und der Neger in New York überzeugt ist, dass er nichts hat, für das er wählen kann. Nein! Nein, wir sind nicht zufrieden, und wir werden nicht zufrieden sein, bis die „Gerechtigkeit wie ein Gewässer und Rechtschaffenheit wie ein mächtiger Strom herunterquellen.“

– Die Fortsetzung der Rede lesen Sie auf Seite 37 –

Zukunft eines inhomogener werdenden Wohnungsmarktes

Wohnen in FrankfurtRheinMain und Darmstadt

Georg Haumann, Darmstadt

Die Einwohnerzahl Hessens wird bis 2020 zunächst geringfügig zurückgehen. In den folgenden Jahrzehnten wird sich dieser Abwärtstrend beschleunigen. Im Gegensatz dazu können sich bei der Betrachtung der kleinräumigen Entwicklung auf der Ebene der Regierungsbezirke und stärker noch auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte allerdings signifikante Abweichungen ergeben (siehe den Aufsatz „Zurück in die Stadt“ von Michael Kolmer und Günther Bachmann in dieser Zeitschrift).

Die für die zu erwartende positive Bevölkerungsentwicklung im Wesentlichen verantwortlichen Wanderungsströme werden sich wegen der ökonomischen Attraktivität des Rhein-Main-Gebietes vor allem auf Südhessen und Teile des mittelhessischen Raumes konzentrieren und insbesondere im Süden bis 2030 zu einer steigenden Einwohnerzahl beitragen. Doch auch in Südhessen werden die Entwicklungen nicht gleichförmig verlaufen. Wobei die klassischen Muster der Suburbanisierungsbewegungen, die die Siedlungsentwicklungen der letzten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts prägten, keine Rolle mehr spielen werden.

Die Hessen-Agentur beobachtet dieses Phänomen seit der Jahrtausendwende und stellt in ihrer jüngsten Studie fest,

dass sich der Trend zur Reurbanisierung fortsetzt. Das zugunsten der Städte veränderte Wanderungsmuster sowie die noch stärker auf den Regierungsbezirk Darmstadt konzentrierten Wanderungsgewinne sind die wesentlichen Veränderungen der aktuellen Bevölkerungs-vor-ausberechnung im Vergleich zu den Vorgängerstudien.¹

Die Folgen der erlahmenden Suburbanisierung werden zunehmend sichtbar: Periphere Standorte verlieren an Bedeutung und Wanderungsbewegungen begünstigen und stärken zunehmend die Zentren. Indiz dafür ist, dass neue Arbeitsplätze vorwiegend in Städten entstehen, die wiederum als Wohnstandort interessant werden. Auch für ältere Menschen, für die keine arbeitsplatzrelevanten Gründe eine Rolle spielen, werden die Städte wieder attraktiv.

Diese Entwicklungen bleiben selbstverständlich nicht ohne Einfluss auf die Wohnungsmärkte. Die Bedeutung des Wohnungsmarktes als Standortfaktor nimmt zu. So komplex wie der demografische Wandel werden auch die Entwicklung und der Wandel im Wohnungsmarkt zukünftig erwartet.

Es wird keinen einheitlichen regionalen Wohnungsmarkt geben. Die Märkte werden inhomogener. Im Gesamtbild kann es durchaus sein, dass die Zahl der Haushalte und

der Wohnungen ausgeglichen ist, es ergeben sich aber große Unterschiede in den einzelnen Segmenten. Schon heute steht oftmals einem Überangebot von teuren Wohnungen eine wachsende Knappheit an preiswerten, finanzierbaren Wohnungen gegenüber.

So ist deutschlandweit die wesentliche Erkenntnis der letzten Jahre, dass die Wohnungs- und Immobilienmärkte immer vielfältiger werden. Wachsende und schrumpfende Wohnungsmarktregionen existieren nebeneinander. Gleichzeitig nehmen die Preisspannen zwischen den „günstigen“ und „teuren“ Regionen zu.

Diese Entwicklungen und Strukturverschiebungen zeichnen sich teilweise sogar kleinräumig und in verschiedenen Marktsegmenten ab. Insbesondere bei Wohnungsmieten und Immobilienpreisen haben sich die Unterschiede zwischen den regionalen Immobilienmärkten vergrößert.

Städte in wachsenden Regionen verzeichnen seit Jahren deutliche Mietsteigerungen. Aber auch in stagnierenden Regionen eröffnen sich durch steigende Haushaltszahlen bei gleichbleibender Bevölkerung positive Entwicklungen. Nur in schrumpfenden Räumen ändern sich die Mieten kaum.

Als Folgeeffekt dieser Entwicklung ist insbesondere festzuhalten, dass Immobilien als Anlageobjekte besonders

Wenig preiswerte Wohnungen

Wachsende Preisspanne

Wohnungsmarkt als Standortfaktor

**Immobilien als
Geldanlage**

in prosperierenden Regionen gefragt sind. Durch die aktuellen Unsicherheiten an den Finanzmärkten haben Immobilien einen deutlichen Bedeutungsgewinn gegenüber den traditionellen Anlageformen wie Staatsanleihen oder sonstige Wertpapiere erhalten. Zusätzlich niedrige Hypothekenzinsen führen zu Angebotssengpässen in wachsenden Regionen und in der Konsequenz wiederum zu deutlichen Preissteigerungen.

Tatsache ist, dass Wohnungsbautätigkeit bundesweit ohne größere Unterschiede zwischen den Regionen seit Jahren rückläufig ist. 2010 war erstmals wieder ein leichtes Ansteigen des Wohnungsbaus in den prosperierenden Regionen – auf niedrigem Niveau – festzustellen, wobei sich die Bautätigkeit aufgrund der Wohnungsnachfrage zunehmend auf die Städte konzentriert.

**Weitere
Ausdifferenzierung**

Alle Anzeichen führen zu dem Schluss, dass die Ausdifferenzierung der Märkte weiter zunehmen wird. Wohnstandortentscheidungen fallen perspektivisch immer öfter aufgrund von Aspekten, wie Lage, Zuschnitt und Qualität des Objektes. Aber auch energetische Gesichtspunkte werden wichtiger.

Die Wohnungs- und Immobilienmärkte unterliegen derzeit einer Vielzahl dynamischer gesellschaftlicher Entwicklungen mit regionalen Differenzierungen und überregional unsicheren Rahmenbedingungen.² Dazu kommen die sich weiter diversifizierenden Ansprüche, die künftig verstärkt an Wohnraum gestellt werden. Das aktuell verfügbare Wohnraumangebot kann die Entwicklung von unterschiedlichen Wohnmodellen für die unterschiedlichen Nachfragergruppen

Wachsende Nachfrage

nicht befriedigen. Die Berücksichtigung sich wandelnder Bedürfnisse wird eine Kernaufgabe werden und entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Wohnungsmarktes sein. Auch in unserer Region, der Region FrankfurtRheinMain können die veränderten Rahmenbedingungen wahrgenommen werden. Im Regierungsbezirk Darmstadt gab es 2009 historisch niedrige Fertigstellungsraten im Wohnungsneubau. Die oben bereits beschriebene rückläufige Tendenz der Wohnungsbautätigkeit fand ihren Höhepunkt in den Jahren 2008 und 2009 mit einem regelrechten Einbruch bei den Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Jahre 2009 erfolgten 80 % der Investitionen des deutschen Wohnungsbaus im Bestand. Ab dem Jahr 2010 lässt sich im Wohnungsbau-Gewerbe wieder mehr der Fokus auf Neubautätigkeit erkennen. Im Geschosswohnungsbau zeichnet sich eine leichte Belebung auf niedrigem Niveau ab, nachdem sich von 2000 bis 2009 das reale Neubauvolumen im Geschosswohnungsbau halbiert hat.³

Über die gesamte Region FrankfurtRheinMain hinweg wird bis etwa 2030 mit positivem Wachstum der Bevölkerung gerechnet. Die teilregionalen Entwicklungen werden aber sehr unterschiedlich sein. Das wiederum bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Wohnungsbautätigkeit. In einzelnen Teilräumen sehr stark, aber auch in stagnierenden Gebieten wird ein stabiler Trend wachsender Haushaltszahlen für zusätzliche Wohnungsnachfrage sorgen. In den Stadtregionen Südhessens wird daher auch in Zukunft mit angespannten Wohnungsmärkten und niedrigen Leerstands-

quoten gerechnet. Preisanstiege werden neben der Nachfrage zunehmend auch aus gestiegenen Energiekosten resultieren.

Der Suburbanisierungstrend hat sich in Südhessen wie oben beschrieben jetzt auch erkennbar abgeschwächt. Die Kernstädte verzeichnen seit der Jahrtausendwende positives Bevölkerungswachstum, während in den ländlichen Regionen verstärkt rückläufige Bevölkerungsentwicklungen beobachtet werden. In der Konsequenz bedeutet das, dass sich auch in Südhessen der Trend zu Konzentrationsprozessen auf die verdichteten Gebiete fortsetzen wird. Die Kernstädte werden die zusätzliche Wohnungsnachfrage aus Zuwanderungen aber nur dann in Bevölkerungszuwächse umsetzen können, wenn ein entsprechendes Siedlungspotential zur Verfügung gestellt werden kann.

Vor diesem Hintergrund dürften Zweifel am raumentwicklungspolitischen Umgang in der Region FrankfurtRheinMain (Regierungsbezirk Südhessen) mit diesem Thema erlaubt sein. Im jüngst (Oktober 2011) in Kraft getretenen Regionalplan Südhessen wird der Wohnbau-Entwicklung durch großzügige Flächenausweisung in den Kommunen – ganz im Sinne der überkommenen Suburbanisierung – nach wie vor ein herausragender Stellenwert eingeräumt und damit eine gezielte Zentrenentwicklung verhindert. Den Anstrengungen zur Mobilisierung innerstädtischen Brachen und Flächenreserven zur Ergänzung des Wohnungsmarktes wird in den klassischen Denkmustern von Regionalentwicklung und Regionalpolitik noch zu wenig Bedeutung beigemessen.

In Anbetracht von gestärktem Klimabewusstsein und höherer Mobilitätskosten wird erwartet, dass der Wohnraum entlang der ÖPNV-Hauptachsen immer interessanter und stärker nachgefragt wird. Durch Flächenrecycling bzw. Konversion entstand in den letzten Jahren eine Reihe von attraktiven Stadtquartieren, die hochwertige Angebote innerhalb der Stadtgrenzen bieten. Auch in Darmstadt besteht durch die Konversion ehemals militärisch genutzter innerstädtischer Flächen die Chance, dem prognostizierten Bevölkerungswachstum auch das entsprechende Wohnungsangebot zur Verfügung zu stellen (vergleiche Kapitel 4 des Darmstädter Demografieberichts).

Anpassungsprozesse betreffen aber nicht nur den Wohnungsneubau durch Flächen-Neuweisung oder Flächenrecycling von Brachen, sondern auch die Wohnungsbestände. Neben der erfolgreichen und schon sehr oft beschriebenen Sanierung von Gründerzeitvierteln (aber: Aufwertung =

Verteuerung des Wohnraums) wird der kommende Augenmerk den Wohnvierteln und den Einfamilienhausgebieten gelten müssen. Dem gestärkten Interesse an Urbanität kann nur dann entsprochen werden, wenn die Anpassung in allen Quartieren der verstädterten Bereiche durch geeignetes Handeln gelingt.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die „Rückkehr“ der Bevölkerung vom suburbanen in den urbanen Raum vor allem auch in der Rhein-Main-Region unverkennbar ist und in der Tendenz sich noch verstärken wird. Es ist daher wichtig, sich auf innerstädtische Entwicklungspotenziale zu konzentrieren und damit die Innenentwicklung der Städte zu fördern.

Neben der Belegung der Zentren wird ein Schwerpunkt der Wohnungs- und Immobilienmarktentwicklung auf der Anpassungsfähigkeit des Wohnraumes an die unterschiedlichen Nutzergruppen liegen. Nicht zuletzt werden Rentner und Pensionäre zu einer wichtigen Nachfragegruppe auf

dem Wohnungsmarkt. Urbanes Wohnen hat Vorteile bei der medizinischen und kulturellen Versorgung und ist zunehmend attraktiv für die infolge des demografischen Wandels ansteigenden Bevölkerungsanteile der Senioren.

Anmerkungen

- 1 Hessen Agentur, Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte, Wiesbaden 2010
- 2 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Aktuelle Ergebnisse der Raumbearbeitung, Berlin 2011
- 3 Institut Wohnen und Umwelt, Regionaler Konjunkturbericht 2011, Südhessischer Wohnungsmarkt, Darmstadt 2011

Literatur:

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Aktuelle Ergebnisse der Raumbearbeitung, Berlin 2011
- Hessen Agentur, Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte, Wiesbaden 2010
- Institut Wohnen und Umwelt, Regionaler Konjunkturbericht 2011, Südhessischer Wohnungsmarkt, Darmstadt 2011
- Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Demografiebericht 2012, Darmstadt 2012

Wohnungen an ÖPNV-Achsen

Weiter steigende Rückkehr

Anpassungsfähigkeit ist gefordert

Martin Luther King I have a dream

– Fortsetzung der Rede von Martin Luther King von Seite 34 –

Ich bin mir dessen bewusst, dass einige von ihnen hierher aus großen problematischen und widerwärtigen Situationen gekommen sind. Einige von ihnen kommen gerade aus engen Gefängnissen. Einige von ihnen kommen aus Gegenden, wo ihre Suche nach Freiheit sie von den Stürmen der Verfolgung misshandelt und von den Winden der Polizeigewalt zum Schwanken gebracht hat. Sie waren die Veteranen von schöpferischen Leiden. Arbeiten sie weiter mit dem Glauben, dass unverdientes Leiden erlösend ist. Gehen Sie zurück nach Mississippi! Gehen sie zurück nach Alabama! Gehen sie zurück nach South Carolina! Gehen sie zurück nach Georgia! Gehen sie zurück nach Louisiana! Gehen sie zurück zu den Slums und Ghettos unserer nördlichen Staaten und wissen sie, dass die Situation irgendwie geändert werden kann und wird. Wir werden nicht im Tal der Verzweigung schweigen.

Deswegen sage ich ihnen, meine Freunde, dass ich immer noch einen Traum habe, obwohl wir den Schwierigkeiten von heute und morgen entgegensehen. Es ist ein Traum, der seine Wurzel tief im amerikanischen Traum hat, dass sich diese Nation eines Tages sich erheben wird und der wahren Bedeutung seines Glaubensbekenntnisses, „wir halten diese Wahrheiten als offensichtlich, dass alle Menschen gleich geschaffen sind,“ gerecht wird.

Ich habe einen Traum,

dass eines Tages die Söhne von früheren Sklaven und die Söhne von früheren Sklavenbesitzern auf den roten Hügeln von Georgia sich am Tisch der Bruderschaft gemeinsam niedersetzen können.

– Die Fortsetzung der Rede lesen Sie auf Seite 46 –

Wie viele Menschen leben in Stadt, Land und Bund?

Die Ermittlung der Einwohnerzahlen beim Zensus 2011

Barbara Sinner-Bartels, Stuttgart

Registergestütztes Verfahren

Im Jahr 2011 wurde zum Stichtag 9. Mai in Deutschland die EU-weite Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Erstmals wird dabei ein registergestütztes Verfahren eingesetzt, bei dem in weiten Teilen auf bereits vorhandene Angaben aus Verwaltungsregistern zurückgegriffen wird. Zur Sicherstellung der Qualität der Ergebnisse sowie zur Bereitstellung von Daten, für die keine Register vorhanden sind, waren verschiedene Befragungen erforderlich.

Der Zensus 2011 dient, so ist es im Zensusgesetz 2011¹ vorgegeben,

- der Erfüllung der Lieferverpflichtungen an die Europäische Union und
 - der Gewinnung von Grunddaten für das Gesamtsystem der amtlichen Statistik sowie
 - von Strukturdaten über die Bevölkerung,
- die für politische Entscheidungen von Bund, Ländern und Gemeinden in den unterschiedlichsten Politikbereichen genutzt werden.

ungenauere Fortschreibungsdaten

Einwohner sind Entscheidungsgrundlage

Der Zensus 2011 dient aber vor allem der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden und ist Grundlage für die Fortschreibung der amtlichen Einwohnerzahlen. Im folgenden Beitrag, der aus einem Vortrag bei der Statistischen Woche 2012 in Wien entstanden ist,

wird dargestellt, in welchen Verfahrensschritten die Ermittlung der Einwohnerzahlen beim Zensus 2011 erfolgt.²

Verlässliche und aktuelle Angaben über die Bevölkerungs- und Wohnsituation sind unverzichtbar, da die letzten Volkszählungen in Deutschland über 20 Jahre zurückliegen. In den alten Bundesländern beziehen sich die Daten auf das Jahr 1987, in den neuen Bundesländern auf das Jahr 1981, also vor der Wiedervereinigung, vor der Einführung des Euro und vor der Erweiterung der Europäischen Union. Da sich in den vergangenen Jahrzehnten vieles verändert hat, werden die Fortschreibungszahlen von Jahr zu Jahr ungenauer. Wie viele Einwohner hat Deutschland, sind es 81,8 Mio. Menschen oder vielleicht weniger? Diese Frage kann nach Vorliegen der Zensusergebnisse im Frühjahr 2013 beantwortet werden.

Einwohnerzahlen werden in vielen Gesetzen genutzt und bilden die Grundlage für zahlreiche Entscheidungen, von der Einteilung von Wahlkreisen, der Festlegung von Sitzzahlen in Kommunalparlamenten über die Besoldung von Bürgermeistern und Landräten bis hin zur Stimmenverteilung im Bundesrat. Oft werden EU-Fördermittel pro Kopf berechnet; vor allem aber werden auf Basis der Einwohnerzah-

len im Länderfinanzausgleich sowie im kommunalen Finanzausgleich die Zahlungen vorgenommen³. Im Jahr 2011 hat beispielsweise im kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg jeder Einwohner mit rund 790 Euro zu Buche geschlagen.

An die Genauigkeit der Ermittlung der Einwohnerzahlen beim registergestützten Zensus hat der Gesetzgeber deshalb in § 7 Abs.1 Zensusgesetz 2011 hohe Anforderungen gestellt, die sich an der Genauigkeit von traditionellen Volkszählungen orientieren. Angesichts der neuen Methode der Ermittlung der Einwohnerzahlen beim registergestützten Zensus, die sich nicht mehr wie bei vorangegangenen Zählungen als Ergebnis einer Erhebung bei allen betroffenen Menschen ergibt, kommt der Beschreibung der einzelnen Verfahrensschritte eine hohe Bedeutung zu. Dadurch wird eine Voraussetzung geschaffen, die die eingesetzte Methode für die verschiedenen Nutzergruppen der Ergebnisse nachvollziehbar macht.

Die einzelnen Verfahrensschritte: Kommunale Melderegister als Basis

Grundlage für die Ermittlung der Einwohnerzahlen bilden die Angaben aus den kommu-

nen Melderegistern. Diese Angaben wurden nach den Vorschriften des Zensusgesetzes 2011 von den kommunalen Stellen an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt. Die Datensätze sind dabei eindeutig den Kommunen zugeordnet und enthalten auch die Information, ob die betreffende Person mit alleiniger, Haupt- oder Nebenwohnung gemeldet ist. Datenerlieferungen zu zwei Zeitpunkten, zum Berichtszeitpunkt des Zensus, also am 9. Mai 2011, und zum 9. August 2011, stellen sicher, dass Umzugsfälle und Geburten, die zwar stichtagsrelevant waren, aber erst später in die Melderegister einfließen, berücksichtigt wurden. Freiwillige Meldungen bspw. von Diplomaten oder Angehörigen ausländischer Streitkräfte sind in dem Datenbestand der Wohnsitzbevölkerung zum Zensusstichtag nicht mehr enthalten.

Nicht alle Angaben aus den Melderegistern sind zuverlässig und aktuell. So sind manche Menschen an ihrem Wohnort gar nicht gemeldet (sogenannte „Fehlbestände“), andere sind zwar gemeldet, aber zwischenzeitlich längst umgezogen (sogenannte „Karteileichen“). Im Rahmen des Zensus 2011 findet deshalb zur Ermittlung der Einwohnerzahlen keine einfache Auszählung der Angaben aus den Melderegistern statt, sondern es sind in Abhängigkeit von der an der Einwohnerzahl gemessenen Größe einer Gemeinde eine Reihe von gesetzlich vorgegebenen ergänzenden und korrigierenden Maßnahmen der Qualitätssicherung vorgesehen. Die Erhebungsbefunde des Zensus 2011, mit dem die Machbarkeit des registrierten Zensus in den Jahren 2001 bis 2003 untersucht wur-

de, haben gezeigt, dass Fehler in den Angaben aus den Melderegistern mit statistischen Methoden bereinigt werden können. Eine unmittelbare Korrektur in den Melderegistern findet dabei allerdings nicht statt, da aufgrund des Statistikgeheimnisses keine Erkenntnisse über einzelne Personen an Verwaltungen zurückgespielt werden.

Erhebung in Sonderbereichen

Die Erfahrungen aus der Volkszählung 1987 haben gezeigt, dass die Melderegister für Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte sowie für Wohnheime, die sogenannten Sonderbereiche, in erheblichem Maß fehlerbehaftet waren. Im Zensusgesetz 2011 ist deshalb vorgesehen, dass die an Adressen mit Sonderbereichen wohnenden Personen in allen Gemeinden im Rahmen einer primärstatistischen Erhebung nach § 8 Zensusgesetz 2011 durch eine Vollerhebung festgestellt werden müssen. Diese Aufgabe wurde von Erhebungsbeauftragten übernommen, die von den kommunalen Erhebungsstellen eingesetzt wurden. Die Wohnsitzbevölkerung auf der Basis der stichtagsgenauen Angaben aus dem Melderegister erhöht sich dann um die Zahl der Personen, deren Existenz bei der Erhebung an Sonderbereichen festgestellt wurde. Sie vermindert sich gegebenenfalls dann, wenn festgestellt wurde, dass Personen dort nicht angetroffen wurden.

Die Verfahren der Mehrfachfallprüfung

Bei dezentral geführten Melderegistern kann es vorkom-

men, dass eine Person mehrfach mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung bzw. ausschließlich mit Nebenwohnung enthalten ist. Die Angaben aus den Melderegistern wurden deshalb beim Statistischen Bundesamt in einem gemeinsamen Datenbestand zusammengefasst. Durch die dort durchgeführte Mehrfachfallprüfung nach § 15 Zensusgesetz 2011 wurden zunächst Personen mit widersprüchlichen Angaben zur Wohnung am Zensusstichtag herausgefiltert. Zunächst wurden dabei die Fälle ermittelt, die mehrfach mit Hauptwohnung bzw. ausschließlich mit Nebenwohnung enthalten waren. Durch eine zentral vorgenommene maschinelle Bereinigung wurden dann temporäre Dubletten in allen Gemeinden und dauerhafte Dubletten ausschließlich in größeren Gemeinden aufgelöst. Mittels einer schriftlichen Befragung durch die Statistischen Ämter der Länder wurden anschließend dauerhafte Dubletten mit mindestens einer Eintragung in einer kleinen Gemeinde sowie reine Nebenwohnungs-Personen geklärt. Auch bei diesen Verfahrensschritten sind wiederum Zugänge bzw. Abgänge zu verbuchen. Schließlich führen die Bereinigungen zu einem um die Ergebnisse der Mehrfachfallprüfung korrigierten Datenbestand.

Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern

Das weitere Vorgehen zur Ermittlung der Einwohnerzahl sieht auf der Grundlage der Erhebungsbefunde des Zensus 2011 in Abhängigkeit von der Größe der Gemeinde unterschiedliche Vorgehensweisen vor, die allerdings zu

Keine unmittelbare Korrektur

Mehrfachfallprüfung

Fehlbestände und

Karteileichen

Qualitätsnormen werden erreicht

einer vergleichbaren Genauigkeit der Ergebnisse führen. Für größere Gemeinden ergaben sich im Zensustest signifikant höhere Raten an Karteileichen und Fehlbeständen. Zudem zeigte sich, dass durch eine Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten bei Gebäuden mit einer bewohnten Wohnung nur bei kleineren Gemeinden eine deutliche Absenkung der Fehlerraten erreicht werden kann.

In Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern dient beim Zensus 2011 die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis nach § 7 Zensusgesetz 2011 zur statistischen Bereinigung von Fehlern in den Angaben aus dem Melderegister.⁴ Auswahlgrundlage für diese Befragung bildete das beim Statistischen Bundesamt geführte Anschriften- und Gebäuderegister (AGR), ein Verzeichnis aller Anschriften von Gebäuden mit Wohnraum in Deutschland, das zu diesem Zweck unter Verwendung von Angaben aus verschiedenen vorhandenen Registern aufgebaut wurde. Genutzt wurden bspw. Angaben aus den Melderegistern, Dateien der Bundesagentur für Arbeit, der Vermessungsverwaltung aber auch Dateien der kommunalen Grundsteuerstellen zu den Gebäudeeigentümern.

Das Stichprobenverfahren sah, um die Genauigkeit der Ergebnisse zu erhöhen, eine Aufteilung des Bundesgebiets in Erhebungsgebiete, also eine regionale Schichtung vor. Erhebungsgebiete wurden dabei gebildet für

- **Typ 1:** Stadtteile, mit durchschnittlich 200.000 Einwohnern von Städten, die mindestens 400.000 Einwohner haben;

- **Typ 2:** Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern, sofern sie nicht bereits zum Typ 1 gehören;
- **Typ 3:** Zusammenfassung kleiner Gemeinden (unter 10.000 Einwohnern) innerhalb eines Kreises, wenn diese zu einem Gemeindezusammenschluss gehören und in der Summe mindestens 10.000 Einwohner haben;
- **Typ 4:** Zusammenfassung aller Gemeinden eines Kreises, die bis dahin noch keinem Typ zugeordnet waren.

In einem zweiten Schritt wurden dann in allen Erhebungsgebieten alle Anschriften in verschiedene Größenklassen eingeteilt, die sich darauf beziehen, wie viele Menschen an der Anschrift gemeldet sind. Die Aufteilung der Gesamtstichprobe auf die Erhebungsgebiete und die Größenklassen erfolgte nach einem komplexen mathematischen Optimierungsverfahren. Im Ergebnis wird dabei für jede Anschriftengrößenklasse in jedem Erhebungsgebiet ein maßgeschneiderter individueller Auswahlwahlsatz berechnet.

Das beim Zensus eingesetzte Stichprobenverfahren wurde vom Forscherteam Prof. Dr. Münnich (Universität Trier)/ PD Dr. Gabler (GESIS Mannheim) entwickelt⁵ von einer Projektgruppe mit Vertretern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder begleitet sowie der Zensuskommission, einem Gremium, das die Zensusvorbereitung und -durchführung, wissenschaftlich begleitet, zur wissenschaftlichen Begutachtung vorgelegt. Das Stichprobenverfahren ist das nach heutigen Erkenntnissen am besten geeignete Verfahren zur Gewinnung belastbarer, hinreichend genauer und damit auch

in rechtlicher Hinsicht abgesicherter Zensusergebnisse. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit einem Stichprobenumfang von bundesweit 9,6 % der Wohnbevölkerung, die gesetzlich vorgegebenen Qualitätsnormen erreicht werden.⁶

An den so ausgewählten Stichprobenanschriften wurden die dort lebenden Personen durch die Erhebungsbeauftragten festgestellt (Existenzfeststellung). Durch die kommunalen Erhebungsstellen erfolgte dann ein Namensabgleich der an den Stichprobenanschriften als existent festgestellten Personen mit den an der Anschrift gemeldeten Personen. Durch einen Abgleich mit dem beim Statistischen Bundesamt nach § 9 Abs. 2 Zensusgesetz 2011 geführten Referenzdatenbestand wurden dann die Karteileichen und Fehlbestände durch die Statistischen Ämter der Länder festgelegt. Abschließend erfolgt dann die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse unter Berücksichtigung der Karteileichen und Fehlbestände. Als Hochrechnungsverfahren wird eine Regressionschätzung genutzt. Dabei werden Stichprobenergebnisse nicht frei mit dem Kehrwert der Auswahlwahrscheinlichkeit hochgerechnet, sondern zusätzlich weitere Informationen genutzt. Die hochgerechneten Übererfassungen (Karteileichen) aus der Haushaltebefragung werden dann aus dem Datenbestand entfernt, die hochgerechneten Untererfassungen (Fehlbestände) hinzugefügt. Als Ergebnis ergibt sich dann die Haupt- und Nebenwohnsitzbevölkerung einer Gemeinde zum Zensusstichtag. Nachdem die Personen mit Nebenwohnsitz bereinigt wurden, ergibt sich die Einwohnerzahl zum Stichtag des Zensus.

Mathematisches Optimierungsverfahren

Regionale Schichtung

Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern

Aufgrund der Erfahrungen aus dem Zensustest ist in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern eine Stichprobe zur Korrektur der Über- und Untererfassungen in den Angaben aus den Melderegistern nicht mehr effizient, weil viel zu hohe Auswahlsätze erforderlich wären. Hier wird die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten nach § 16 Zensusgesetz 2011 durchgeführt, sofern sich an Anschriften bestimmte unplausible Konstellationen von Informationen aus dem Melderegister und Erhebungsbefunden aus der Gebäude- und Wohnungszählung zeigen. Die aus den Fachverfahren beim Zensus 2011 ermittelten Anschriften wurden den kommunalen Erhebungsstellen zur Durchführung der Befragung weitergeleitet. Mit diesem Verfahren ist – so die Erfahrungen aus dem Zensustest – davon auszugehen, dass durch die Bereinigung der Karteileichen und Fehlbestände die Registerfehlerrate der kleinen Gemeinden ähnlich gut abgesenkt werden kann wie durch die hochgerechneten Ergebnisse der Haushaltsstichprobe in den größeren Gemeinden. Aufgrund der Erhebungsbefunde werden Zugänge an Personen mit erfolgter Existenzfeststellung verbucht, aber auch Abgänge verzeichnet, sofern die betroffenen Personen nicht existent waren.

Die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen

Die Veröffentlichung erster Zensusergebnisse, dazu werden auch die Einwohnerzahlen

gehören, ist für das Frühjahr 2013 geplant. Weitere Ergebnisse aus dem Zensus werden im Januar 2014 bereitgestellt. Die Einwohnerzahlen werden sich dabei vom ersten auf den zweiten Veröffentlichungstermin nicht verändern.

Die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl erfolgt durch die Statistischen Ämter der Länder in Abhängigkeit von den landesrechtlichen Rahmenbedingungen überwiegend mittels Verwaltungsakt. Der Versand dieser Feststellungsbescheide wird in den Ländern zu unterschiedlichen Terminen erfolgen. In der Begründung der Feststellungsbescheide wird das in der betreffenden Gemeinde eingesetzte Verfahren der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen ausführlich erläutert. Dem Bescheid ist zudem ein Datenblatt beigefügt, das im Interesse der Transparenz die dabei gesetzlich vorgegebenen einzelnen Verfahrensschritte nachvollziehbar machen soll. In diesem Datenblatt werden für jede Gemeinde die Ergebnisse der einzelnen Verfahrensschritte mit den konkreten Werten hinterlegt. Die Inhalte dieses Datenblatts werden derzeit, unter Berücksichtigung der von kommunaler Seite vorgebrachten Anregungen, im Verbund der statistischen Ämter des Bundes und der Länder abgestimmt. Schließlich erhalten die Kommunen voraussichtlich zum gleichen Zeitpunkt erste Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Zensusergebnisse zum 31.12.2011, damit die Fortschreibungsergebnisse auf Basis des Zensus 2011 mit denen der bisherigen Fortschreibung verglichen werden können.

Anmerkungen

- 1 Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) vom 8. Juli 2009, BGBl. I S.1881 – 1892.
- 2 Zum Zensus allgemein siehe Dr. Carmina Brenner, Zensus 2011 und Landwirtschaftszählung – zwei Großprojekte der amtlichen Statistik, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 1/2010, S. 6–9.
- 3 Siehe Dr. Werner Münzenmaier; Zensus 2011: Ein großes Anliegen des Finanzministeriums Baden-Württemberg, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8, 2009, S 19–22.
- 4 Die Haushalbefragung diene im Rahmen des Zensus auch der Erhebung von zusätzlichen Informationen wie etwa zur Erwerbstätigkeit, zur Bildung und Ausbildung oder zum Migrationshintergrund, die in Registern nicht vorliegen. Weitere Informationen zum Erhebungsprogramm: siehe Barbara Sinner-Bartels, Wissenswertes zum Zensus 2011, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2011, S. 10–13. Weitere Informationen zum Stichprobenverfahren können der Veröffentlichung „Haushalbefragung beim Zensus 2011, Erläuterungen zum Stichprobenverfahren, Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Juli 2010, entnommen werden.
- 5 Ralf Münnich, Siegfried Gabler u.a., Stichprobenoptimierung und Schätzung im Zensus 2011, Herausgeber: Statistisches Bundesamt; Statistik und Wissenschaft, Band 21 erschienen im Juli 2012.
- 6 Aus § 7 Abs.1 ZensG 2011 ist abzuleiten, dass die durch den Zensus 2011 festgestellten amtlichen Einwohnerzahlen mit 95 %-iger Sicherheit von den tatsächlichen Einwohnerzahlen nur um maximal 1 % abweichen dürfen. Bei der Festlegung dieser Obergrenze für den Stichprobenzufallsfehler ist der Gesetzgeber davon ausgegangen, dass die durch den Zensus 2011 ermittelten Einwohnerzahlen die gleiche Genauigkeit aufweisen sollen wie die Ergebnisse früherer Volkszählungen.

Stichprobe wäre ineffizient

Transparenz

Nachvollziehbare Verfahrensschritte

Gemeindeblatt mit Daten pro Verfahrensschritt

Über Statistik:
 „Wieso liegt die Papstdichte im Vatikanstaat bei 2?“
 „Weil der Vatikan nur 0,5 km² groß ist.“

Adäquates Verfahren zur präzisen Ermittlung der Einwohnerzahl

Stichprobendesign des Zensus 2011

Ralf Münnich, Trier; Siegfried Gabler, Mannheim; Matthias Ganninger, Mannheim;
Jan Pablo Burgard, Trier; Jan-Philipp Kolb, Mannheim

Korrektur von Karteileichen und Fehlbeständen

Einleitung

Mit Stichtag 9. Mai 2011 wurde in Deutschland ein registergestützter Zensus durchgeführt. Das neue Zensusmodell beinhaltet unter anderem eine statistische Korrektur von Melderegisterdaten um Karteileichen und Fehlbestände sowie eine Erhebung zusätzlicher, nicht aus Registern verfügbarer Merkmale. Die Entwicklung eines adäquaten Stichprobendesigns für die Haushaltsstichprobe war neben der Schätzmethodik Gegenstand eines Forschungsauftrags, den das Statistische Bundesamt an das Forscherteam um Prof. Dr. Ralf Münnich (Universität Trier) und PD Dr. Siegfried Gabler (GESIS Mannheim) vergab. Der von diesem Team entwickelte Stichprobenziehungsmechanismus wurde schließlich von Destatis für den Zensus 2011 umgesetzt und soll im Folgenden kurz beschrieben werden.

Grundsätzliche Überlegungen

Die grundsätzlichen Überlegungen darüber, was der Zensus 2011 leisten sollte, lassen sich durch zwei zentrale Ziele beschreiben:

Ziel 1: Schätzung von Karteileichen und Fehlbeständen zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl.

Ziel 2: Schätzung von Kennzahlen für Variablen, die nicht im Melderegister sind (z.B. Ausbildung und ILO-Erwerbstätigkeit)

Da Ziel 1 das vorrangige Ziel dieses Zensus ist, wird zunächst eine genaue Definition der amtlichen Einwohnerzahl benötigt. „Die amtliche Einwohnerzahl einer Gemeinde ist die Gesamtzahl der Personen, die ihre alleinige oder Hauptwohnung in der Gemeinde haben.

Hat eine Person mehrere Wohnungen, dann ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung. Bei verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Personen ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder des Lebenspartners die Hauptwohnung.“

Vom Statistischen Bundesamt wurden enge Vorgaben an die Präzision der amtlichen Einwohnerzahl gestellt. So wirkt die amtliche Einwohnerzahl beispielsweise auf die Einteilung der Wahlkreise und Wahlbezirke, auf die Stimmenverteilung im Bundesrat oder auf den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. Die Stichprobe muss daher eine möglichst genaue Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl ermöglichen.

Durch den 2001 durchgeführten Zensusstest wurden die Gemeinden bereits in zwei Gruppen eingeteilt, solche, die weniger als 10.000 registrierte Einwohner haben und als kleine Gemeinden bezeichnet werden, im Gegensatz zu den großen Gemeinden, die mindestens 10.000 Einwohner haben. Im Zensusstest zeigte sich, dass kleine Gemeinden geringere Anteile an Karteileichen und Fehlbeständen als große Gemeinden haben. Wegen der besonderen Gemeindestruktur in Rheinland-Pfalz und der Genauigkeitsforderungen für Stadtteile bei sehr großen Gemeinden erweist sich die Einführung von sogenannten Stichprobenbasiseinheiten (SMP) als sinnvoll. Stichprobenbasiseinheiten oder Sampling Points liefern eine hierarchische Struktur von Zusammenfassungen regionaler Einheiten. Dadurch können die einzelnen Ebenen der Präzisionsanforderungen widerspruchsfrei und eindeutig berücksichtigt werden. Diese Struktur dient als Basis, um eine regionale Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs zu ermöglichen. Eine Stichprobenbasiseinheit ist als regionale Einheit definiert, aus der eine Stichprobe gezogen wird, wobei der Stichprobenumfang noch festzulegen ist.

Vorgaben des Statistischen Bundesamtes

Vier Typen der Stichprobenbasiseinheiten:

Typ 0 (SDT): Stadtteile ab 200.000 Einwohnern aus Städten mit mindestens 400.000 Einwohnern.

Typ 1 (GEM): Gemeinden und Städte mit mindestens 10.000 Einwohnern, sofern sie nicht zum Typ 0 gehören.

Typ 2 (VBG): Kleine Gemeinden (unter 10.000 Einwohnern) innerhalb eines Gemeindeverbands beziehungsweise einer Verbandsgemeinde werden zusammengefasst, sofern sie in der Summe mindestens 10.000 Einwohner betragen.

Typ 3 (KRS): Zusammenfassung aller Gemeinden eines Kreises, die bis dahin noch keinem Typ zugeordnet wurden.

In Tabelle 1 ist die realisierte Verteilung der SMP-Typen zu finden.

Man erkennt, dass zwischen den Bundesländern sehr unterschiedliche Verteilungen der Typen von Stichprobenbasiseinheiten vorliegen. Die Extremfälle ergeben sich zwischen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie den Stadtstaaten. Eine grafische Darstellung der Verteilung der SMPs ist in Münnich et al. (2012) zu finden.

Da Fehlbestände in den Melderegistern der Gemeinden nicht enthalten sind, kommen die gemeldeten Personen als Auswahlgesamtheit nicht in Frage. Auswahlgrundlage ist das Anschriften- und Gebäuderegister (AGR), die einzelnen Anschriften sind die Auswahleinheiten. Dieses Register musste für den Zensus 2011 zunächst aufgebaut werden. Das AGR sollte alle Anschriften in Deutschland

enthalten, in denen sich zum Zensusstichtag ein Gebäude mit Wohnraum oder eine bewohnte Unterkunft befindet. Zum Aufbau dieses Registers wurden die Daten von den Vermessungsbehörden, der Bundesagentur für Arbeit und den Meldebehörden verwertet. Ist eine Anschrift in mindestens zwei dieser Quellen vorhanden, wird davon ausgegangen, dass sich unter dieser Anschrift ein Haus befindet, in dem Personen leben können. Eine genauere Beschreibung des AGR findet man in Gössel (2011). Es stellte sich allerdings heraus, dass im AGR doch etliche Anschriften enthalten sind, die in den Melderegistern nicht zu finden sind. Nach Berg und Bihler (2011) enthält das AGR 21,7 Millionen Anschriften, das um 1,7 Millionen Anschriften reduziert werden konnte, da sie nicht zur Zensus-Auswahlgesamtheit zählen. Es verblieben 19.910.826 Anschriften,

die keine Sonderanschriften sind, und 19.547 sogenannte nicht sensible Sonderanschriften. 859.000 Anschriften stammen nicht aus den Melderegistern und sind Nullanschriften.

Anforderungen an die Stichprobe

Aus der Liste der verbleibenden Anschriften war nun eine Stichprobe zu ziehen, die vier Anforderungen genügen sollte:

1. Erfüllung der gestellten Präzisionsanforderung
2. Möglichst geringe Befragungsbelastung für die Bürger
3. Begrenzung des Gesamtaufwands
4. Minimale und maximale Entnahmeanteile in jeder Region

Jeder ausgewählten Anschrift kann im Hinblick auf Ziel 1 die Zahl der registrierten Personen im Melderegister und nach

Tab. 1:
Verteilung der SMP-Typen
in den Bundesländern

Bundesland	SMP-Typ (abs. Hfk)				Summe
	SDT	GEM	VBG	KRS	
Baden-Württemberg	3	245	128	35	411
Bayern	10	214	30	71	325
Berlin	12	0	0	0	12
Brandenburg	0	72	6	14	92
Bremen	3	1	0	0	4
Hamburg	7	0	0	0	7
Hessen	3	165	0	21	189
Mecklenburg-Vorpommern	0	24	28	12	64
Niedersachsen	2	204	68	35	309
Nordrhein-Westfalen	16	337	0	18	371
Rheinland-Pfalz	0	45	119	21	185
Saarland	0	40	0	5	45
Sachsen	4	66	14	10	94
Sachsen-Anhalt	0	59	16	11	86
Schleswig-Holstein	0	54	52	10	116
Thüringen	0	33	5	17	55
Deutschland	60	1559	466	280	2365
Quelle: Berg und Bihler (2011, S. 321)					

Genauer als der Mikrozensus

Durchführung des Zensus die Zahl der Karteileichen und der Fehlbestände zugeordnet werden.

Zu 1: Für Ziel 1 – Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl – ist eine Genauigkeitsanforderung nur für Gemeinden ab 10.000 Einwohner vorgeschrieben. Der sogenannte relative root mean square error (relative Wurzel aus dem mittleren quadratischen Fehler) sollte 0,5 % nicht überschreiten. Das gleiche gilt für Stadtteile von Großstädten mit mindestens 400.000 Einwohnern. Bei Ziel 2 hängt die Genauigkeitsanforderung vom Anteil des Merkmals in der Gesamtheit ab und wird nur gestellt, wenn dieser Anteil p mindestens $1/15$ beträgt.

die Variable Anschriftengröße in Klassen eingeteilt und die so entstandene Anschriftengrößenklasse (ADK) als Schichtungsvariable verwendet. Die folgende Schichtungsvariante wurde letztendlich verwendet: Acht Schichten pro SMP, die gleich stark mit registrierten Personen besetzt sind. Die Definition der Schichtgrenzen lässt sich auch verstehen als eine Bestimmung der Oktile in Bezug auf die Variable Anschriftengröße. Nullanschriften enthalten keine registrierten Personen und zählen daher zur untersten Schicht.

Zu 3: Die Begrenzung des Gesamtaufwandes wird auch dadurch erzielt, dass die Zahl der Personen in der Stichprobe eine gewisse Schranke nicht

sergebnisse stets besser als die Mikrozensusergebnisse sind. Für die einzelnen Anschriften und damit Personen entstehen unterschiedliche Designgewichte, was sich jedoch nicht nachteilig auf die Präzision der Ergebnisse auswirkt. Ein positiver Nebeneffekt der beschränkten Designgewichte ist, dass die Zensuserhebung auch mit statistischen Modellen im Sinne von Gelman (2007) analysiert werden kann. Dies hat direkt zur Folge, dass auch moderne Small Area-Verfahren bei Bedarf eingesetzt werden könnten.

Der optimale Algorithmus

Durch die vier Anforderungen und durch den Zensusstest begründete Annahme, dass zwischen der Zahl der registrierten Personen und der Zahl der tatsächlich an einer Anschrift wohnenden Personen eine hohe Korrelation besteht, lässt sich die Ermittlung der Stichprobenumfänge in den 8 Schichten der 2.365 SMPs als mathematische Optimierungsaufgabe folgendermaßen formulieren (**im Kasten rechts**):

Die Festlegung der Gemeindegrößen (GGK)-Grenzen ist dabei:
 I: 0 bis unter 10.000 EW
 II: 10.000 bis unter 30.000 EW
 III: 30.000 bis unter 100.000 EW
 IV: ab 100.000 EW
 Gemeinden unter 10.000 Einwohnern haben einen festen Auswahlsatz von 5 %. Rheinland-Pfalz hat aufgrund der strukturellen Besonderheit durch Verbandsgemeinden eine eigene Qualitätsfestlegung erhalten. Als Beispiel für eine solche Verbandsgemeinde ist in Berg und Bihler (2011) die Sampling Point-Konstruktion des Kreises Alzey-Worms gegeben. Auf S. 324 sind dort auch die Stichprobenumfänge und

Tab. 2: Verteilung der SMP-Typen in den Bundesländern

	Ziel 1	Ziel 2					
p (in%)	100	80	50	30	20	10	6,7
RRMSE _{max} (in%)	0,5	1,25	2	3,33	5	10	15

Tabelle 2 gibt eine Zusammenfassung der Genauigkeitsanforderungen:

Zu 2: Natürlich sollte die Belastung der Bürger durch die Zensusbefragung möglichst klein und dabei die Präzisionsanforderungen erfüllt sein. Eine Möglichkeit, die Genauigkeit zu verbessern, ist dann gegeben, wenn sich die Auswahlgesamtheit in homogene Schichten zerlegen lässt. Da im AGR die Anschriftengröße (ADG), also die Anzahl der an der Anschrift registrierten Personen, enthalten ist, liegt es nahe, diese Information in eine Schichtung ins Auswahlverfahren einfließen zu lassen. Der Zensusstest hat gezeigt, dass insbesondere zwischen der Anzahl der Karteileichen bzw. Fehlbestände und der Anschriftengröße ein Zusammenhang besteht. Daher wird

überschreiten darf. Im Zensus belief sich die Zahl der ausgewählten nach Berg und Bihler (2011) letztlich auf etwa 7.853.000, d.h. 9,6 % der Zahl der Personen mit Hauptwohnsitz, bezogen auf die Bevölkerungsfortschreibung zum Stand 31. Dezember 2009.

Zu 4: Die Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Schichten führt bei disproportionaler Aufteilung zu ungleichen Designgewichten. Da es darauf ankommt, die Genauigkeit bei gegebenem Stichprobenumfang möglichst zu maximieren, ist der Stichprobenumfang optimal aufzuteilen. Die im nächsten Kapitel dargelegte Ziehungsmethodik garantiert eine Einschränkung der Gewichte in Form von oberen und unteren Grenzen, sogenannten Box-Constraints. Dadurch ist gewährleistet, dass die Zensu-

Möglichst geringe Belastung

Man minimiere

$$\sum_{g=1}^{2365} \frac{1}{N_{P,g}^2} \sum_{h=1}^8 N_{gh}^2 \frac{S_{gh}^2}{n_{gh}}$$

als Funktion von n_{gh} , der Zahl der auszuwählenden Anschriften in SMP g und Schicht h , unter den Nebenbedingungen

$$m_{gh} \leq n_{gh} \leq M_{gh} \text{ für } g = 1, \dots, 2.365 \text{ und } h = 1, \dots, 8$$

und

$$\sum_{g=1}^{2365} \sum_{h=1}^8 n_{gh} \cdot \frac{N_{P,gh}}{N_{gh}} = N_P \cdot \theta$$

mit bekannten Constraints m_{gh} und M_{gh} .

Dabei ist S_{gh}^2 die Varianz der Anschriftengrößen in SMP g und Schicht h . N_{gh} bezeichnet die Anzahl der Anschriften und $\frac{N_{P,gh}}{N_{gh}}$ die durchschnittliche Zahl der registrierten Personen in

SMP g und Schicht h . $N_P \cdot \theta$ ist ein vorab festgelegter Gesamtstichprobenumfang an Personen in Deutschland, der nicht überschritten werden darf. Aufgrund der Tatsache, dass in einer Schicht Anschriften von verschiedener Größe zusammengefasst sind, kann die Personenzahl in einer Schicht von Stichprobe zu Stichprobe variieren. Daher kann auch nur eine mittlere erwartete Personenzahl bei gegebenem n_{gh} angegeben werden.

Das so gestellte Problem einer nicht-linearen Optimierung unter Nebenbedingungen wurde zufriedenstellend gelöst (Gabler et al., 2012). Ein einfacher Algorithmus ermöglicht die optimale Aufteilung eines Gesamtstichprobenumfangs n auf die H Schichten eines SMPs. Dabei macht sich der Algorithmus die Tatsache zunutze, dass die Schichten exakt drei Klassen zugeordnet werden können. In Schichten, die der ersten Klasse U_1 angehören, wird der Stichprobenumfang n_{gh} exakt auf die untere Schranke m_{gh} gesetzt, in Schichten der zweiten Klasse U_2 wird n_{gh} exakt auf die obere Schranke M_{gh} gesetzt und in der dritten Klasse U_3 wird der verbleibende Stichprobenumfang $n_g - \sum_{h \in U_1} m_{gh} - \sum_{h \in U_2} M_{gh}$ optimal im Sinne von Neyman aufgeteilt. Das Problem besteht somit darin, diejenige Zusammensetzung der Klassen zu finden, für die insgesamt eine bestimmte Zielfunktion minimiert wird. Ein schneller Algorithmus zur Berechnung der optimalen Allokation wurde durch Münnich et al. (2012) entwickelt.

Die Festlegung der bekannten Constraints m_{gh} und M_{gh} ist der folgenden Tabelle 3 zu entnehmen. Dabei ist $p_{gh} := \frac{m_{gh}}{N_{gh}} \leq \frac{n_{gh}}{N_{gh}} \leq \frac{M_{gh}}{N_{gh}} := P_{gh}$

GGK	SMP - Typ									
	0		1		2 (RLP)		2 (sonst)		3	
	p_{gh}	P_{gh}	p_{gh}	P_{gh}	p_{gh}	P_{gh}	p_{gh}	P_{gh}	p_{gh}	P_{gh}
I	-	-	-	-	-	-	-	-	0,05	0,05
II	-	-	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
III	-	-	0,05	0,4	0,04	0,4	0,05	0,05	0,05	0,05
IV	0,02	0,4	0,02	0,4	0,02	0,4	0,05	0,05	0,05	0,05

Tabelle 3: Aktuelle Festlegung der Box-Constraints

Auswahlsätze nach Bundesländern aufgelistet und zwar sowohl für die hier beschriebene, Nichtsonderanschriften als auch für die nichtsensiblen Sonderanschriften.

Fazit

Das geschichtete Auswahlverfahren zählt zu den robusten Auswahlverfahren und ist praktisch immer besser als die uneingeschränkte Zufallsauswahl. Je besser die Zerlegung der Gesamtheit in homogene Schichten gelingt, umso größer ist der Schichtgewinn. Durch die Einführung der Box-Constraints ist auch gewährleistet, dass in Gemeinden, in denen das zugrunde gelegte Zusammenhangsmodell zwischen registrierten und tatsächlich vorhandenen Personen nicht ganz zutrifft, dennoch hinreichend präzise geschätzt werden kann. Die Optimierungsaufgabe führt allerdings nicht zwangsläufig in jedem SMP zur Erfüllung der Präzision. Sollten in einzelnen Gemeinden schlecht geführte Einwohnermelderegister existieren,

d.h. etwa in einer großen Anschrift eine extrem hohe Karteileichen- oder Fehlbestandsrate vorliegen, so wird geforderte Präzision möglicherweise nicht erreicht.

Aufgrund der Anlage des Auswahlverfahrens hat nicht jede Gemeinde und auch nicht jeder Einwohner die gleiche Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe zu gelangen. So werden in nach Berg und Bihler (2011) Stadtstaaten Berlin 2,39 %, Hamburg 2,56 % und Bremen 2,73 % der Anschriften bei den Nichtsonderanschriften ausgewählt. Die höchsten Auswahlsätze haben die Bundesländer Rheinland-Pfalz mit 15,20 %, das Saarland mit 12,98 %, Sachsen-Anhalt mit 12,28 % und Hessen mit 12,18 %. Bei den nicht sensiblen Sonderanschriften liegt der Auswahlsatz fast immer bei etwa 10 % mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern mit 19,62 % und Sachsen-Anhalt mit 12,31 %. Das Stichprobendesign des Zensus 2011 erweist sich insgesamt als adäquates Verfahren, um die amtliche Einwoh-

nerzahl aber auch Kennzahlen von Ziel 2 Variablen mit der geforderten Präzision zu ermitteln. Eine ausführliche Beschreibung des Forschungsprojektes einschließlich der vorgeschlagenen Schätzfunktion findet man in Münnich et al. (2012).

Literatur.

- Berg, A. und Bihler, W. (2011). Das Stichprobendesign der Haushaltsstichprobe des Zensus 2011. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 4/2011, S. 317–328.
- Gabler, S., M. Ganninger und R. Münnich, (2012). Optimal allocation of the sample size to strata under box constraints. *Metrika* 75, S. 151–161.
- Gelman, A. (2007). Struggles with survey weighting and regression modeling. *Statistical Science*, 22(2), S. 153–164.
- Gössel, F. (2011). Das Anschriften- und Gebäuderegister: Herzstück des Zensus 2011. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 4/2011, S. 12–18.
- Münnich, R., Gabler, S., Ganninger, M., Burgard, J.P. und Kolb, J.-P. (2012). Stichprobenoptimierung und Schätzung im Zensus 2011. *Statistik und Wissenschaft* Band 21. Statistisches Bundesamt.
- Münnich, R., Sachs, E. und Wagner, M. (2012). Numerical solution of optimal allocation problems in stratified sampling under box constraints. *Advances in Statistical Analysis* 96 (3), 435–450.

Schichtgewinn

Unterschiedliche Auswahlsätze

Martin Luther King I have a dream

– Fortsetzung der Rede von Martin Luther King von Seite 37 –

Ich habe einen Traum,

dass eines Tages selbst der Staat Mississippi, ein Staat, der mit der Hitze der Ungerechtigkeit und mit der Hitze der Unterdrückung schmort, zu einer Oase der Freiheit und Gerechtigkeit transformiert wird.

Ich habe einen Traum,

dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht wegen der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Wesen ihres Charakters beurteilt werden.

Ich habe einen Traum,

dass eines Tages unten in Alabama - mit den brutalen Rassen, mit einem Gouverneur, von dessen Lippen Worte der Einsprüche und Annullierungen tropfen - dass eines Tages wirklich in Alabama kleine schwarze Jungen und Mädchen mit kleinen

weißen Jungen und weißen Mädchen als Schwestern und Brüder Hände halten können.

Ich habe einen Traum,

dass eines Tages jedes Tal erhöht und jeder Hügel und Berg erniedrigt werden. Die unebenen Plätze werden flach und die gewundenen Plätze gerade, „und die Herrlichkeit des Herrn soll offenbart werden und alles Fleisch miteinander wird es sehen.“

Dies ist unsere Hoffnung. Dies ist der Glaube, mit dem ich in den Süden zurückgehen werde.

Mit diesem Glauben werden wir den Berg der Verzweiflung behauen, einen Stein der Hoffnung. Mit diesem Glauben werden wir gemeinsam arbeiten können, gemeinsam beten können, gemeinsam kämpfen können, gemeinsam in das Gefängnis gehen können, um gemeinsam einen Stand für Freiheit mit dem

– Die Fortsetzung der Rede lesen Sie auf Seite 59 –

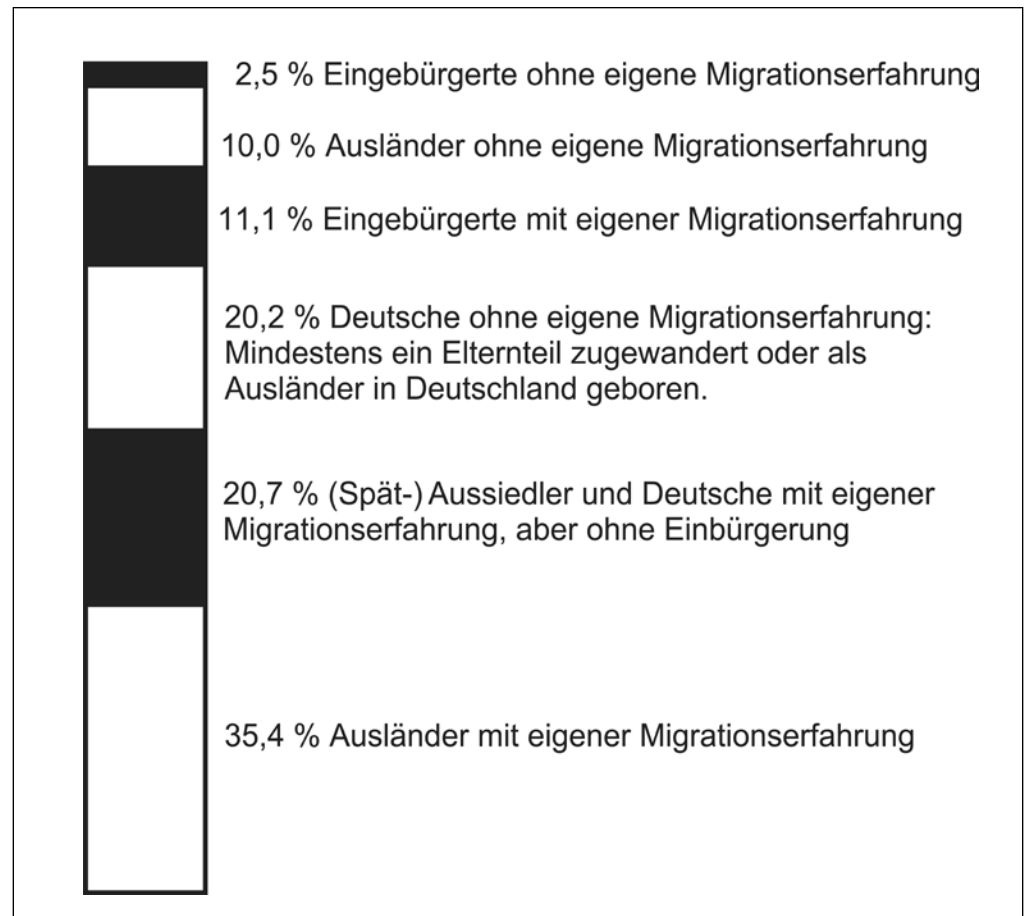
Zensusdaten für die Migrations- und Integrationsforschung

Peter Schimany, Nürnberg

Aus Sicht der Migrations- und Integrationsforschung kommt im Zensus den Erhebungsmerkmalen „Migrationshintergrund“ und „Religionszugehörigkeit“ besondere Bedeutung zu. Zum einen nimmt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei gegebener Definition des Statistischen Bundesamtes weiter zu. Dem Mikrozensus 2010 zufolge haben 15,7 Mio. Menschen einen Migrationshintergrund, was etwa einem Fünftel an der Gesamtbevölkerung entspricht (StatBu 2011a, siehe Abbildung 1). Zum anderen ist mit dem Migrationsgeschehen auch eine zunehmende Vielfalt in kultureller und religiöser Hinsicht verbunden. Informationen zur Internationalisierung und Heterogenität der Bevölkerung gewinnen daher an Relevanz. Darüber hinaus sind die Zensusdaten für die Arbeit der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in mehrfacher Hinsicht von Interesse.

Überblick

Nachfolgend wird zuerst die Bedeutung der Zensusdaten für die Migrations- und Integrationsforschung im Bundesamt angesprochen. Anschließend werden die beiden Erhebungsmerkmale „Migra-



tionshintergrund“ und „Religionszugehörigkeit“ diskutiert. Hierbei wird zunächst das Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ im Mikrozensus behandelt.

Danach wird auf die Erhebung des „Migrationshintergrundes“ und der „Religionszugehörigkeit“ im Zensus eingegangen.

Ein Fazit beschließt die Ausführungen.

Bedeutung der Zensusdaten

Die Migrations- und Integrationsforschung umfasst thematisch und institutionell ein weites Feld (Schimany/Schock 2012). Ein zentraler Bestandteil der Forschungslandschaft ist seit 2005 die Gruppe für Migrations- und Integrationsforschung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abb. 1:
Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Jahr 2010

Migrationsforschung

(BAMF). Für die Arbeit der Forschungsgruppe bzw. des Bundesamtes sind die Zensusdaten in mehrfacher Hinsicht von Interesse:

- **Datenbasis für die Migrations- und Integrationsforschung**

Erstens können die Zensusdaten generell als Datengrundlage für die Migrationsforschung gemäß § 75 Nr. 4 AufenthG dienen, wonach das Bundesamt wissenschaftliche Forschungen über Migrationsfragen zur Gewinnung analytischer Aussagen für die Steuerung der Zuwanderung betreiben soll. Zweitens können die Zensusdaten als Auswahlgrundlage für empirische Erhebungen dienen (z.B. „Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen (RAM)“). Drittens können die Zensusdaten im Rahmen von Sekundäranalysen für die Integrationsberichterstattung herangezogen werden. Die Vergleichbarkeit von strukturellen Merkmalen von Personen ohne und mit Migrationshintergrund ermöglichen Analysen zum Integrationsstand einzelner Bevölkerungsgruppen.

- **Planungsgrundlage für den Integrationsbereich**

Die Zensusdaten enthalten räumlich tiefer gegliederte Informationen zu den in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund. Diese Daten können als Grundlage zur Durchführung, Steuerung und Förderung von Integrationsmaßnahmen wie Integrationskurse, Migrationsberatungen und Integrationsprojekte genutzt werden. Im Idealfall können die Teilnehmerpotenziale von Integrationsmaßnahmen genauer bestimmt und einzelne Aktivitäten mit Blick auf bestimmte

Zielgruppen genauer konzipiert werden.

- **Beurteilung der Datenqualität des Ausländerzentralregisters (AZR)**

Im AZR werden Ausländer erfasst, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, sondern länger als drei Monate hier leben. Mit den Zensusdaten wird die Bevölkerungsfortschreibung auf eine neue Ausgangsbasis gestellt. Dies betrifft auch Zahl und Struktur der ausländischen Bevölkerung. Insofern ergeben sich aus den Zensus-Ergebnissen auch Orientierungswerte zur Beurteilung der Datenqualität des AZR.

Eine Korrektur der Melderegisterdaten über den gemäß § 90b AufenthG vorgesehenen Datenabgleich zwischen Meldebehörden und Ausländerbehörden dürfte auch eine Verbesserung der Datenqualität im AZR zur Folge haben. Denn letztlich sind die Daten des AZR nur so gut wie die gelieferten Daten der Ausländerbehörden.

- **Datenbasis für die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung**

Die Zensusdaten können auch als Informationsgrundlage für die kulturelle und religiöse Vielfalt der Bevölkerung dienen. Kenntnisse hierzu sind für das Bundesamt auch aus institutionellen Gründen wichtig. Zum einen ist hier die Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz eingerichtet und zum anderen ist das Bundesamt mit dem Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwanderer (gemäß § 23 Abs. 2 AufenthG) betraut. Anfragen beziehen sich daher häufig auch auf das Merkmal „Religionszugehörigkeit“.

Definition**„Personen mit Migrationshintergrund“**

Die amtlichen Bevölkerungsstatistiken unterscheiden in der Regel nur zwischen Deutschen und Ausländern. Aufgrund der Vielfalt des Migrationsgeschehens und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 lassen sich Stand und Entwicklung von Personen mit Migrationshintergrund nur noch unzureichend abbilden. Ein Grund liegt darin, dass zu ihnen neben Ausländern und ihren Nachkommen auch (Spät-) Aussiedler und Eingebürgerte zählen. Die amtliche Bevölkerungsstatistik hat auf diese Defizite reagiert und das Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ eingeführt.

Seit 2005 ist im Mikrozensus eine tiefere Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund möglich. Danach liegt ein Migrationshintergrund bei folgenden Personengruppen vor (StaBu 2011a:6):

- a) Zugewanderten seit dem 01.01.1950,
- b) Ausländerinnen und Ausländern,
- c) Eingebürgerten und
- d) Kindern mit mindestens einem im Ausland geborenen und zugewanderten, ausländischen oder eingebürgerten Elternteil.

Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen demnach Personen, die selbst zugewandert oder Nachkommen von Zuwanderern sind. Mit dem Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ im Mikrozensus können somit die beiden Dimensionen „Herkunft“ und „Generationenstatus“ differenziert erfasst wer-

Integrationsberichterstattung**Steuerung von Maßnahmen**

den (Gresch/Kristen 2011). Bei der Betrachtung der Herkunft von Personen wird die Unterschiedlichkeit einzelner Herkunftsgruppen in Bezug auf bestimmte Charakteristika betont. Bei der Berücksichtigung des Generationenstatus stehen dagegen der zeitliche Aspekt und Integrationsprozesse von Herkunftsgruppen im Vordergrund.

Personen mit Migrationshintergrund im Mikrozensus

Der Mikrozensus ist derzeit die einzige amtliche und repräsentative Datenquelle zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Allerdings gibt es Ansätze, den Migrationshintergrund auch in anderen amtlichen Statistiken abzubilden wie der Schulstatistik sowie der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Zudem wird der Migrationshintergrund in der Kommunalstatistik (Statistik aktuell 2010) und im Rahmen der empirischen Sozialforschung wie der PISA-Untersuchung und der Berufsbildungsforschung (Settelmeyer/Erbe 2010) erfasst. Schließlich wird der Migrationshintergrund zukünftig auch in Arbeitsmarktstatistiken erhoben (Fritz/Gericke 2012). Ziel ist es, auch für die Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine mit dem Mikrozensus vergleichbare Erhebung zum Migrationshintergrund deutscher und nichtdeutscher Empfänger von Leistungen nach SGB III (Arbeitslose, Arbeitssuchende und Ausbildungssuchende) und SGB II (erwerbsfähig Leistungsberechtigte) zu erhalten. Die einzelnen Definitionen des Migrationshintergrundes lehnen sich eng an die Ab-

grenzung des Statistischen Bundesamtes an. Die Erfassung von Personen mit Migrationshintergrund erfolgt aber auf Grundlage weniger tief gehender Definitionen als im Mikrozensus. Aufgrund der Unterschiede in den Definitionen und den sich daraus ergebenden Unterschieden in den Erhebungsmerkmalen ist die Vergleichbarkeit der Datenquellen eingeschränkt. Zu erwarten wäre daher gewesen, dass der Zensus die Definition des Mikrozensus übernimmt, um eine einheitliche und differenzierte Erfassung von „Personen mit Migrationshintergrund“ zu gewährleisten.

Erhebung des „Migrationshintergrundes“

Welche einzelnen Merkmale im Zensus erhoben werden, wurde anhand des „Zensusdurchführungsgesetzes“ festgelegt. Den Mindestrahmen bildete das in der EU-Zensus-Verordnung vorgegebene Erhebungsprogramm, wodurch eine EU-weite Vergleichbarkeit der Volkszählungsergebnisse gewährleistet werden soll. Darüber hinaus konnten vom nationalen Gesetzgeber zusätzliche Erhebungsmerkmale bestimmt werden. So wurde der „Migrationshintergrund“ durch weitere Angaben differenzierter als ursprünglich erfasst.

Im Rahmen des Zensus erfolgt die Bestimmung des Migrationshintergrundes über die Haushaltsstichprobe und über das Melderegister (StaBu 2011b). Sowohl in der Haushaltsstichprobe als auch im Melderegister werden die Personen mit Migrationshintergrund abweichend zum Mikrozensus definiert.

Werden Haushaltsstichprobe und Melderegister mit dem Mikrozensus verglichen, dann zeigen sich – wie Kreuzmair (2012) in einer Übersicht darlegt – mehrere Abweichungen:

- Im Mikrozensus wird das Merkmal „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten“ verwendet, während in der Haushaltsstichprobe die Zuwanderung erst nach 1955 erfasst wird (Frage 14). Mit dieser Jahresabgrenzung werden Ausländer, die vor 1955 migriert sind, unterschätzt. Warum der Gesetzgeber dieses Jahr gewählt hat, ist nicht kommentiert. In der Beschlussempfehlung des Bundestag-Innenausschusses (2009b) wird das Jahr 1955 ohne weitere Erläuterung genannt, obwohl der Bundesrat (2009) mit Blick auf vergleichende Auswertungen von Zensus und Mikrozensus dafür plädiert hat, dass als Zuwanderung im Sinne der statistischen Erfassung das Datum „1. Januar 1950“ gelten soll.
- Zweitens können im Zensus Deutsche mit eigener Migrationserfahrung wie Spätaussiedler und Eingebürgerte über die Haushaltsstichprobe nicht und über das Melderegister kaum differenziert werden, sondern nur als Gruppe insgesamt ausgewiesen werden.
- Einschränkungen ergeben sich im Zensus auch bei Deutschen ohne eigene Migrationserfahrung. So sind in der Haushaltsstichprobe Kinder von in Deutschland geborenen Ausländern und Eingebürgerten nicht erfassbar. Es wird zwar er-

Eingeschränkte Vergleichbarkeit

Haushaltsstichprobe + Melderegister

hoben, ob die Eltern zugezogen sind oder nicht, nicht jedoch, ob sie Ausländer oder Eingebürgerte sind (Fragen 17–22).

Vorteile des Zensus

Vorteile ergeben sich im Zensus aber hinsichtlich der regionalen Auswertungsmöglichkeiten des Migrationshintergrundes. So können über die Haushaltsstichprobe Gemeinden mit 10.000 Einwohnern ausgewertet werden und über das Melderegister sogar alle beliebig kleinen regionalen Einheiten, während im Mikrozensus aufgrund der geringeren Stichprobengröße (1 % vs. 10 % der Bevölkerung) mehrere Kreise zusammengefasst werden müssen.

Erhebung der „Religionszugehörigkeit“

Neben einer differenzierteren Erfassung des „Migrationshintergrundes“ wurde vom Gesetzgeber auch entschieden, das Merkmal „Religionszugehörigkeit“ ins Erhebungsprogramm aufzunehmen. Hierfür hatten u.a. die christlichen Kirchen, der Bundesrat und die Wissenschaft votiert. Die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft wurde zu einer Zensus-Pflichtfrage (Frage 7 der Haushaltsstichprobe). Die Filterantwort „keine“ führt zudem zu der freiwillig zu beantwortenden Frage nach dem Religionsbekenntnis (Frage 8). Bei den bisherigen Volkszählungen in der Bundesrepublik Deutschland wurde aus mehreren Gründen immer das Merkmal der Religionszugehörigkeit erhoben:

- Ergebnisse zur Religionszugehörigkeit stellen zentrale Informationen für Gesetzgebung, Verwaltung und

Planung von Bund und Ländern dar, da sie im Zusammenhang mit anderen Erhebungsmerkmalen Informationen über den Einfluss der Religionszugehörigkeit auf demographische, wirtschaftliche und soziale Tatbestände erlauben (Bundesrat 2009).

- Von Seiten der Evangelischen Kirche wurde eingehend betont, dass die Bedeutung der religiösen Bindung für gesellschaftliche Prozesse und das Zusammenleben der Menschen in einer offenen Gesellschaft in letzter Zeit verstärkt diskutiert wird. Der Zensus bietet daher die Möglichkeit, „auch im Hinblick auf die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung wieder zu einem belastbaren Zahlenmaterial zu kommen“ (Deutscher Bundestag Drucksache 16/12219, 2009a:14).

Indem aber die Beantwortung der Fragen nach dem Religionsbekenntnis teilweise freiwillig ist, sind die Informationen zur religiösen Zusammensetzung der Bevölkerung eingeschränkt. Ursache hierfür ist das Grundgesetz, wonach niemand verpflichtet ist, seinen religiösen Glauben mitzuteilen (Deutscher Bundestag Drucksache 16/12711, 2009b:11). Mit der Frage nach der Religionsgesellschaft werden somit nur die Personen sicher erfasst, die einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören. Hierzu zählen christliche Kirchen und jüdische Gemeinden, nicht jedoch Angehörige einer islamischen Religionsgesellschaft (Sunniten, Schiiten und Aleviten) sowie Buddhisten und Hindus. Diese werden nur erfasst, wenn sie die freiwillige Nachfrage zum Reli-

gionsbekenntnis beantworten. Auch in Zukunft sind daher Studien wie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (Haug et al. 2009) notwendig, um Zahl und Anteil der Muslime begründet zu schätzen. Folgt man dieser Studie, dann leben derzeit zwischen 3,8 und 4,3 Mio. Muslime in Deutschland. Dies entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 4,6 % bis 5,2 %. Aus der Studie „Islamisches Gemeindeleben in Deutschland“ geht zudem hervor, dass die Gemeindeforschung deutlich sunnitisch dominiert ist (Halm et al. 2012).

Fazit

Der Zensus kann grundsätzlich als ein zentrales Instrument zur Verbesserung der Erkenntnislage im Migrations- und Integrationsbereich angesehen werden. Gleichwohl lassen sich aufgrund des begrenzten Erhebungsprogramms und der erwähnten Einschränkungen bei den Merkmalen „Migrationshintergrund“ und „Religionszugehörigkeit“ nicht alle Erkenntnisdefizite beheben. Vor diesem Hintergrund wird der Mikrozensus seine zentrale Bedeutung als amtliche Datenquelle für die Migrations- und Integrationsforschung behalten. Dies gilt besonders dann, wenn die Definition des Migrationshintergrundes zukünftig „dynamisiert“ wird. Darüber hinaus werden Studien der empirischen Sozialforschung weiterhin notwendig sein, um vertiefende Erkenntnisse zu gewinnen. Dies gilt nicht zuletzt für den Zusammenhang von Religion bzw. Islam und Integration bzw. Arbeitsmarktintegration, der vielfach überbewertet wird (Stichs/Müssig).

Religionsfrage: Pflicht – freiwillig

Literatur

- Bundesrat (2009): Stellungnahme des Bundesrates. Entwurf eines Gesetzes zur Anordnung des Zensus 2011 sowie zur Änderung von Statistikgesetzen. Bundesratsdrucksachen 003/09. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2009a): Innenausschuss Wortprotokoll 90. Sitzung. Drucksache 16/12219. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2009b): Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses. Drucksache 16/12711. Berlin.
- Fritz, Joachim/Gericke, Matthias (2012): Migrationshintergrund nach § 281 Abs. 2 SGB III. Grundlagen der Erhebung.
- Gresch, Cornelia/Kristen, Cornelia (2011): Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund? In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 40, Heft 3, S. 208–227.
- Halm, Dirk et al. (2012): Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Forschungsbericht 13. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Forschungsbericht 6. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kreuzmair, Ingrid (2012): Bestimmung des Migrationshintergrundes im Rahmen des Zensus 2011. Manuskript. München: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.
- Schimany, Peter/Schock, Hermann (2012): Migrations- und Integrationsforschung im Spiegel der Datenbanken „Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem“ (SOFIS) und „Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem“ (SOLIS). In: IMIS-Beiträge 41, S. 105–144.
- Settmeyer, Anke/Erbe, Jessica (2010): Migrationshintergrund. Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. In: Wissenschaftliche Diskussionspapiere Heft 112. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Statistik aktuell für Nürnberg und Fürth (2010): Statistischer Monatsbericht für Juli 2010. Einsatz von Migra Pro zur Ableitung des Migrationshintergrundes der Bevölkerung in Nürnberg und Fürth.
- Statistisches Bundesamt (2011a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung und Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011b): Zensus 2011 – die moderne Volkszählung. Musterfragebogen. Wiesbaden.
- Stichs, Anja/Müssig, Stephanie (2012): Muslime in Deutschland und die Rolle der Religion für die Arbeitsmarktintegration (Manuskript).

Zahl des Jahres 2012

81,6 kg

Martin Schlegel, Hagen

81,6 kg, das ist die Zahl des Jahres 2012. So viel Lebensmittel wirft jeder Bundesbürger im Laufe eines Jahres weg, hat die Universität Stuttgart ermittelt. Eine Zahl, die auch Ermahnung ist. Diese Zahl weist in aller Kürze prägnant auf ein Problem unseres Reichtums hin: Wer viel hat, wirft leichtfertig weg. Mehr dazu unter: <http://foodsharing.de/>

Auf Platz 2 landeten die **500.000.000.000 Euro**, mit denen der ESM klammen Euro-Ländern unter die Arme greifen kann. Eine Zahl, die selbst zahlengewohnte Statistiker staunen lässt, bedeutet sie doch: Michael Schumacher, der in seinen Glanzzeiten 50 Mill. Euro pro Jahr verdiente, bräuchte dafür 10.000 solcher Super-Jahre.

Platz 3 gehört einer Zahl aus der Autoindustrie: **138 PS**. So viele Pferdestärken stecken unter der Haube eines Neuwagens des Jahres 2012. Ein Jahr zuvor brachte ein Durchschnitts-Auto „nur“ 135 PS auf die Straße.

Etliche andere Vorschläge erreichten die Redaktion. Eine kleine Auswahl:

60 Tage

In NRW ist der Landtag binnen 60 Tagen nach der Auflösung neu zu wählen. Wenn sich das Ende des Landtages vorher ankündigt, können die Wahlämter schon mit den Vorbereitungen beginnen. Wenn die Auflösung aber – wie 2012 in NRW geschehen – quasi vom Himmel fällt, dann ist das

nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Aber es gilt eben: „Unmögliches machen wir sofort, Wunder dauern etwas länger.“

144 Mrd. Euro

Die Goldreserven der Bundesbank betragen 3396 Tonnen. Aktueller Marktwert: 144 Mrd. Euro.

7,7 Mill.

In Deutschland gehören 7,5 Mill. Menschen zu den funktionalen Analphabeten.

103 Euro

Eine Studie der Bundesbank ergab, dass ein Bürger im Durchschnitt 103 Euro mit sich rumträgt. Vor 4 Jahren waren es 118 Euro.

Planung und Durchführung einer Befragung von Menschen ohne und mit Migrationshintergrund¹

Keine einfache Angelegenheit

Barbara Erbslöh, Essen

Interkulturelle Stadtpolitik

Unter dem Begriff „Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“ hat die Stadt Essen bereits 1997 als eine der ersten Kommunen in Deutschland den Diskurs für eine interkulturelle Stadtpolitik eingeleitet. Mit dem Beschluss des Rates wurden 1999 die Weichen für den Umsetzungsprozess gestellt. Die Fortschreibung des interkulturellen Konzepts und die Entwicklung innovativer Handlungsstrategien sind, gestützt durch den Ausbau der interkulturellen Orientierung als Konzernziel, kontinuierlicher Bestandteil kommunaler Entscheidungsprozesse. In diesem Zusammenhang wurde auch die Studie zum „Zusammenleben in Essen 2010“ mit finanzieller Unterstützung aus dem Landesprogramm „KOMM IN NRW“ geplant.

Was heißt „Migrationshintergrund“?

Bei der Konzeption der Umfrage „Zusammenleben in Essen 2010“ war es ein erklärtes Ziel, nicht nur die demografischen Profile sowie die Meinungen und Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund zu ermitteln. Vielmehr sollten vergleichbare Informationen auch von Menschen ohne Hinweise auf nichtdeutsche Herkunft – d.h. einheimische Deutsche – erfasst werden. Für die Gruppe der Menschen mit Hinweisen auf nichtdeutsche Herkunft bzw. Menschen mit Migrationshintergrund wurde darüber

hinaus die eindeutige Erwartung formuliert, mit der Studie Informationen über die wichtigsten Sprach-/Herkunftsgruppen in Essen zu erhalten.

Im Folgenden möchte ich weniger inhaltliche Ergebnisse der Studie präsentieren, sondern eher auf methodische Besonderheiten bei der Planung und Durchführung einer solchen Befragung hinweisen.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Die Definition der Grundgesamtheit und die daraus abzuleitende Stichprobe ist ein wichtiger Grundstein der Planung von empirischen Studien. Dies gilt umso mehr, wenn – wie im vorliegenden Fall – schon der Begriff Migrationshintergrund nicht eindeutig definiert ist.

Ausländer/-innen, Nichtdeutsche, Menschen mit Zuwanderungs- oder Migrationshintergrund sind häufig synonym benutzte Begriffe. Durch die Erfassung der Staatsangehörigkeit sind Menschen mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit formal eindeutig definiert. Zu den Nichtdeutschen gehören Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (einschließlich Staatenlose) bzw. Ausländer/-innen – also Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Auch Personen, die neben der deutschen noch

eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit haben – also die sogenannten Doppelstaater/-innen – können so klar abgegrenzt werden.

Wenn jedoch eine Person ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, so kann daraus nicht geschlossen werden, dass kein Migrationshintergrund vorliegt. Die deutsche Staatsangehörigkeit kann auch durch Einbürgerung, durch Anerkennung als Spätaussiedler/-in bzw. Vertriebene(r) oder aus anderen Gründen (z.B. Adoption) erworben werden. Als Hinweis auf eine nichtdeutsche Herkunft kann auch z.B. der Geburtsort herangezogen werden. Mit dem Ziel, auch die zweite oder dritte Generation der hier in Deutschland bzw. in Essen lebenden Menschen mit ausländischen Wurzeln bei den Analysen zu berücksichtigen, reicht auch die zusätzliche Erfassung des Geburtsortes nicht aus. Hier kann unter Umständen nur die Herkunft bzw. die Staatsangehörigkeit der Eltern einen Hinweis auf die nichtdeutsche Herkunft geben.

Entsprechend war es notwendig, eine klare methodische und sprachliche definitorische Abgrenzung der beiden Zielgruppen der Umfrage vorzunehmen:

- als **einheimische Deutsche** werden Personen bezeichnet, die selbst und deren Eltern in Deutschland

geboren sind und die selbst und deren Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen.

- **Migranten/-innen** sind Menschen, die selbst oder deren Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben bzw. diese nicht von Geburt an haben und/oder nicht in Deutschland geboren sind.

Für die endgültige Definition der Grundgesamtheit wurde eine zusätzliche Altersabgrenzung vorgenommen, und zwar auf Personen im Alter von 16 bis 79 Jahren. Die untere Altersgrenze wurde aus Befragungstechnischen Gründen gewählt, da Jugendliche unter 16 Jahren ohne Einverständnis ihrer Eltern nicht befragt werden dürfen. Die Festlegung der oberen Altersabgrenzung bei 79 Jahren ist demgegenüber vor allem inhaltlich begründet: durch die Rückwanderung von Migrantinnen und Migranten sind in den höheren Altersjahren die entsprechenden Fallzahlen und Anteile sehr gering. Bei einer Auswertung der Befragung nach dem Alter würden insofern die Meinungen von einheimischen Deutschen überproportional einfließen.

Mit Blick auf die im Rahmen der Umfrage gewünschten Informationen zum „Zusammenleben in Essen“ wurde die Grundgesamtheit dann weiter auf Personen eingeschränkt, die seit mindestens einem Jahr mit Hauptwohnsitz an ihrer Adresse gemeldet waren.

80 % der Grundgesamtheit bzw. der so definierten Zielpersonen waren (Ende 2009) einheimische Deutsche und 20 % Migranten/-innen, aber nur 10 % hatten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Für die konkrete Stichprobenziehung war eine weitere An-

forderung zu berücksichtigen: es sollten gezielte Aussagen für die in Essen hauptsächlich vertretenen Herkunfts- bzw. Sprachgruppen ermöglicht werden. Die rund 170 in Essen vertretenen Staatsangehörigkeitsgruppen bzw. Herkunftsländer wurden deshalb folgendermaßen zusammengefasst:

arabisch: Algerien, Eritrea, Mauretanien, Komoren, Libyen, Marokko, Somalia, Sudan, Tunesien, Ägypten, Jemen, Irak, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Syrien

polnisch

russisch: Estland, Lettland, Litauen, Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland (Belarus), Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan

türkisch

sonstige Migranten/-innen: alle anderen Staatsangehörigkeiten/Herkunftsländer.

Geplant war, für jede dieser Sprach- bzw. Herkunftsgruppen in der realisierten Stichprobe jeweils rund 300 auswertbare Fragebogen zu erreichen. Dies bedeutete, dass aufgrund der unterschiedlichen Größe der einzelnen Gruppen in der Bevölkerung unterschiedliche Auswahlätze für die Ziehung der Stichprobe vorzusehen waren. Bei diesem unterstellten Rücklauf von rund 33 % bei den Migranten/-innen wurden die Auswahlätze entsprechend mit unterschiedlicher Gewichtung für die einzelnen Sprach-/Herkunftsgruppen festgelegt, und zwar:

- 5 % bei der türkischen und polnischen Gruppe,
- 10 % bei der russischen,
- 12,5 % bei der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe

und

- 3 % bei den sonstigen Migranten/-innen.

Die einheimischen Deutschen sollten mit einem Auswahlatz von mindestens 0,5 % bei der Stichprobenziehung berücksichtigt werden, d.h. hier war vorgegeben, dass rund 1.600 Personen in die Stichprobe aufgenommen werden sollten.

Entsprechend wurde eine disproportional geschichtete Zufallsstichprobe mit insgesamt knapp 6.200 Personen aus der Einwohnerdatei der Stadt Essen gezogen. Von den einheimischen Deutschen wurde jede 200. Person, von den Personen mit türkischem oder polnischem Migrationshintergrund jede 20., von den russisch sprechenden jede 10. von den arabisch sprechenden jede 8. und von den übrigen in der Stadt Essen vertretenen Staatsangehörigkeiten jede 33. Person aus der Einwohnerdatei gezogen. Über eine Sortierung nach Stadtteilen wurde zusätzlich eine Schichtung per Anordnung vorgenommen, um so eine möglichst gute Repräsentierung der räumlichen Verteilung zu erreichen.

Wahl der Erhebungsmethode und Planung der Durchführung

Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist als eine Zielgruppe bei Umfragen eine besondere Herausforderung. Zum einen ist davon auszugehen, dass bei einem Teil der Zielpersonen keine oder keine hinreichenden deutschen Sprachkenntnisse vorhanden sind – insbesondere in der Schriftform. Zum anderen sind bei der Realisierung der

Geschichtete Stichprobe mit 6 200 Personen

Sprachprobleme

Entwicklung der Erhebungsunterlagen

Der Fragebogen wurde in enger Kooperation von RAA/Büro für interkulturelle Arbeit und dem Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen entwickelt.

Es wurde ein standardisierter Fragebogen entwickelt. Dieser Fragebogen wurde in Türkisch, Polnisch, Russisch und Arabisch übersetzt, um diese einwohnerstärksten Migrantengruppen in Essen gegebenenfalls auch in ihrer Muttersprache befragen zu können.

In einem umfangreichen Pretest wurde der Fragebogen einem Praxistest unterzogen. Es wurden von 15 Interviewer/-innen – drei je Sprachengruppe – insgesamt 60 Interviews durchgeführt. Ziel des Pretests war es zum einen, den Fragenkatalog zu testen und die erforderliche Interviewzeit zu ermitteln. Zum anderen sollten die Fragestellungen für die verschiedenen Sprach- bzw. Herkunftsgruppen sowie die entsprechenden Übersetzungen überprüft werden. Die Erfahrungen der Pretest-Interviewer/-innen wurden mittels eines Interviewerfragebogens und mit Hilfe eines zusätzlichen, persönlichen Auswertungsgesprächs erfasst und in den Fragebogen eingearbeitet. Die Fragebogenübersetzungen wurden noch einmal korrigiert und insbesondere die Fragen nach dem Bildungshintergrund vereinfacht.

In der Befragungssituation selbst hatten die Interviewer/-innen die Vorgabe, zunächst einen Interviewversuch in deutscher Sprache zu unternehmen. Erst wenn dieser Versuch nicht erfolgversprechend war, sollte ein Interview in der

gezogenen Stichprobe auch kulturelle oder religiöse Besonderheiten zu berücksichtigen. Hierzu zählt zum Beispiel, dass die Befragung von Frauen unter Umständen problematisch ist. In diesem Zusammenhang ist die Wahl der Erhebungsmethode von besonderer Bedeutung.

Die Erhebung sollte bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen mit derselben Methode durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass festgestellte Unterschiede in den Einstellungen nicht auf Methodeneffekten basieren.

Bei einer postalischen Erhebung ist aus früheren Erhebungen bekannt, dass gerade bei der besonderen Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund mit dieser Methode nur geringe Rücklaufquoten zu erzielen sind.

Mit dem Ziel, möglichst valide Informationen zu erheben und einen größtmöglichen Rücklauf zu erzielen, wurde deshalb entschieden, persönlich-mündliche Interviews durchzuführen. Mit dieser Methode ist sichergestellt, dass die vorliegenden Informationen aus der Einwohnerdatei bei der Stichprobenziehung berücksichtigt werden können und die Rücklaufquote durch die Unterstützung durch muttersprachliche Interviewer/-innen positiv beeinflusst werden kann. Zudem kann relativ sichergestellt werden, dass die gewünschten Informationen tatsächlich von den ausgewählten Zielpersonen erhoben werden.

Zur praktischen Durchführung der Interviews wurden mit 281 potentiellen Interviewer/-innen Gespräche geführt, von denen ca. 60 ihre Bewerbung aus verschiedensten Gründen (mangelndes Interesse, zeitliche Gründe etc.) zurückzogen. Mit den verbliebenen Interviewer/-

innen wurden Schulungen mit jeweils ca. 25 bis 30 Personen und einer Dauer von jeweils ca. 3 Stunden durchgeführt. Da sich eine Reihe von Kandidaten/-innen nach der Schulung bzw. im Vorfeld der beginnenden Befragung wieder abmeldeten, wurden letztendlich 120 Interviewer/-innen eingesetzt: 50 für den Sprachbereich deutsch, jeweils 18 für türkisch und polnisch und jeweils 17 für russisch und arabisch.

Die Feldzeit für die Durchführung der Erhebung war auf sechs Wochen beschränkt. Die Befragten wurden durch ein persönliches Anschreiben des Oberbürgermeisters sowie durch die örtliche Presse über die Umfrage informiert.

Alle Interviewer/-innen hatten die Vorgabe, wöchentlich eine Rückmeldung über den Stand der praktischen Arbeit zu geben und die realisierten Interviews und dazugehörigen Kontaktprotokolle unverzüglich, zumindest ein Mal in der Woche, in der Statistikstelle abzugeben. Auf diesem Wege sollte ausgeschlossen werden, dass komplette Interviewerbezirke nicht bearbeitet werden. Insgesamt 27 Interviewer/-innen schieden in der Feldphase der Befragung aus unterschiedlichen Gründen (Krankheit, Überforderung etc.) wieder aus und mussten durch neu zu schulende Personen ersetzt werden. Allerdings konnten Interviewerausfälle gegen Ende der Feldzeit nicht in allen Erhebungsbezirken kompensiert werden, sodass eine Reihe von Adressen nicht bearbeitet werden konnten.

Als Fazit ist hier festzuhalten, dass die Rekrutierung und der Einsatz der Interviewer/-innen bei dieser Art von Studie sehr zeit- und personalintensiv ist.

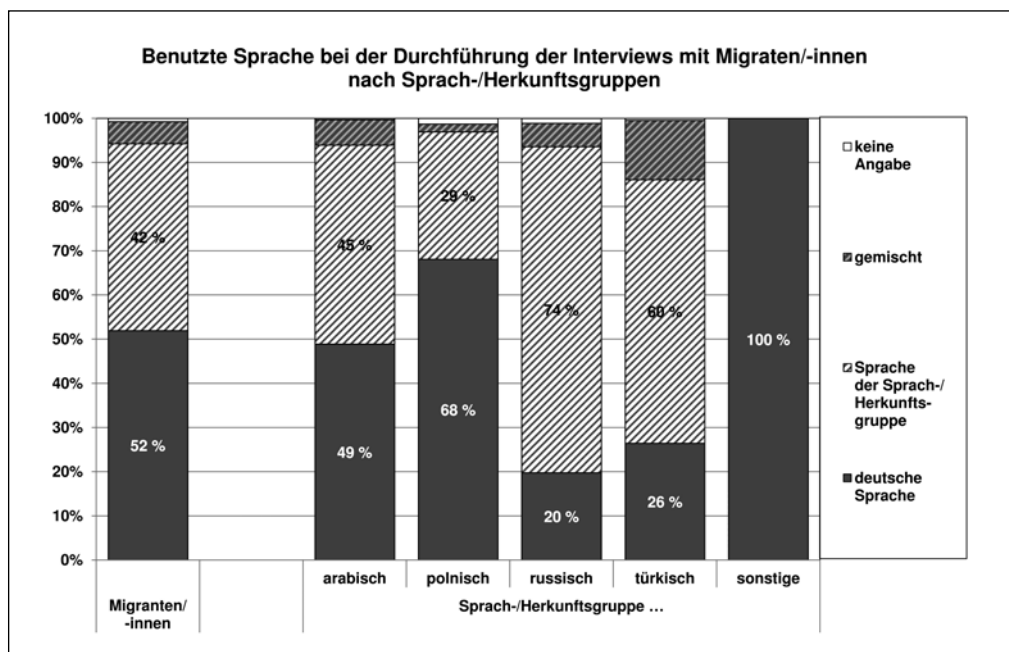
Dreistündige Interviewerschulung

120 Interviewer/-innen

6 Wochen Feldarbeit

Wöchentliche Rückmeldung

jeweiligen Herkunftssprache durchgeführt werden. Die Tatsache, dass mehr als 40 % aller Befragungen mit Migranten/-innen muttersprachlich durchgeführt wurden, verweist auf die Notwendigkeit 1. Fragebogenübersetzungen vorzusehen und 2. muttersprachliche Interviewer/-innen einzusetzen. Die Differenzierung nach den Sprach-/ Herkunftgruppen zeigt überdies, dass insbesondere bei Befragungen von russischen und türkischen Zielpersonen größere Verständigungsprobleme zu erwarten sind, wenn dieser Aufwand aus Kosten- oder Zeitgründen nicht möglich ist.



Grafik 1

Auch der hohe Aufwand bei der Entwicklung des Erhebungsinstrumentes mit Pre-test und Übersetzung hat aber dennoch nicht in jedem Fall sichergestellt, dass es keine Verständigungs- bzw. Verständnisprobleme gab. Dies gilt insbesondere für die heterogene Gruppe der sonstigen Migranten/-innen, die von deutschsprachigen Interviewer/-innen mit einem deutschen Fragebogen interviewt wurden.



Grafik 2

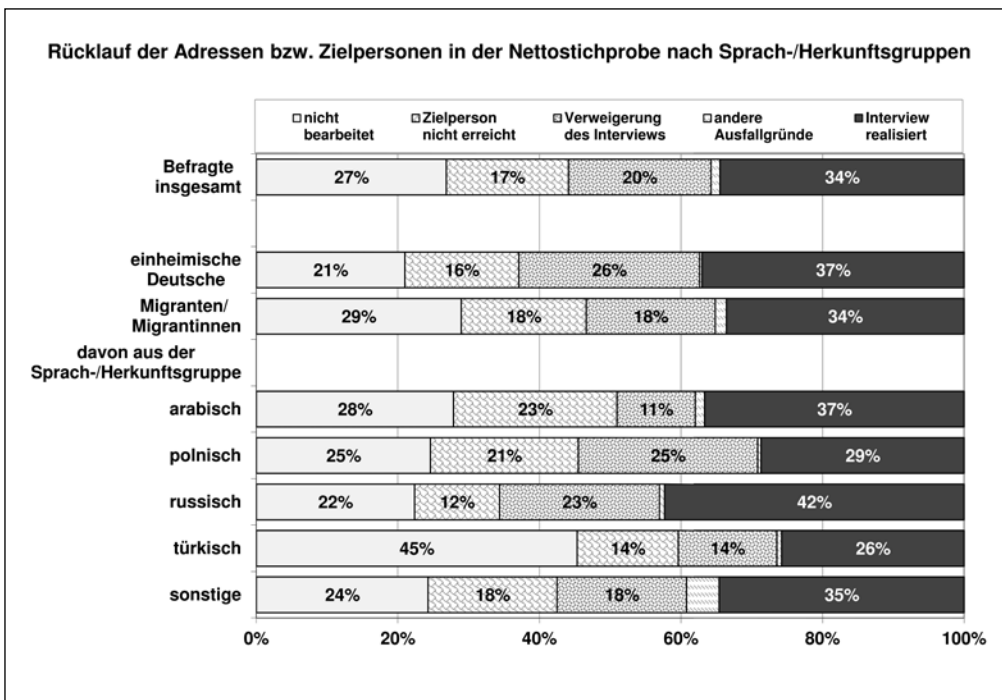
Realisierung der Interviews und Repräsentierung der Grundgesamtheit

Die Interviewer/-innen erhielten insgesamt rund 6.200 Adressen von Personen, mit denen ein Interview durchgeführt werden sollte (Bruttostichprobe). Rund 370 Personen (6 %) konnten nicht befragt werden, weil sie verstorben, verzogen oder aus anderen Gründen (Urlaub, Krankheit etc.) befragungsunfähig waren. Bei diesen Ausfällen kann unterstellt werden, dass

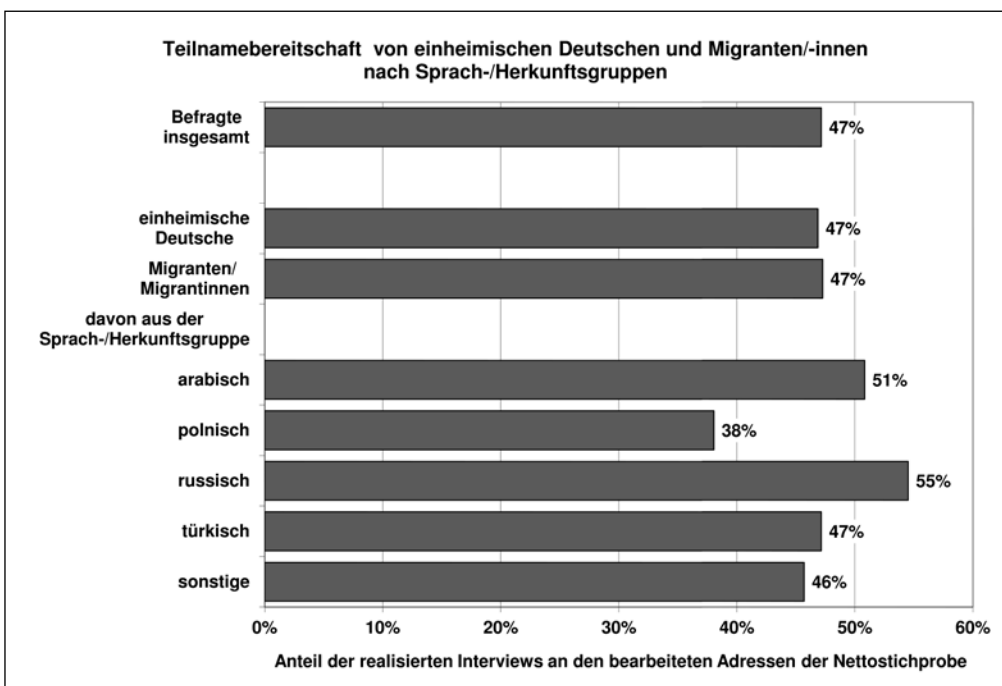
keine Systematik zugrunde liegt. Im Ergebnis ergibt sich eine Nettostichprobe von rund 5.800 Personen.

Insgesamt knapp 1.600 Adressen wurden nicht bearbeitet, d.h. Interviewer/-innen haben im Rahmen der vereinbarten Feldzeit keinen Kontakt zu den Zielpersonen hergestellt oder haben während der Feldzeit ihre Arbeit eingestellt, ohne dass ein(e) Nachfolger/-in gefunden werden konnte.

Mit Blick auf die Sprach-/Herkunftsgruppen ist festzustellen, dass die Quote der nicht bearbeiteten Fälle nicht in allen Gruppen gleich hoch ist, sondern insbesondere Adressen von Zielpersonen mit türkischem Migrationshintergrund betroffen sind (45%). Bei der Verweigerung eines Kontaktversuches oder eines Interviews (20 %) und der Tatsache, dass bestimmte Zielpersonen während der Feldzeit nicht erreicht werden konnten



Grafik 3



Grafik 4

(17 %), aber auch bei einem nicht realisierten Interview aufgrund von Sprachproblemen etc. (1 %) liegt die Annahme nahe, dass es sich nicht um zufällige Ausfälle handelt. Dies bedeutet, dass möglicherweise die Aussagekraft der Ergebnisse der Erhebung eingeschränkt ist durch die Tatsache, dass systematisch bestimmte Zielpersonen-

gruppen nicht ausreichend repräsentiert sind. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Zielpersonen aus der polnischen (25 %) und russischen Sprach-/ Herkunftsguppe (23 %) überdurchschnittlich häufig ein Interview verweigert haben. Die Gespräche und Anrufe während der Feldphase legen die Vermutung nahe, dass bei diesen beiden Ziel-

gruppen – insbesondere bei Spätaussiedlern – das Thema Integration bzw. Migration, die gemeinsame Betrachtung mit anderen Zuwanderungsgruppen negativ besetzt ist. Die Verweigerungsquote ist ähnlich hoch wie bei einheimischen Deutschen (26 %). Bei Zielpersonen mit arabischem (11 %) oder türkischem (14 %) Migrationshintergrund lag die entsprechende Quote dagegen unter dem Durchschnitt.

Insgesamt konnten mit 34 % der Zielpersonen in der Nettostichprobe rund 2.000 Personen Interviews durchgeführt werden. Es ergeben sich dabei keine großen Unterschiede in der sogenannten Ausschöpfungsquote zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen insgesamt. Bei einer Differenzierung nach Sprach-/Herkunftsgruppen zeigt sich allerdings, dass die Realisierungsquote von russisch sprechenden Zielpersonen mit 42 % überdurchschnittlich hoch war, von Zielpersonen mit türkischem (26 %) oder polnischem Migrationshintergrund (29 %) dagegen mit weniger als 30 % deutlich unter dem Durchschnitt lag.

Diese Ausschöpfungs- oder Realisierungsquote ist nicht gleichzusetzen mit der Teilnahmebereitschaft, da in der Nettostichprobe ein vergleichsweise hoher Anteil an nicht bearbeiteten Adressen enthalten ist. Bezieht man die Anzahl der realisierten Interviews auf die tatsächlich bearbeiteten Adressen von Zielpersonen, so ergibt sich ein anderes Bild. Mehr als die Hälfte der Zielpersonen mit russischem (55 %) und arabischem (51 %) Migrationshintergrund, bei denen es einen Kontaktversuch gab, hat sich an der Umfrage beteiligt. Bei Zielpersonen aus der tür-

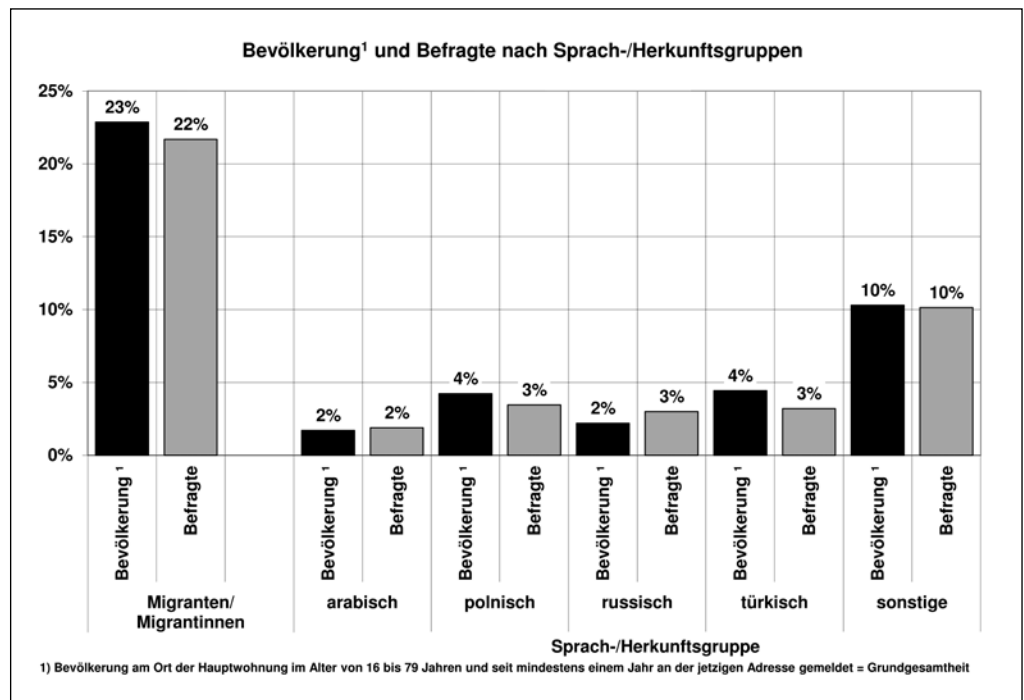
kischen (47 %) bzw. aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen (46 %) waren es auch noch fast die Hälfte; bei den Zielpersonen mit polnischem Migrationshintergrund dagegen nur 38 %.

Insgesamt ist festzuhalten, dass das Ziel, eine hinreichend große Basis für die geplanten differenzierten Auswertungen pro Sprach-/Herkunftsgruppe zu schaffen, gleichwohl erreicht wurde. Es liegen Informationen von 310 Befragten mit arabischem, 240 Befragten mit polnischem, 350 Befragten mit russischem, 220 Befragten mit türkischem und 310 Befragten mit sonstigem Migrationshintergrund vor. Darüber hinaus liegen Informationen von knapp 570 Personen ohne Migrationshintergrund vor.

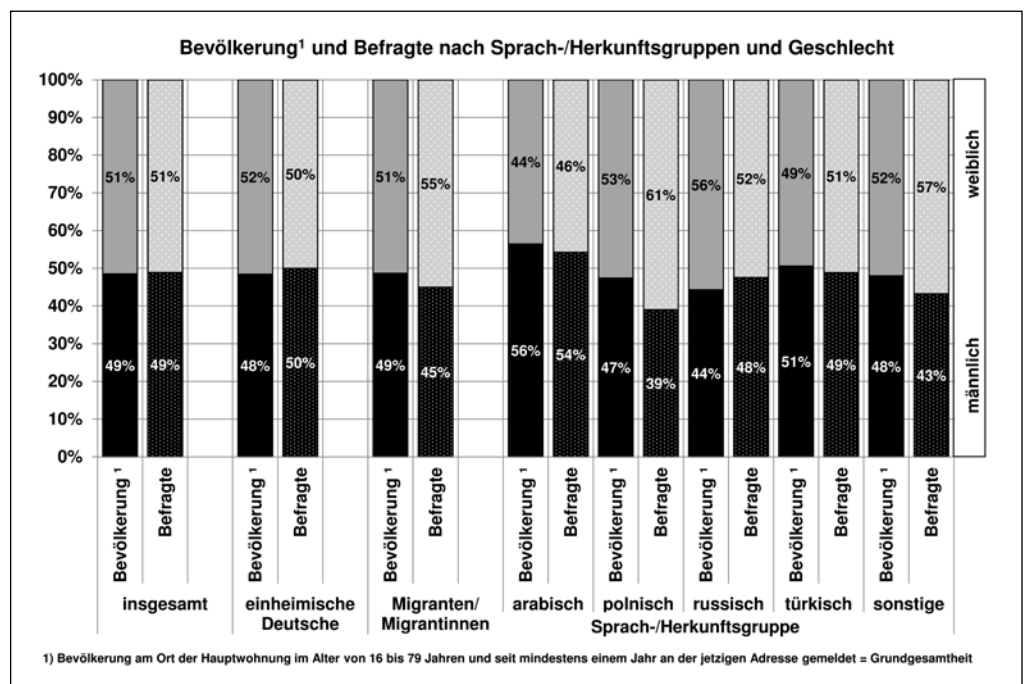
Repräsentierung der Grundgesamtheit durch die durchgeführten Interviews

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass dann, wenn sich 100 % der Zielpersonen, die aus der Grundgesamtheit per Zufall für eine Stichprobe ausgewählt wurden, auch tatsächlich an einer Umfrage beteiligen, die so erzielten Ergebnisse repräsentativ für die Grundgesamtheit sind.

Diesen theoretischen Idealzustand erreicht man jedoch in der Praxis nie. Insofern ist es notwendig, Annahmen darüber zu entwickeln, ob sich die Personen, die sich nicht an der Umfrage beteiligt haben, systematisch von den Personen unterscheiden, die sich beteiligt haben. Da man in der Regel keine Informationen über die Nichtteilnehmer/-innen besitzt, kann nur geprüft



Grafik 5

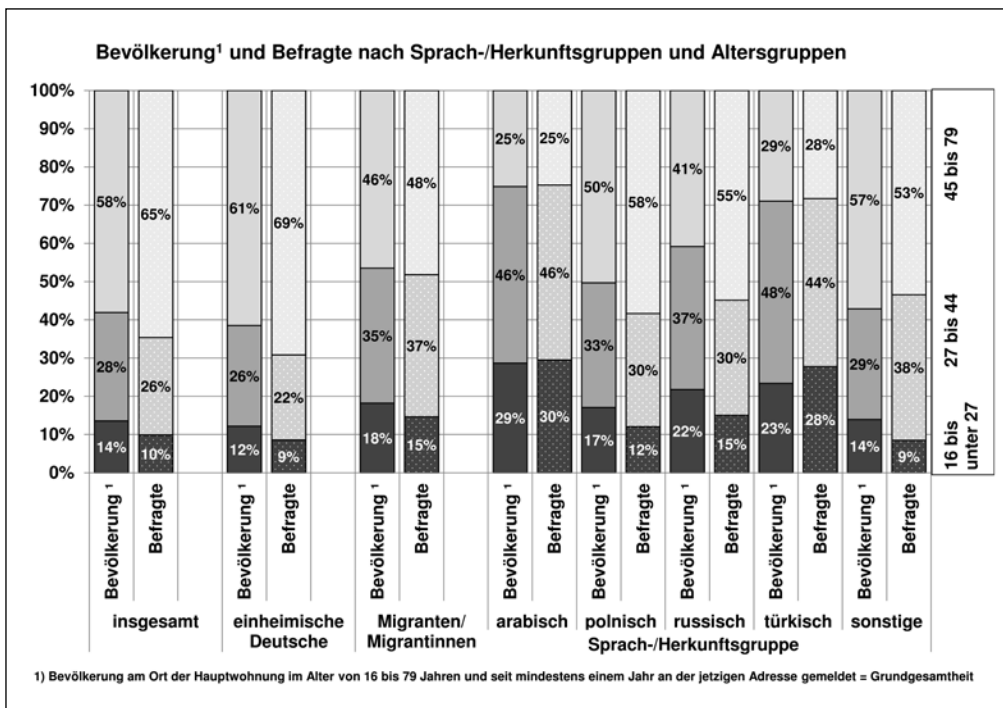


Grafik 6

werden, ob die Befragten die Grundgesamtheit gut repräsentieren. Diese Überprüfung kann jedoch nur für die Merkmale vorgenommen werden, die für die Grundgesamtheit bekannt sind. Dies sind zu meist sogenannte demografische Informationen, wie Alter und Geschlecht oder Staatsangehörigkeit. Ergibt diese Überprüfung eine weit-

gehende Übereinstimmung in den Strukturen, so wird in der Regel unterstellt, dass auch die über die Umfrage gemessenen Einstellungen auf die Grundgesamtheit übertragbar, also repräsentativ sind.

Für die Umfrage „Zusammenleben in Essen“ wurden Zielpersonen nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils, sondern mit vorgegebenen



Grafik 7

Gewichtung

Anteilswerten ausgewählt. Die sich so ergebenden unterschiedlichen Chancen, in die Stichprobe zu gelangen, müssen bei allen Analysen der Umfragedaten durch eine sogenannte Gewichtung entsprechend berücksichtigt werden. Die Gewichtung entspricht dem Verhältnis von tatsächlichem Bevölkerungsanteil einer Gruppe in der Grundgesamtheit und dem Bevölkerungsanteil dieser Gruppe in der gezogenen Stichprobe. Als Beispiel: 79,6 % der Zielpersonen in der Grundgesamtheit sind Menschen ohne Hinweise auf nichtdeutsche Herkunft, d.h. einheimische Deutsche; in der Stichprobe liegt der entsprechende Anteil aufgrund der unterschiedlichen Auswahlätze nur bei 26,6 %. Jede befragte Person ohne Hinweis auf eine nichtdeutsche Herkunft in der realisierten Stichprobe enthält entsprechend ein Gewicht von 3,0 (79,6/26,6), um den geringen Auswahlatz auszugleichen. Bei der arabischen Sprach- bzw. Herkunftsgruppe ist über die Gewichtung

dagegen der relativ hohe Anteil von 14,3 % in der Stichprobe auszugleichen, dem in der Grundgesamtheit nur ein Anteil von 1,7 % gegenübersteht. Jede befragte Person aus dem arabischen Sprach- bzw. Herkunftsgebiet erhält entsprechend ein Gewicht von nur 0,1. Für die anderen Gruppen ergeben sich folgende Gewichte: Personen mit polnischem = 0,3, russischem = 0,1, türkischem = 0,3, sonstigem Migrationshintergrund = 0,5. Die Gewichte sind hier gerundet.

Betrachtet man die so gewichteten Stichprobenergebnisse im Vergleich zur Grundgesamtheit, so kann insgesamt eine gute Repräsentierung der Sprach-/Herkunftsgruppen festgestellt werden.

Auch die Geschlechterproportionen sind insgesamt relativ gut abgebildet, wenngleich bei den Personen mit Migrationshintergrund – entgegen den Erwartungen – Frauen in der Tendenz überrepräsentiert sind. Dies gilt insbesondere für die polnische Sprach-/Her-

kunftsgruppe, aber auch für die heterogene Gruppe mit sonstigem Migrationshintergrund. Die Tatsache, dass insbesondere bei Zielpersonen mit arabischem oder türkischem Migrationshintergrund vor allem Frauen als Interviewer/-innen eingesetzt worden sind, war offensichtlich erfolgreich; hier entsprechen die Geschlechterproportionen bei den Befragten weitgehend denen in der Gesamtbevölkerung.

Beim Vergleich der Altersstruktur ist hervorzuheben, dass insgesamt die Gruppe der 16- bis 27-Jährigen bei den Befragten unterrepräsentiert und die Gruppe der 45- bis 79-Jährigen überrepräsentiert ist. Dieser Befund gilt vor allem für die Altersstruktur der einheimischen Deutschen, weniger für die Migranten und Migrantinnen, jedoch nicht durchgängig für alle Sprach-/Herkunftsgruppen: bei der arabischen Gruppe ist die Altersstruktur z. B. gut repräsentiert; bei den türkischen Befragten sind junge Menschen unter 27 Jahren sogar überrepräsentiert, die mittlere Altersgruppe der 27- bis 44-Jährigen demgegenüber zu gering vertreten; bei den Befragten mit polnischem oder russischem Migrationshintergrund ist dagegen die Altersgruppe der 45- bis 79-Jährigen deutlich überrepräsentiert.

Diese Über- und Unterrepräsentierungen sind bei der Interpretation der Gesamtergebnisse stets zu berücksichtigen. Auf die Möglichkeit, diese Abweichungen der Umfragedaten von den Proportionen in der Grundgesamtheit durch eine entsprechende Anpassungsgewichtung auszugleichen, wurde bewusst verzichtet. Bei einer solchen Anpassung von bekannten demografischen Strukturen können die Aus-

wirkungen auf nicht bekannte Meinungs- und Einstellungsunterschiede nicht kontrolliert abgeschätzt werden.

Fazit

Die Planung und Durchführung einer Befragung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ist sehr arbeits- und kostenintensiv. Aus den Erfahrungen der hier vorgestellten Umfrage ergeben sich folgende Empfehlungen:

- Die Berücksichtigung von unterschiedlichen Sprach-/ Herkunftgruppen in der Stadt ist sinnvoll, denn die Gruppe der Migranten und Migrantinnen ist nicht homogen
- Ein disproportionaler Stichprobenansatz ist notwendig, wenn die Vielfalt der Herkunft abgebildet werden soll. Diese Vorgehensweise zieht jedoch die Notwendigkeit nach sich, in den Analysen die unterschiedlichen Auswahlsätze durch entsprechende Gewichtungen auszugleichen.
- Eine Übersetzung der Fragebogen in die Hauptsprachgruppen ist kostenintensiv und aufwendig, aber sehr sinnvoll. Bei Befragungen mit einem deutschen Fragebogen wird ansonsten voraussichtlich eine klare Selektion innerhalb der Zielgruppe stattfinden.
- Ein umfangreicher Pretest ist dringend anzuraten. Nur auf diesem Wege können Missverständnisse bei bestimmten Fragestellungen (z.B. Bildungshintergrund) aufgedeckt oder Übersetzungsungenauigkeiten bereinigt werden.
- Persönlich-mündliche Interviews sind sehr teuer und aufwendig. Für die Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund bleibt dies aber sicherlich der „Königsweg“.
- Repräsentativität der Ergebnisse bleibt das Ziel. Gleichwohl sollten man realistisch und selbstbewusst genug sein, bei den gegebenen Rücklaufquoten, den zusätzlich möglichen Beeinflussungsfaktoren wie Sprachprobleme etc. und den bekannten Selbstrekrutierungsprozessen die Grenzen der Zielerreichung zu erkennen und zu benennen.

Die Ergebnisse der Befragung von Menschen ohne und mit Migrationshintergrund sind eine einzigartige Datenbasis, die die bisher vorliegenden Erkenntnisse zum Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in Essen entscheidend verbessert. **Nur in wenigen Städten in der Bundesrepublik Deutschland liegen Daten, Meinungen und Einschätzungen von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen zum Zusammenleben in dieser Tiefe, Vielfalt und Breite von mehr als 2.000 befragten Personen vor.**

Anmerkung

- 1 Dieser Artikel stützt sich im Wesentlichen auf Auszüge aus dem umfangreichen Gesamtbericht zu der Umfrage: Stadt Essen, Der Oberbürgermeister, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen sowie RAA/Büro für interkulturelle Arbeit „Zusammen leben in Essen“, Beiträge zur Stadtforschung 59 Teil I und Teil II, Essen September 2012. Dieser Bericht steht zum Download bereit unter http://www.essen.de/de/Rathaus/Aemter/Ordner_12/stadtforschung_zusammenleben.html

Martin Luther King I have a dream

– Fortsetzung der Rede von Martin Luther King von Seite 46 –

Wissen zu machen, dass wir eines Tages frei sein werden. Und dies wird der Tag sein. Dies wird der Tag sein, wenn alle Kinder Gottes mit neuer Bedeutung singen können: „Mein Land, es ist über dir, süßes Land der Freiheit, über das ich singe, Land, wo mein Vater starb, Land des Pilgers Stolz, von jedem Berghang, lass die Glocken der Freiheit läuten.“ Wenn Amerika eine großartige Nation sein soll, dann muss dies wahr werden.

Lass daher die Glocken der Freiheit von den wunderbaren Hügeln von New Hampshire läuten. Lass die Glocken der Freiheit läuten von den mächtigen Bergen New Yorks. Lass die Glocken der Freiheit von den Höhen der Alleghenies in Pennsylvania läuten. Lass die Glocken von den schneebedeckten Gipfeln der Rockies in Colorado läuten. Lass die Glocken der Freiheit vom

Lookout Mountain in Tennessee läuten. Lass die Glocken der Freiheit von jedem Hügel und Maulwurfshügel in Mississippi läuten. „Von jedem Berghang - lass die Glocken der Freiheit läuten.“

Wenn dies geschieht, und wenn wir erlauben, dass die Glocken der Freiheit läuten und wenn wir sie von jedem Dorf und jedem Weiler, von jedem Staat und jeder Stadt läuten lassen, werden wir diesen Tag schneller erleben, wenn alle Kinder Gottes, schwarzer Mann und weißer Mann, Juden und Christen, Protestanten und Katholiken Hände halten können und die Worte des alten Neger-Spirituals „Endlich frei, endlich frei. Danke Gott, Allmächtiger, endlich frei“ singen.«

Wohin geht die Reise?

Georeferenzierung

Juliana Mausfeld, Hamburg

Wachsende Bedeutung

Das Thema „Georeferenzierung“ beschäftigt die amtliche Statistik seit einigen Jahren und nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Die Zuweisung raumbezogener Informationen, der Georeferenz, wird als Georeferenzierung, Geokodierung oder Verortung bezeichnet. Georeferenzierte Datenbestände enthalten zusätzlich zur Ortsangabe, wie z.B. Gemeinde oder Adresse, eine Koordinate in einem festgelegten Referenzsystem. Die so aufbereiteten Daten können in Geoinformationssystemen weiterverarbeitet werden, was eine Reihe von Vorteilen bietet: Sie

Rasterweite

Vorteile

- sind im Raum fest verortet,
- sichern Adresshistorie und bleiben von Adressänderungen und Gebietsreformen unberührt,
- sind unabhängig von administrativen Einteilungen,
- sind beliebigen nicht administrativen Gebieten und geografischen Gitterzellen zuordenbar,
- ermöglichen flexible räumliche Auswertungen,
- vereinfachen Zeitreihenanalysen und
- ermöglichen Verknüpfung/ Verschneidung mit anderen Fachdaten.

Schnittstellen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Der Aufbau derartiger Datenbestände erfordert verschiedene Arbeitsschritte wie etwa die Normierung von Adressen und Hauskoordinaten. Erfahrungen zeigen, dass dabei das Ausgangsdatenmaterial

qualitativ verbessert wird, da z.B. Postfachadressen durch Anschriften zu ersetzen sind, falsche Schreibweisen korrigiert und in der Örtlichkeit nicht vorhandene Adressen herausgefiltert werden.

Wie sieht der rechtliche Rahmen für Georeferenzierung in der amtlichen Bund-Länder-Statistik derzeit aus? Die Georeferenzierung der Betriebsstätte ist für die Landwirtschaftszählung 2010 sowie die Agrarstrukturerhebungen 2013 und 2016 per EU-Verordnung abgesichert. Die Straßenumfallstatistik und ausgewählte Umweltstatistiken dürfen ebenfalls geokodiert aufbereitet werden. Im Rahmen des E-Governmentgesetzes ist – noch in dieser Legislaturperiode – die Änderung des Bundesstatistikgesetzes geplant. Dort soll es in § 10 Abs. 2 künftig heißen: „Der Name der Gemeinde, die Blockseite und die geografische Gitterzelle dürfen für die regionale Zuordnung der Erhebungsmerkmale genutzt werden ...“ (Art. 10 Nr. 4 E-Government-Gesetz)¹. Für die Gitterzelle ist eine Mindestgitterweite von 100 x 100 m vorgesehen. In der Gesetzesbegründung wird darauf hingewiesen, dass an die amtliche Statistik des Bundes und der Länder Anforderungen für erweiterte Analysen und Darstellungen auch unterhalb der Gemeindegrenzen und die Flexibilität der Auswertungen der Auswertungen gestellt

werden.² Zudem wird befürchtet, dass Deutschland den Anschluss an die internationale Entwicklung verlieren könnte.³ In Europa hat sich 2009 das European Forum for Geostatistics (EFGS) gegründet. Die Aktivitäten des Forums werden von EuroStat gefördert. Im seinem Abschlussbericht⁴ vom März 2012 favorisiert das EFGS das geografische Gitter und die daraus abgeleitete Rasterkarte und schlägt eine Rasterweite von 1 km x 1 km vor. In 16 Europäischen Ländern ist die Zuordnung von Zensusergebnissen zu solchen Geografischen Gitterzellen möglich.

Dieses Konzept wird auf die amtliche Statistik von Bund, Ländern und Gemeinden Einfluss haben. Von der Städtestatistik wird derzeit ein erstes Untersuchungsprojekt „Rasterdatentest“ auf den Weg gebracht, in dem das Verhältnis von geografischen Gitterzellen zu kleinräumigen Gliederungen analysiert werden soll.⁵ Auf die Ergebnisse dürfen wir gespannt sein. Gleichzeitig ist zu klären, wer für welche Teilbereiche Veröffentlichungshoheit hat, und wo die Schnittstellen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden liegen.

Die amtliche Statistik des Bundes und der Länder sammelt nun erste Erfahrungen mit georeferenzierten Datenbeständen und geografischen Gitternetzen mit der Landwirt-

schaftszählung 2010. Die Veröffentlichungskonzepte werden derzeit in Bund-Länder-Gremien erarbeitet.

Noch ist nicht wirklich abzusehen, wo die Reise „Georeferenzierung“ und der Einsatz geografischer Gitterzellen hingehen wird. Das Thema wird die amtliche Statistik sicher noch längerfristig beschäftigen.

Anmerkungen

- 1 Referentenentwurf „Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ vom 5. März 2012
- 2 Vgl. Begründung zu Artikel 10 (Änderung des Bundesstatistikgesetzes, zu Nummer 1, zu Buchstabe a
- 3 Vgl. auch Endbericht der AG „Georeferenzierung von Daten“ des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten vom 12.12.2011
- 4 The European Forum for GeoStatistics – ESSnet project GEOSTAT 1A – Representing Census data in a European population grid, 2012
- 5 Vgl. „Welchen Einfluss haben europäische Entwicklungen auf die Städtestatistik?“, Neues vom KOSIS-Verbund Nr. 02/2012

Über Statistik:
Statistik verändert die Welt nicht, aber sie zeigt, wie die Welt sich verändert.

Die Frau, für die ich den Computer erfand

Zu früh gekommen

Martin Schlegel, Hagen

„Mein Leben wäre anders verlaufen und meine Firma hätte viel länger bestanden, wenn die Luftfahrtmanager ein wenig gescheiter gewesen wären, ein wenig fortschrittlicher, oder sagen wir's offener: mathematischer. Ausgerechnet die Flugmensen, die immer so modern tun und einen Tick hochnäsiger sind als andere. Das ist das Einzige, was mich noch juckt: Wie wir gescheitert sind, denen ein Gerät und ein Programm zur Sitzplatzreservierung zu verkaufen ... Wir waren die ersten, die vorgeschlagen haben, die Buchungen per Computer zu erledigen, über einen Zentralrechner und beliebig viele Zugangsterminals. Wie das heute gang und gäbe ist, wie das heute gar nicht mehr anders zu denken ist. Das haben wir den Fluggesellschaften angeboten, Siebenundfünfzig, Achtundfünfzig. Nur mit einer gab es ernsthafte Gespräche und fast einen Abschluss, mit der KLM, aber dann haben sie entschieden: Das schafft der Rechner nie.“

Das lässt Friedrich Christian Delius den EDV-Pionier Konrad Zuse in „**Die Frau, für die ich den Computer erfand**“ sagen. Dieses rororo-Buch ist keine Biographie, sondern ein Roman, beruht aber unter anderem auf Konrad Zuses autobiographischem „Der Computer – Mein Lebenswerk“.

Delius führt ein fiktives Gespräch mit dem Erfinder und beschreibt so dessen Lebenswerk, in der elterlichen Wohnung in Berlin beginnend:

„Die Eltern stimmen zu, geben ihr Sparbuch her, der Vater geht wieder arbeiten, das Wohnzimmer wird freigeräumt, nur der große Esstisch bleibt drin.“

Im Wohnzimmer bastelte Zuse dann unter Zuhilfenahme vieler Freunde seinen Z1, der vor nun 75 Jahren fertig war. Er arbeitete als erster Rechner mit binären Zahlen und besaß bereits ein Ein-/Ausgabewerk, ein Rechenwerk, ein Speicherwerk und ein Programmwerk, das die Programme von gelochten Kinofilmstreifen ablas.

Delius lässt Zuses Leben vorbeigleiten und lässt ihn auch sagen: „Was mich getroffen hat, war der Spruch des Schicksals: Du bist und bleibst der Zuführgewommene ... Das hat mich getroffen, und jahrzehntelang mochte ich kein Flugzeug sehen und konnte in kein Flugzeug steigen, ohne mich verhöhnt zu fühlen: Der Mann, der pleite machte, weil er zu früh die richtige Idee hatte.“

Mich hat diese Passage an Statistik erinnert. Dieses Zuse-Dilemma – zu früh – kennen wir doch auch: Wir berechnen die künftige Einwohnerentwicklung, prognostizieren Einwohnerverluste und werden von Politik und Verwaltung kritisiert. Das kann schon mal recht deutlich werden. Die ziehen unsere Qualifikation in Frage und halten uns vor, wir hätten weder den Bebauungsplan X, noch die Marketingmaßnahme Y und schon gar nicht das zukunftsweisende Projekt Z berücksichtigt.

Als Statistiker muss man Schimpf ertragen, den aber nicht als Schande verstehen.

Bürgerentscheid in Münster zur Namensgebung „Hindenburgplatz“¹

Ein alter Name auf der Kippe

Christa Ruten, Münster

Der Rat beschließt die Umbenennung

Ein Bürgerbegehren agiert dagegen

Anlass

In Münster lagen Ende des letzten Jahrzehnts eine Anzahl von Anträgen zur Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen aus Politik und Bürgerschaft vor, deren Namensgeber möglicherweise im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und dessen Unrechtstaten und Kriegsverbrechen stehen. Im Auftrag des Ältestenrates der Stadt Münster hat sich eine Kommission aufgrund politischer Anträge mit Namensgebern von Straßen befasst. Mitglieder der Kommission waren Vertreterinnen und Vertreter aller Ratsfraktionen, Oberbürgermeister Lewe als Vorsitzender und als wissenschaftliche Fachberater Prof. Thamer und Prof. Kenkmann. Die Kommission legte im Sommer 2011 Empfehlungen vor. Der Ältestenrat der Stadt Münster regte daraufhin eine Dialog- und Informationsphase bis zur Entscheidung durch die politischen Gremien an. Diese sollte

- über die Entstehung von Straßennamen informieren
- über die historischen Zusammenhänge von Straßenbenennungen aufklären
- spiegeln, wie neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Wandel von Geschichtsbildern führen können
- zeigen, wie die Personen der aktuell diskutierten Straßennamen sich gegenüber dem NS-Regime positioniert haben

Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren

- die Wege der Entscheidungsfindung transparent machen

Der Rat der Stadt Münster fasste am 21.03.2012 in öffentlicher Sitzung nach ausführlicher Beratung den Beschluss, den Hindenburgplatz in Schlossplatz umzubenennen (vgl. V/0178/2012). Gegen die beschlossene Umbenennung richtete sich das Bürgerbegehren „Pro Hindenburgplatz“. Die durch das Bürgerbegehren zur Entscheidung gebrachte Frage lautete:

„Soll der Ratsbeschluss vom 21.03.2012 über die Umbenennung des Hindenburgplatzes aufgehoben werden und damit der Platz den Namen Hindenburgplatz behalten?“

„Der Namensstreit um den größten Platz der Stadt löste eine einzigartige und leidenschaftliche Debatte über die historische Identität der Stadt aus, die monatelang in den Leserbriefspalten der Regionalzeitungen und während der Abstimmungskampagne über Faltblätter, Plakate und Internetseiten der beiden Namensgegner ausgetragen wurde. Eine solche stadtgeschichtliche Debatte hat es in der Bundesrepublik bisher noch nicht gegeben“²

Der Bürgerentscheid um die Rückbenennung des Schlossplatzes in Hindenburgplatz bildete den Höhepunkt der Debatte.

Rechtliche Grundlagen

Mit der in Nordrhein-Westfalen (NRW) 1994 geänderten Gemeindeordnung (GO) wurden die Instrumente „Bürgerbegehren“ und „Bürgerentscheid“ als neue Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Angelegenheiten eingeführt. Nach § 26 GO NRW können die Bürgerinnen und Bürger mit dem Bürgerbegehren beantragen, dass sie anstelle des Rates über eine Angelegenheit der Gemeinde mit einem Bürgerentscheid selbst entscheiden. Über den Weg eines Bürgerbegehrens bzw. eines Bürgerentscheides können die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt damit direkt Einfluss auf das Leben in ihrer Stadt nehmen. Hierbei können sie sich direkt an den Rat oder (in Angelegenheiten von bezirklicher Bedeutung) an eine Bezirksvertretung wenden. Dieses Gremium prüft dann, ob es dem Bürgerbegehren (1. Stufe) folgt. Entspricht das Gremium dem Bürgerbegehren nicht, kommt es zum Bürgerentscheid, d.h. die Bürgerinnen und Bürger entscheiden anstelle des Rates oder der Bezirksvertretung.

Für ein erfolgreiches Bürgerbegehren gelten folgende Voraussetzungen:

- Das Bürgerbegehren muss schriftlich als Frage formuliert sein, die mit „Ja“ oder

„Nein“ beantwortet werden kann.

- Es muss ausführen, wie die Kosten für den Abstimmungsgegenstand gedeckt werden sollen.
- Mindestens 4 % der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt müssen das Begehren unterzeichnen (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift). Bei einem Begehren an eine Bezirksvertretung liegt der Wert – je nach Einwohnerzahl im Stadtbezirk – zwischen 5 und 9 %.
- Stichtag für die Feststellung der erforderlichen Zahl der Unterzeichnenden des Bürgerbegehrens ist die am 31.12. des Vorjahres ermittelte Zahl der Bürgerinnen und Bürger (§ 8 Abs. 3 Hauptsatzung).
- Es müssen drei Personen genannt werden, die die Unterzeichnenden vertreten.

Ist das Bürgerbegehren zulässig und entspricht der Rat einem Bürgerbegehren nicht, muss innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Eine Entscheidung ist herbeigeführt, wenn eine Mehrheit mit „Ja“ bzw. „Nein“ stimmt. Die Mehrheit muss mindestens 10 % der Wahlberechtigten betragen. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit „Nein“ beantwortet.

Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

Das Bürgerbegehren „Pro Hindenburgplatz“ ist auf eine Angelegenheit der Gemeinde beschränkt (§ 26 Abs. 1 GO NRW), da sie inhaltlich vom Rat entschieden werden kann. Es ist dem Oberbürgermeister am 22.06.2012 persönlich in schriftlicher Form zusammen mit den Unterschriftenlisten

der das Begehren unterstützenden Bürgerinnen und Bürger übergeben worden. Zum Stichtag (31.12.2011) wurden 237.477 Wahlberechtigte ermittelt. Auf der Grundlage dieser Zahl beträgt das erforderliche 4 %-Quorum 9.499 Bürgerinnen und Bürger. Die Angaben werden von der Gemeinde geprüft (§ 26 Abs. 4 Satz 2 GO NRW).

Die Überprüfung der eingereichten Unterschriftenlisten durch die Verwaltung kam zu folgendem Ergebnis:

- Zahl der Unterzeichnenden: 16.756
- davon ungültige Unterschriften: 1.633
- gültige Unterschriften: 15.123

Das erforderliche Quorum von mindestens 9.499 gültigen Unterschriften war mit 15.123 testierten Unterstützungen erfüllt und deutlich übertroffen. Nach Prüfung aller Voraussetzungen hat der Rat am 27.06.2012 die Zulässigkeit des am 22.06.2012 eingereichten Bürgerbegehrens „Pro Hindenburgplatz“ festgestellt (vgl. V/0515/2012). Im Anschluss daran wurde mehrheitlich vom Rat beschlossen, dem Bürgerbegehren nicht zu entsprechen und den Ratsbeschluss vom 21.03.2012 nicht aufzuheben (vgl. V/0516/2012).

Verfahren

Da das Bürgerbegehren zulässig war und der Rat dem Begehren nicht entsprochen hat, musste innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Als Abstimmungstag wurde vom Abstimmungsleiter der 16. September 2012 festgesetzt. Alle Abstimmungsberechtigten erhielten eine Benachrichtigung

über die zur Entscheidung zu bringende Frage, den Abstimmungstag, die Abstimmungszeit und den Abstimmungsort. Beigefügt war eine Informationsbroschüre, in der die Auffassungen der Initiatoren des Bürgerentscheids sowie der Fraktionen des Rates und von Oberbürgermeister Markus Lewe zusammengefasst sind.³ Das Stadtgebiet wurde auf der Grundlage der Kommunalwahlbezirke in 66 Abstimmungsbezirke und 33 Briefabstimmungsbezirke eingeteilt. Die Abstimmungsräume entsprachen den üblichen Wahllokalen. Gemäß der Satzung der Stadt Münster über das Verfahren zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ist auch eine Briefabstimmung zulässig.

Ergebnis

An der Abstimmung zur Frage der Umbenennung des Hindenburgplatzes haben sich 95.827 der 237.727 abstimmungsberechtigten Münsteranerinnen und Münsteraner beteiligt. Die Abstimmungs-beteiligung betrug damit 40,3 %, eine für einen Bürgerentscheid in Münster hohe Beteiligung.⁴ Auf der Basis der Summe aller Abstimmungsbezirke und der Briefabstimmung ergab sich für die Stadt Münster folgendes endgültiges Abstimmungsergebnis:

Abstimmungsbeteiligung: 40%!

Tab. 1:
Stadt Münster
– Bürgerentscheid 16.09.2012 –
Abstimmungsergebnis

	Abstimmungsergebnis			
	Absolut	%		
	(1)	(2)	(3)	
Abstimmungsberechtigte	237.727	100,0	x	
Abstimmende	95.827	40,3	x	
Ungültige Stimmen	311	0,1	x	
Gültige Stimmen	95.516	40,2	100,0	
	davon entfielen auf			
	JA	38.800	16,3	40,6
	NEIN	56.716	23,9	59,4

Soll der Ratsbeschluss vom 21. März 2012 über die Umbenennung des Hindenburgplatzes aufgehoben werden und damit der Platz den Namen Hindenburgplatz behalten?
 Bürgerentscheid am 16.09.2012 in der Stadt Münster

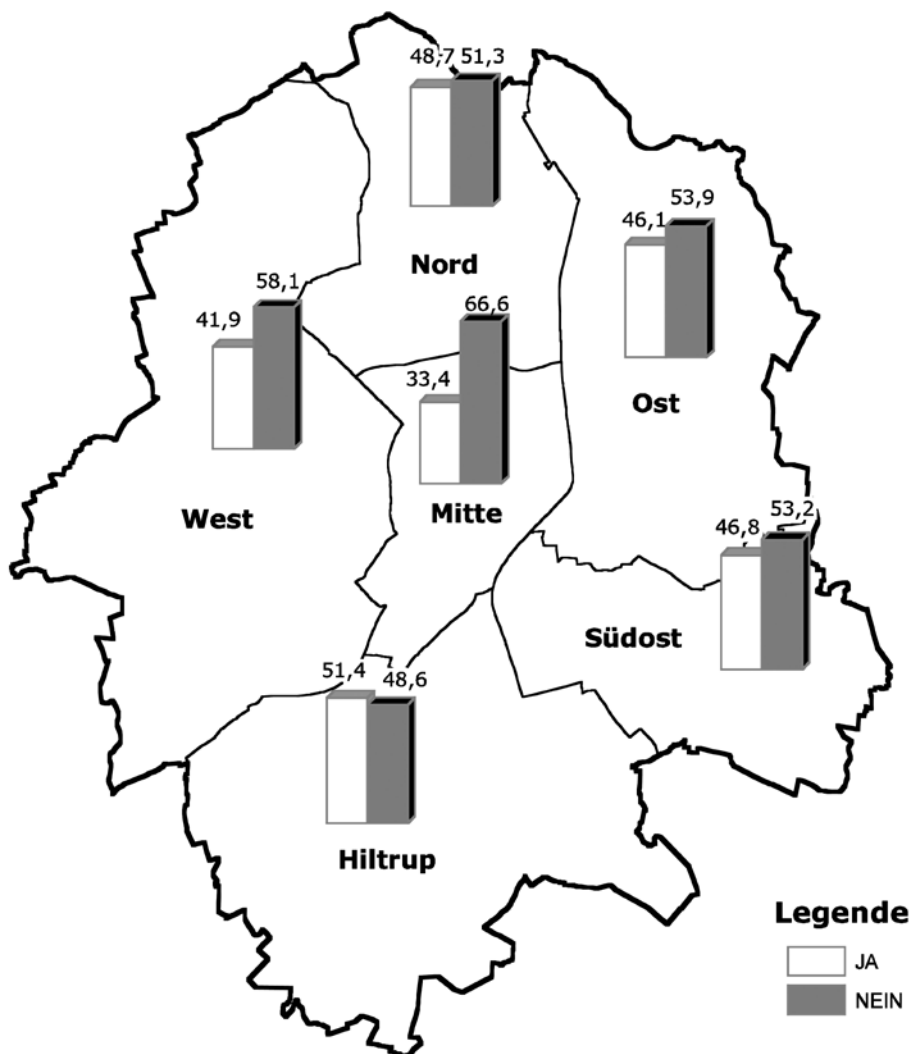


Abb. 1: Bürgerentscheid 2012 zum Hindenburgplatz – Stimmenanteile in Prozent der Abstimmungsberechtigten nach Stadtbezirken der Stadt Münster

Von den 95.516 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 40,6 % auf die Antwort „JA“ und 59,4 % auf „NEIN“.

Zwar wurde mit 38.800 „JA“-Stimmen das 10 %-Quorum von 23.773 notwendigen „JA“-Stimmen erreicht, allerdings sind mehr „NEIN“- als „JA“-Stimmen abgegeben worden, daher war der Bürgerentscheid im Sinne der Antragsteller nicht erfolgreich und die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz bleibt bestehen.

Nach Stadtbezirken ist im Stadtbezirk Mitte mit 66,6 % der höchste Anteil „NEIN“-Stimmen an den gültigen Stimmen zu verzeichnen. Entsprechend niedrig ist der Anteil der „JA“-Stimmen in diesem Stadtbezirk (33,4 %). Die wenigsten „NEIN“-Stimmen im Verhältnis zu den gültigen Stimmen insgesamt wurden im Stadtbezirk Hilstrup abgegeben, 48,6 %. Die Gegner einer Umbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz („JA“-Stimmen) gaben in diesem Stadtbezirk 51,4 % der Stimmen ab.

Mit Ausnahme des Stadtbezirks Hilstrup überwogen somit in allen Stadtbezirken die NEIN-Stimmen, d.h. die Befürworter einer Beibehaltung des Namens Schlossplatz.

Stadtbezirke Stadt Münster	Abstimmungs- berechtigte	in % der Abstimmungsberechtigten			
		Nicht beteiligt	Ja	Nein	ungültig
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Mitte	102 401	59,1	13,6	27,1	0,2
Nord	21 460	66,8	16,1	17,0	0,1
Ost	17 566	52,3	21,9	25,6	0,1
Südost	21 893	57,6	19,8	22,5	0,1
Hilstrup	29 631	62,7	19,1	18,1	0,1
West	44 776	59,5	16,9	23,5	0,1
Stadt Münster	237 727	59,7	16,3	23,9	0,1

Tab. 2: Ergebnisse des Bürgerentscheids am 16.09.2012 für die Stadt Münster und nach Stadtbezirken

Nachfolgend wird das Verhältnis der „JA“- und „NEIN“-Stimmen zu allen Abstimmungsberechtigten betrachtet. Damit wird verdeutlicht, inwieweit sich das Quorum von 10 % der Abstimmungsberechtigten auch auf Ebene der Stadtbezirke wiederfindet.

Die Auswertung nach Stadtbezirken in Tabelle 2 zeigt, dass in allen Bezirken das Quorum von 10 % sowohl bei den „NEIN“- wie auch bei den „JA“-Stimmen der Abstim-

mungsberechtigten erreicht wird. Den höchsten Anteil bei den „NEIN“-Stimmen erreicht dabei der Stadtbezirk Mitte mit 27,1 % „NEIN“-Stimmen. Der geringste Wert bei den „NEIN“-Stimmen ist im Stadtbezirk Nord festzustellen, wo 17,0 % der Abstimmungsberechtigten mit „NEIN“ stimmten. Der Wert für „JA“ beträgt für Nord 16,1 %.

Sowohl bei den „JA“-Stimmen wie auch bei den „Nein“-Stimmen wurde in allen Stadtbezirken das Quorum erreicht. Da aber die Zahl der NEIN-Stimmen überwog, wurde das Anliegen des Bürgerentscheids nicht erreicht.

Mit dem Ergebnis des Bürgerentscheids ging eine sehr intensive Debatte in der Stadtgesellschaft zu Ende.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag stützt sich auf Stadt Münster (Hrsg): „Bürgerentscheid 16.09.2012“, Beiträge zur Statistik 115 (http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/Beitraege_zur_Statistik_Nr_115.pdf), hier sind noch weitere u.a. kleinräumige Ergebnisse aufgeführt. Zusätzliche Informationen sind dem Internetangebot der Stadt Münster „Straßennamen in der Diskussion“ (<http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/index.html>) entnommen worden.
- 2 Prof. Dr. Wilhelm Ribhegge: Schlaun schlägt Hindenburg, Westfälische Nachrichten 08.12.2012
- 3 Siehe zur Informationsbroschüre auch Stadt Münster „Bürgerentscheid 16.09.2012“, Beiträge zur Statistik 115, Anhang (http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/Beitraege_zur_Statistik_Nr_115.pdf).
- 4 Beim Bürgerentscheid 1996 betrug die Beteiligung 33,9 %, beim Bürgerentscheid 2002 beteiligten sich 31,6 % der Abstimmungsberechtigten und am Bürgerentscheid 2008 45 %. Informationen hierzu enthalten der Statistische Bericht 4/1996, Seite 22 ff. und die Beiträge zur Statistik Nr. 81 und 104.



Abb. 2:
Intensive Debatte in der Stadtgesellschaft über die Umbenennung des „Hindenburgplatzes“ in „Schlossplatz“
(Foto: Thomas Hauff, 14.09.2012)

Abb. 3:
Schloss und Schlossplatz in Münster
(Quelle: Vermessungs- und Katasteramt der Stadt Münster)

Einkommensverteilung zwischen Großstadt und Region

Deutliche Unterschiede

Werner Münzenmaier, Stuttgart

Wie verteilen sich in wirtschaftsstarke Regionen Wirtschaftskraft, Kaufkraft und Einkommen auf die Kernstadt und die umliegenden Kommunen?

Gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Städten und den Regionen? Diesen Fragen wird hier für Hamburg, München, Düsseldorf, Frankfurt am Main und Stuttgart sowie ihren Regionen nachgegangen, wobei die Region die Summe aus Großstadt und Umland bildet. Die Untersuchung geschieht anhand von vier Pro-Kopf-Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen VGR¹.

Es handelt sich hierbei zunächst um zwei produktionsortbezogene Größen, nämlich

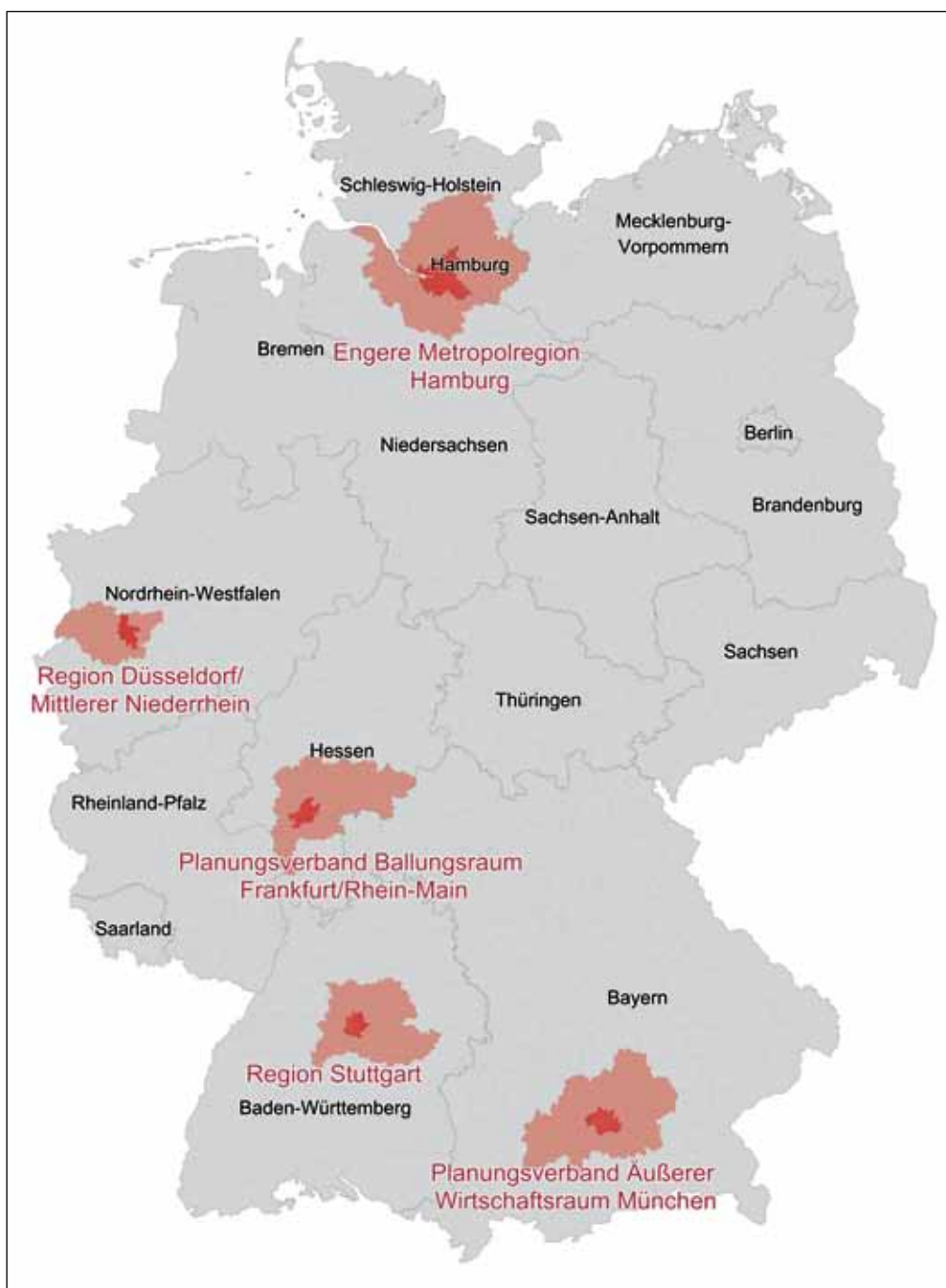
- das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, also die Arbeitsproduktivität, die auch als Indikator für die regionale Wirtschaftskraft steht, und

- das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, das die Höhe der individuellen Arbeitskosten bzw. der erzielten Arbeitseinkommen am Produktionsort ausdrückt.

Hinzu kommen zwei wohnortbezogene Indikatoren, nämlich

- das Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner, also die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, und
- das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner, das sich aus dem Primäreinkommen durch Abzug der direkten Steuern und bezahlten Sozialversicherungsbeiträge sowie sonstiger laufender Transfers sowie Hinzufügen empfangener Sozialleistungen und laufender Transfers ableitet und allgemein als Indikator für die regionale Kaufkraft gilt.

Karte

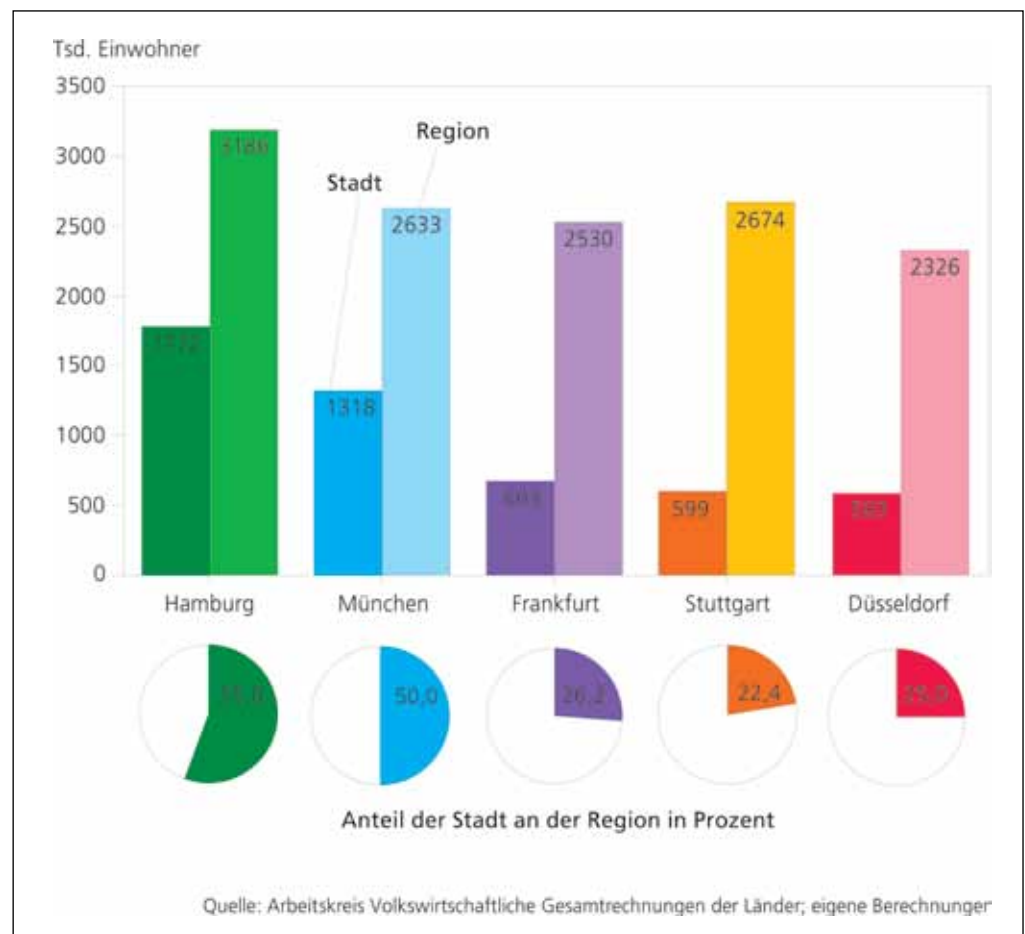


Durch Bezugnahme auf die Kreisergebnisse der VGR der Länder haben diese Indikatoren verschiedene **inhaltliche Vorzüge**, nämlich eine umfassende Betrachtung aller Wirtschaftsbereiche bzw. das Einbeziehen aller relevanten ökonomischen Vorgänge, die Ermittlung entsprechend einer einheitlichen Methode durch den AK VGR der Länder und schließlich die Möglichkeit internationaler Vergleiche.

Dem stehen allerdings Nachteile gegenüber, die sich aus der Ermittlung dieser Größen ergeben, nämlich die **Schlüsselung** von Länderwerten, allerdings in tiefer sektoraler Gliederung und mit Hilfe ökonomisch sinnvoller Schlüsselgrößen. Dadurch weisen die Kreisergebnisse der VGR eine geringere Datenqualität auf als die Landes- oder gar Bundesergebnisse.

Als Untersuchungsjahr wurde das Jahr 2008 gewählt, obwohl zwischenzeitlich auch Werte für 2009 vorliegen. Da das Jahr 2009 jedoch die stärkste Rezession der deutschen Nachkriegsgeschichte markiert und insoweit für strukturelle Untersuchungen zu Verwerfungen führen kann, wird hier auf das „konjunkturelle Normaljahr“ 2008 Bezug genommen. Überdies sind die Kreisdaten für 2008 statistisch besser abgesichert, da sie aus originär berechneten Länderwerten abgeleitet sind.

Die Namen und die geographische Lage der fünf betrachteten Regionen bzw. ihrer jeweiligen Kernstadt sind aus nachstehender **Karte** ersichtlich. Hierbei handelt es sich um Regionalverbände, die – abgesehen vom Regionalverband FrankfurtRheinMain² – jeweils kreisscharf abgrenzbar sind und regionalplanerische Bedeutung haben, wenngleich



in unterschiedlichem Ausmaß. Abgesehen von Düsseldorf liegt im Prinzip die Kernstadt in der Mitte der umliegenden Stadt- und Landkreise und markiert so auch geographisch die enge Beziehung zwischen Kernstadt und Region.

Abbildung 1 beschreibt die Größe der Städte und der Regionen anhand der Zahl ihrer Einwohner. Deutlich wird ein starkes Gefälle der Städte – Hamburg ist etwa dreimal so groß wie Stuttgart oder Düsseldorf, München etwa doppelt so groß wie Frankfurt, Stuttgart oder Düsseldorf. Demgegenüber weisen die Regionen deutlich geringere Unterschiede bei den Einwohnerzahlen auf, insbesondere ist die Bevölkerung in den Regionen Stuttgart, München und Frankfurt ungefähr gleich groß. Entsprechend unterschiedlich hoch ist der Anteil der Kern-

städte an den Regionen mit etwa einem Viertel in Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart bzw. der Hälfte und mehr in Hamburg und München.

Auch beim Bruttoinlandsprodukt (**Abbildung 2**) zeigt sich ein starkes Gefälle bei den Städten, dagegen eine größere Homogenität bei den Regionen. Im Vergleich zu den Einwohnerzahlen ist der Anteil der Kernstädte an den Regionen bei diesem zentralen Wirtschaftsindikator deutlich höher, bedingt und in Abhängigkeit von Abweichungen im Produktivitätsniveau und im Pendlerverhalten.

In **Abbildung 3** ist die Situation in den Städten und in den Regionen für die vier Indikatoren dargestellt. Auffallend ist zunächst, dass die Pro-Kopf-Werte aller Städte und aller Regionen den nationalen

Abb. 1:
Zahl der Einwohner in
fünf Großstädten und ihren
Regionen 2008

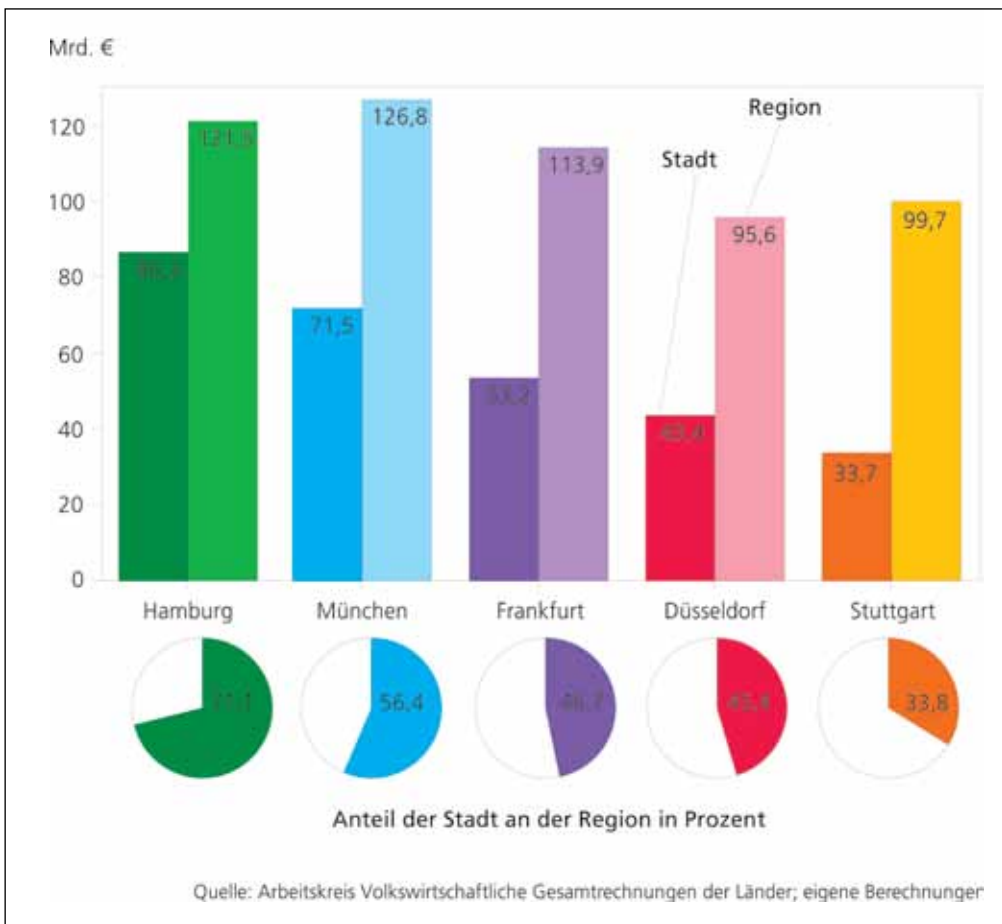


Abb. 2: Bruttoinlandsprodukt in fünf Großstädten und ihren Regionen 2008

Durchschnitt übertreffen, zum Teil sogar recht deutlich. Ebenso liegen die Indikatoren für die Stadt meist über dem Durchschnitt ihrer jeweiligen Region, Ausnahmen bilden lediglich das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen für München und die Einkommen je Einwohner für Frankfurt.

BIP je Einwohner

Beim **Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen** erlangten 2008 die beiden Städte Düsseldorf und Frankfurt die höchsten Werte, vor allem wegen der dort großen Bedeutung kapitalintensiver privater Dienstleistungen wie Banken und Versicherungen, Immobilienwirtschaft und unternehmensbezogene Dienstleistungen. Die unter den fünf Städten geringste Produktivität Stuttgarts erklärt sich durch deren starke Ver-

ankerung im Verarbeitenden Gewerbe, das deutlich arbeitsintensiver ist als die genannten privaten Dienstleistungen, und zwar auch bei den Stuttgart prägenden hochtechnisierten Industriebereichen wie Automobilbau, Elektrotechnik und Maschinenbau.

Unter den Regionen liegt die Region Stuttgart ebenfalls nur an fünfter Stelle. Führend sind die Regionen Frankfurt, überwiegend wegen der Stadt Frankfurt, sowie München, auch wegen einiger hochproduktiver Landkreise der Region München.

Entgelt je Arbeitnehmer

Beim **Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer** rückt Stuttgart, das beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen noch ganz hinten lag, vor

allem wegen der hohen Löhne und Gehälter im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auf den zweiten Platz hinter Frankfurt und noch vor München. Die beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen führende Stadt Düsseldorf belegt dagegen beim Pro-Kopf-Arbeitnehmereinkommen nur den letzten Platz unter den fünf betrachteten Städten. Für die Regionen ergibt sich ungefähr die gleiche Reihenfolge wie bei den sie maßgeblich bestimmenden Städten.

Primäreinkommen je Einwohner

Beim Übergang vom produktionsortbezogenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zum wohnortbezogenen **Primäreinkommen je Einwohner** erfolgen bemerkenswerte Rangverschiebungen, vor allem bei den Städten. So fällt Frankfurt vom ersten auf den fünften und damit letzten Platz zurück, ebenso hat die Stadt Stuttgart Rangverluste (von zwei auf vier) zu verkraften. Demgegenüber steigen die Städte München (von Platz drei auf Platz eins) und vor allem Düsseldorf (vom letzten Platz fünf auf Platz zwei) auf. Die Stadt Hamburg rückt von der vierten auf die dritte Stelle vor.

Unter den Regionen dominiert München, nicht zuletzt wegen hoher Einkommen in den Landkreisen Starnberg und München sowie in der Stadt München selbst. Demgegenüber liegt das Einkommensniveau der Regionen Stuttgart, Hamburg und Frankfurt ungefähr auf gleichem Niveau, und zwar noch vor der Region Düsseldorf.

Bemerkenswerterweise ist das Gefälle zwischen Stadt und Regionsdurchschnitt zumeist

Düsseldorf und Frankfurt führen

gering, lediglich die Stadt Düsseldorf überragt den Wert ihrer Region in nennenswertem Umfang. Die Stadt Frankfurt am Main liegt sogar leicht unter dem Regionsdurchschnitt.

Es sind im Wesentlichen zwei Ursachen, mit denen sich die genannten Rangverschiebungen beim Übergang vom Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zum Primäreinkommen je Einwohner für die fünf Städte erklären lassen: Zum einen werden im Primäreinkommen neben dem – grundsätzlich dominierenden – Arbeitnehmerentgelt weitere Einkommen erfasst, so aus selbstständiger Tätigkeit und Tätigkeit als Einzelunternehmer, aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalerträgen. Zum anderen erfolgt ein Wechsel von der Arbeitsort- zur Wohnortbetrachtung. Im interregionalen Vergleich werden dabei Unterschiede im Pendlerverhalten der Berufstätigen relevant, und zwar im Umfang, in der Richtung und vor allem bezüglich der Einkommenshöhe der Pendler. So gibt es Städte, in denen zwar gut bezahlte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, die dort gut verdienenden Arbeitnehmer aber aus unterschiedlichen Gründen eine andere Gemeinde als Wohnort gewählt haben. Umgekehrt sind viele Großstädte als Wohnort für gut Verdienende attraktiv, die entweder in der Stadt selbst oder in umliegenden Kommunen gute Verdienstmöglichkeiten haben.

Der Umfang der Berufseinpender hat – netto betrachtet – in den beiden Millionenstädten Hamburg und München relativ geringe Bedeutung, wohingegen sich die Städte Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart durch eine hohen Zahl von Berufseinpender

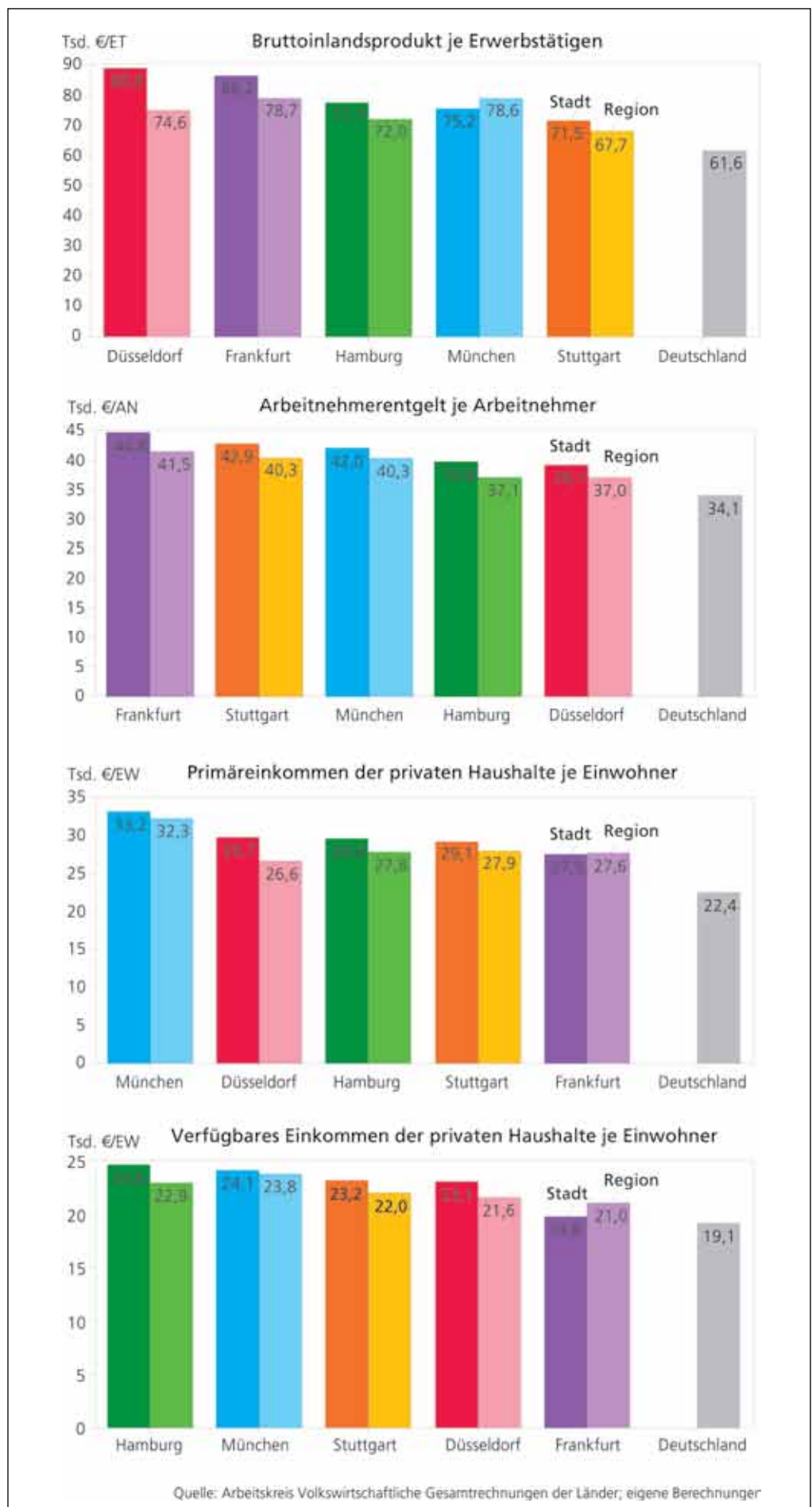


Abb. 3: Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in fünf Großstädten und ihren Regionen 2008

lern insbesondere aus den umliegenden Kommunen auszeichnen. Dabei wohnen besonders im Falle von Frankfurt, aber Stuttgart, viele dort gut verdienende Arbeitnehmer außerhalb dieser Städte, dagegen sind München, Hamburg und Düsseldorf auch als Wohnge- meinde für Menschen mit höherem Einkommen besonders beliebt.

Die gemeinhin mit dem Begriff „Speckgürtel“ umschriebene Situation von Großstädten wie vor allem Frankfurt und Stuttgart ist im Einzelnen al-

lerdings sehr differenziert zu betrachten. Beispielsweise stellen innerhalb der Region Stuttgart nicht nur die Stadt Stuttgart selbst, sondern auch einzelne Städte, wie zum Beispiel Böblingen und Sindelfingen im Landkreis Böblingen, wirtschaftliche bzw. industrielle Zentren dar, deren dort gut verdienende Arbeitnehmer in merklichem Umfang außerhalb dieser Städte leben. Dadurch weisen einzelne Gemeinden im Umfeld dieser wirtschaftlichen Zentren überdurchschnittlich hohe Einkommen auf, abzulesen aus einem großen Anteil einkommensstarker Steuerpflichtiger³. Auf der Ebene der Kreise der Region Stuttgart nivellieren sich diese Effekte und sind demzufolge aus den VGR-Kreisdaten nicht mehr klar ersichtlich. Dies führt im Falle Stuttgarts dazu, dass die Region beim Pro-Kopf-Primäreinkommen an die zweite Stelle hinter die Region München rückt, dagegen die Stadt Stuttgart auf den vierten Platz abrutscht, aber dennoch die Stadt den Regionsdurchschnitt übertrifft. Im Übrigen lagen die Einkommen in der Stadt Stuttgart in früheren Jahren näher am oder sogar unter dem Regionsdurchschnitt; das Aufholen der Stadt ist auch darauf zurückzuführen, dass gerade in den letzten Jahren die Attraktivität von größeren Städten für gut verdienende Menschen zugenommen hat.

Verfügbare Einkommen je Einwohner

Für das **Verfügbare Einkommen je Einwohner** zeigen sich in Abbildung 3 teilweise abweichende Rangfolgen im Vergleich zum Primäreinkommen je Einwohner, überwiegend wegen unterschiedlich

hoher empfangener Transferleistungen. Insbesondere dadurch rückt Hamburg unter den Städten an die erste Stelle vor München und überholt auch Düsseldorf. Frankfurt am Main verliert gegenüber den anderen Städten weiter an Boden und liegt bei der Kaufkraft nun sogar unter dem Durchschnitt der eigenen Region bzw. ist nicht mehr weit vom nationalen Durchschnitt entfernt.

Auch bei den Regionen hat Hamburg aufgeholt und sich hinter der Region München an die zweite Stelle gesetzt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Statistische Ämter der Länder: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 2, Kreisergebnisse, Band 1: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 bis 1994 bis 2009 (Berechnungsstand: August 2010), Stuttgart 2011; Band 2: Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2009 (Berechnungsstand: August 2010), Stuttgart 2011; Band 3: Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2009 (Berechnungsstand: August 2010), Stuttgart 2011.
- 2 Der Regionalverband Frankfurt RheinMain (frühere Bezeichnung: Planungsverband Frankfurt/Rhein-Main) umfasst neben den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Offenbach am Main noch die Landkreise Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis und Offenbach, außerdem ausgewählte Städte und Gemeinden der Landkreise Main-Kinzig-Kreis, Wetterau-Kreis und Landkreis Groß-Gerau.
- 3 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Pressemitteilung Nr. 235/2012 vom 24. Juli 2012: Begehrter Speckgürtel: Steuerpflichtige mit höheren Einkommen leben bevorzugt im Umland der Arbeitsplatzzentren, Graphik

Tauben

Andreas Hämer, Grosrosseln

Ob die Tauben
selbst wohl glauben,
was sie gurren?
Ich möcht' murren:
Muss das sein, so früh am Tag?
Solch ein Frieden
kann ermüden
und verleiten
die Gescheiten
selbst zum Zorn, zum ersten Schlag.
Wozu quälen?
Atem zählen!
Lass sie girren,
diese Irren
nebenan auf ihrem Baum!
Ich entschwebe,
als enthöbe
mich's der Rache...
Ich erwache.
War da nicht ein Friedenstraum?

Fehlen in Mitteldeutschland Fachkräfte?

Michaela Fuchs, Halle; Antje Weyh, Chemnitz¹

Mitteldeutschland – also die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – ist innerhalb Deutschlands in besonders starkem Maße vom demografischen Wandel betroffen. Der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung bringen für den Arbeitsmarkt einen Einbruch bei den Auszubildenden sowie eine älter werdende Belegschaft mit sich. Das Angebot an Arbeitskräften wird fast überall sinken. Gleichzeitig dürfte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften aufgrund des sektoralen und qualifikatorischen Strukturwandels weiter zugunsten der mittel- und hochqualifizierten Beschäftigten verschieben (vgl. Zika u. a. 2012).

Dieser Beitrag beschreibt die Ausgangssituation auf dem Arbeitsmarkt in Mitteldeutschland und die Folgen der demografischen Entwicklung für das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Frage, ob und in welchem Ausmaß angesichts der teils immer noch recht hohen Arbeitslosenzahlen ein Engpass an Fachkräften schon existiert bzw. eintreten kann. Wie könnte dieser gemessen werden? Welche Berufsfelder sind besonders betroffen? Und kann man anhand des Lohnes, der als zentraler Ausgleichsmechanismus zwischen An-

gebot und Nachfrage wirken sollte, auf Fachkräftengpässe schließen?

Wirkung des demografischen Wandels

Für die künftige Entwicklung der Bevölkerung in den 16 Bundesländern bietet die 12. koordinierte Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes fundierte Prognosen (vgl. Statistisches Bundesamt 2010). Im Zeitraum von 2010 bis 2025 wird hiernach deutschlandweit die Zahl der Einwohner um 2,8 Millionen oder um 3,4 % zurückgehen (vgl. Tabelle 1). Die drei mitteldeutschen Bundesländer werden in besonders starkem Ausmaß betroffen sein. Hier wird die Zahl der Einwohner von noch 8,7 Millionen im Jahr 2010 auf 7,7 Millionen im Jahr 2025 sinken, was einem Rückgang um 11,5 % entspricht.

Damit ist mehr als ein Drittel des deutschlandweiten Bevölkerungsrückgangs auf die Veränderungen in den drei Bundesländern zurückzuführen. Das unterstreicht in besonderem Maße die starke Ausprägung des demografischen Wandels in Mitteldeutschland. Die für den Arbeitsmarkt relevante Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, welche hier die 15- bis unter 65-Jährigen umfasst, dürfte in Mitteldeutschland mit bis zu -24,7 % im Fall Sachsen-Anhalts noch wesentlich stärker sinken als die Gesamtbevölkerung. Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt unumgänglich (vgl. Fuchs, Sujata und Weyh 2010, 2011 sowie Fuchs u. a. 2011).

Die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland wird im Gegensatz zu derjenigen in Westdeutschland ganz besonders durch den drastischen

**Erhebliche
Einwohnerverluste**

Einwohner im erwerbsfähigen Alter: -25%

Tab. 1:
Entwicklung der Bevölkerung insgesamt und im erwerbsfähigen Alter 2010 bis 2025

Region		2010	2025	Veränderung
		(in Millionen)		(in Prozent)
Bevölkerung insgesamt	Sachsen	4,140	3,778	-8,8
	Sachsen-Anhalt	2,325	1,977	-15,0
	Thüringen	2,222	1,934	-12,9
	Ostdeutschland	16,238	14,889	-8,3
	Westdeutschland	65,299	63,866	-2,2
	Deutschland	81,537	78,754	-3,4
Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren	Sachsen	2,644	2,186	-17,3
	Sachsen-Anhalt	1,510	1,137	-24,7
	Thüringen	1,461	1,120	-23,3
	Ostdeutschland	10,699	8,840	-17,4
	Westdeutschland	43,156	39,907	-7,5
	Deutschland	53,855	48,747	-9,5

Quelle: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 1–W1; eigene Berechnungen.

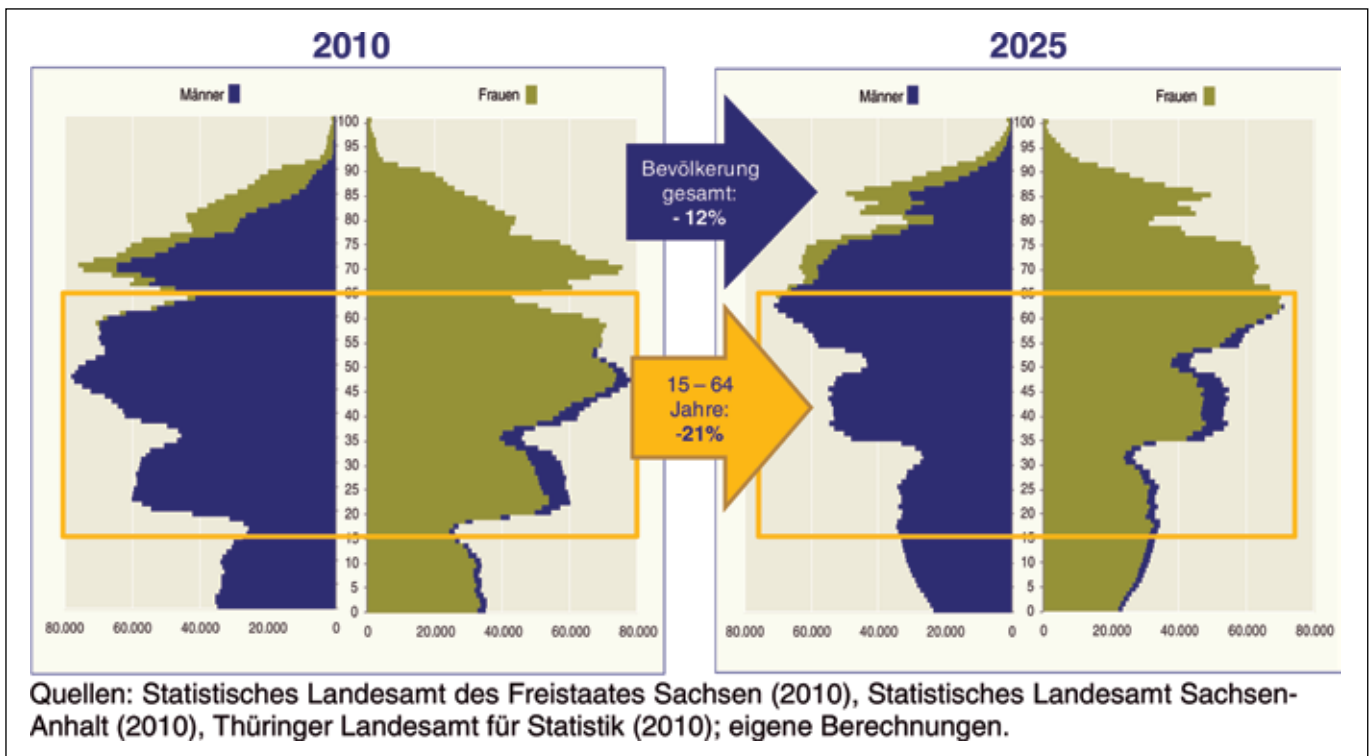


Abb. 1:
 Aufbau der Bevölkerung
 in Mitteldeutschland
 nach Alter und Geschlecht,
 2010 und 2025

Größere Städte gewinnen

Trend zur Höherqualifizierung

Einbruch der Geburtenzahlen in der Nachwendezeit geprägt. Zudem fanden zwischen 1989 und 1992 extreme Wanderungsbewegungen statt. Hierin spiegeln sich unter anderem die unsicheren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt wider, die insbesondere die Abwanderung zu Bildungs- und Berufszwecken befördert haben. Dementsprechend wanderten in der Vergangenheit besonders viele Personen zwischen 18 und 50 Jahren aus, und hier vor allem junge Frauen (vgl. Kubis und Schneider 2007, 2008), was im Altersaufbau der Bevölkerung nach einzelnen Altersjahren besonders deutlich wird.

Abbildung 1 zeigt die Schrumpfung und gleichzeitige Alterung der Bevölkerung in Mitteldeutschland. Während im Bevölkerungsbaum für das Jahr 2010 die obere Einkerbung bei den heute 65-Jährigen, also den um 1945 Geborenen, durch den 2. Weltkrieg und auch der „Pillenknick“ bei den um 1975 Geborenen in beiden Landesteilen sichtbar

wird, ist der „Wendeknick“ von Anfang der 90er Jahre nur in Ostdeutschland zu beobachten. Die Zahl der Geburten hat sich halbiert, und das bedingt natürlich langfristige Folgen. Zudem werden die 2010 noch stark besetzten Jahrgänge der 40- bis unter 60-Jährigen in 2025 nahe dem Renteneintrittsalter bzw. schon in Rente sein. Aufgrund der weiterhin steigenden Lebenserwartung leben sie im Durchschnitt aber länger als die vergleichbaren Altersgruppen 2010. Die „Nachwende“-Generation ist 2025 Anfang bis Mitte 30. Aufgrund der geringen Zahl potenzieller Mütter sinkt damit die jährliche Geburtenzahl trotz der Annahme steigender Geburtenziffern weiter.

Zusätzlich zu diesen rein quantitativen Veränderungen des Arbeitskräfteangebots wird sich in qualitativer Hinsicht der Trend zur Höherqualifizierung weiter fortsetzen (vgl. Zika u.a. 2012 und Bonin u.a. 2007). Insbesondere Regionen mit einer schwachen Humankapi-

talbasis sind dann umso mehr auf die Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials an Arbeitskräften und auf qualifizierte Zuwanderer angewiesen. Vornehmlich die größeren (Universitäts-)Städte wie z.B. Leipzig stehen hier deutlich besser da als andere Regionen Mitteldeutschlands, denn Leipzig hat seit Jahren einen positiven Wanderungssaldo, der vor allem durch den Zuzug jüngerer und mittlerer Altersgruppen geprägt ist (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2011, S. 47). Zudem kann die Stadt Leipzig auch auf eine Vielzahl an Bildungseinrichtungen zurückgreifen, die einen möglichen Bedarf an hochqualifizierten Mitarbeitern decken könnten. Voraussetzung dafür ist freilich, dass den Absolventen auch attraktive Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund des sehr stark ausgeprägten demografischen Wandels in Mitteldeutschland schließt man in der Öffentlichkeit sehr schnell auf einen in der Zukunft noch

sich verschärfenden Fachkräftemangel in dieser Region. Aus ökonomischer Sicht gibt es aber keine ganzen Regionen umfassenden Fachkräftemangel und wird es auch in Zukunft nicht geben. Vielmehr ergeben sich für einzelne wenige Berufe in einzelnen Regionen Arbeitskräfteengpässe, die schon heute sichtbar sind. Der Beitrag widmet sich diesen Engpassberufen und diskutiert die Indikatoren, die vielfach genutzt werden, um Arbeitskräfteengpässe zu identifizieren.

Gibt es schon einen Fachkräftemangel?

Zunächst muss der Begriff des Fachkräftemangels definiert werden. Was ist unter einer Fachkraft und einem Mangel zu verstehen? Sowohl für eine Fachkraft als auch für einen Fachkräftemangel gibt es keine allgemeingültige Definition. Die Existenz eines Mangels setzt immer voraus, dass man einen bestimmten Mindestbedarf einer Sache festlegen kann. Das ist beim Thema Fachkräfte äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich (vgl. Brunow und Garloff 2011). Deswegen sprechen wir auch in unseren Analysen von Arbeitskräfteengpässen.

Eine Vielzahl an Studien zum Thema Fachkräftebedarf orientiert sich zumeist an nur einer Marktseite. Insbesondere die Argumentation, dass der demografische Wandel Fachkräfteengpässe hervorruft, folgt dieser einseitigen Betrachtungsweise. Demografische Veränderungen haben nämlich nicht nur Auswirkungen auf die Arbeitsangebotsseite, sondern auch auf die Arbeitsnachfrageseite. Die Bevölkerung einer Region fungiert nicht nur

als Arbeitskräfteangebot, sondern auch als Nachfrager nach Produkten und Dienstleistungen. Wenn in einer Region dann entsprechend weniger Einwohner leben, ein Betrieb hauptsächlich für die lokale Wirtschaft produziert und kaum Konkurrenz existiert, muss dieser Betrieb auch weniger Waren herstellen. Dafür werden weniger Arbeitskräfte benötigt. Sicher ist diese Betrachtung stark vereinfacht, sie illustriert aber das Manko vieler Untersuchungen zum Fachkräftebedarf.

Versuch der Quantifizierung

Ein Teil der Aussagen zu Fachkräftebedarfen geht auf Betriebsbefragungen zurück, wie z.B. die Fachkräftemonitore der Industrie- und Handelskammern, das IAB-Betriebspanel oder die Erhebung des IAB zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot. Ein weiterer Teil der Studien wertet Sekundärstatistiken aus. Indikatoren, die dabei u.a. verwendet werden, umfassen z.B. Beschäftigungstrends, Veränderungen bei der Zahl und der Vakanzzeit gemeldeter offener Stellen, Arbeitslosenzahlen oder auch die Altersstruktur der Beschäftigten (vgl. Brunow, Fuchs und Weyh 2012).

Im Folgenden analysieren wir diese Indikatoren auf Ebene der Berufsordnungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Dazu verwenden wir Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) für gemeldete offene Stellen, für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose sowie die Entgeltstatistik.

1. Engpassanalyse

Die erste Gruppe an Indikatoren basiert auf der Engpass-

analyse der Statistik der BA (vgl. Hartmann und Reimer 2011). Als zentraler Indikator dient die abgeschlossene Vakanzdauer der bei der BA gemeldeten offenen sozialversicherungspflichtigen Stellen und deren Veränderung im entsprechenden Zielberuf. Eine Engpasssituation wird dann definiert, wenn in einer Region in einem bestimmten Beruf die abgeschlossene Vakanzdauer um 40 % höher liegt als im Durchschnitt aller Berufe in Deutschland. Der zweite Indikator betrifft die Veränderung der abgeschlossenen Vakanzdauer im entsprechenden Beruf. Wenn diese mehr als 10 Tage über dem Durchschnitt aller Berufe in Deutschland liegt, wird ein Engpass angenommen.² Eine Problematik allerdings, die in diesem Zusammenhang eine hohe Relevanz besitzt, ist die Tatsache, dass der BA nur etwa 39 % aller offenen Stellen gemeldet werden und diese Stellen auch im Hinblick auf die zugrunde gelegten Qualifikationsniveaus verzerrt sind (vgl. Hartmann und Reimer 2011, S. 8).

2. Beschäftigungstrends

Zwei weitere Indikatoren beziehen sich auf die Beschäftigungsentwicklung in der Vergangenheit. Der kurzfristige Beschäftigungstrend umfasst die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (gezählt am Arbeitsort) zwischen 2010 und 2011 nach Berufsordnung und Region. Der mittelfristige Beschäftigungstrend berücksichtigt hingegen die Entwicklung zwischen 2006 und 2011. Ein Mangel wird hier definiert, wenn der jeweilige Wert in einer bestimmten Region in einem Beruf über dem Durchschnitt aller Berufe in der entsprechenden Region liegt.

regional- und branchenbezogene Engpässe

Definition Fachkräftemangel

Problematisch hierbei können jedoch Trendumkehren sein, die systemimmanent sind, wie z.B. der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009.

3. Ältere Beschäftigte

Als fünften Indikator nutzen wir den Anteil älterer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (55 bis unter 65 Jahre) an allen Beschäftigten. Dieser Indikator soll einen möglichen Ersatzbedarf repräsentieren. Er ist zuverlässig, wenn ein aus dem Erwerbsleben ausgeschiedener Beschäftigter 1:1 ersetzt werden soll. Vielfach ist dies allerdings nicht der Fall. Berufe mit einem statistisch hohen Ersatzbedarf sind zumeist nicht diejenigen, die sich dynamisch entwickeln und in Zukunft eine hohe Nachfrage erwarten lassen. Vielmehr sind es solche Berufe, die „vom Aussterben bedroht sind“ (Freeman 2006). Weiterhin ist dieser Indikator in bestimmten Berufsgruppen irreführend, in denen aus verschiedenen Gründen keine Älteren beschäftigt sind. Ein typisches Beispiel wären

Bergbauberufe, in denen viele Beschäftigte bereits mit 50 Jahren das Erwerbsleben beenden. Gleichfalls arbeiten auch in neu entstandenen Berufen, wie z.B. dem des Mechatronikers, kaum ältere Beschäftigte.

4. Potenzial an Arbeitskräften

Zwei weitere Indikatoren bestimmen das in Frage kommende Potenzial an Arbeitskräften von Seiten der Arbeitslosen. Zum einen dürfen für die Bezeichnung eines Berufes als Engpassberuf maximal drei Arbeitslose je gemeldete offene Stelle bei der BA registriert sein. Zum anderen ziehen wir den berufsspezifischen Arbeitslosenquotienten heran. Er soll, ähnlich wie das Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten offenen Stellen, das vorhandene Potential in der Berufsgruppe repräsentieren. Dieser Indikator ist dann sinnvoll, wenn Basisqualifikationen in einem Beruf eine wichtige Rolle spielen. Sobald Spezialwissen erforderlich wird, eignet sich dieser Indikator nur noch bedingt. Der berufsspezifische Arbeitslosenquotient errechnet

sich aus den Arbeitslosen geteilt durch die Summe aus Arbeitslosen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (hier gezählt am Wohnort) in dem entsprechenden Beruf in der Beobachtungsregion. Sowohl für diesen Indikator als auch für den Anteil der Älteren sehen wir einen Engpass als gegeben, wenn der Wert für die Berufsordnung in der jeweiligen Region über (für den Anteil der Älteren) bzw. unter (für den berufsspezifischen Arbeitslosenquotienten) dem Durchschnitt aller Berufe in der Betrachtungsregion liegt.

Diese Vielzahl an Indikatoren weisen wir für Berufe aus, die gemäß der Engpassanalyse der Statistik der BA als Engpassberufe im Sinne der abgeschlossenen Vakanzdauer und deren Veränderung definiert werden und in denen mehr als 0,1 % aller Beschäftigten der jeweiligen Region tätig sind. Die resultierenden Engpassberufe in Mitteldeutschland sind in Tabelle 2 ausgewiesen, wobei die jeweiligen Engpassfelder grau hinterlegt sind.

Tab. 2:
Indikatorenübersicht zur
Identifikation möglicher
Arbeitskräfteengpässe

Berufsordnung	Bedeutung	Arbeitsstellen			Beschäftigungstrend		Ersatzbedarf	Arbeitslosigkeit	
	Anteil an allen SVB (in %)	Bestand Stellen (JD)	abgeschlossene Vakanzdauer (in Tagen)	Veränd. 2010/2011 (in Tagen)	kurzfristig (Index 2010=100)	mittelfristig (Index 2006=100)	Anteil 55-64-Jährige an allen SVB (in %)	Arbeitslose pro gemeldete Stelle (JD)	berufsspez. Arb.los.-quotient (in %)
	2011	2011					30.06.2011	2011	
Sachsen									
Gesamt	100,0	16.108	51	7	101,9	107,1	17,3	14	13,8
841 Ärzte	0,7	127	241	101	105,2	123,2	10,0	1	1,1
844 Apotheker	0,2	12	120	53	99,6	91,2	20,9	3	1,3
Sachsen-Anhalt									
Gesamt	100,0	9.129	50	7	101,3	104,7	18	15	14,9
694 Versicherungsfachleute	0,2	69	128	42	95,1	89,6	19,1	2	4,7
270 Schlosser, o.n.A.	1,3	71	102	48	100,4	99,1	18,7	7	4,3
Thüringen									
Gesamt	100,0	11.247	56	7	101,9	105,4	17,6	9	11,7
841 Ärzte	0,7	144	266	121	105,6	118,8	11,8	0	0,6
844 Apotheker	0,2	12	129	62	99,8	95,4	21,1	1	0,8
270 Schlosser, o.n.A.	1,1	94	112	59	98,4	89,7	17,0	3	3,5
694 Versicherungsfachleute	0,2	61	110	10	97,3	101,9	15,7	2	4,5
135 Glasbearbeiter, Glasveredler	0,2	16	109	36	103,8	116,1	17,4	2	2,1
881 Wirt.- u. Sozial.wissensch.	0,2	61	103	54	105,8	132,8	10,7	7	19,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

In Sachsen und Thüringen sind Engpässe bei den Ärzten und Apothekern zu verzeichnen, was sich insbesondere aus sehr hohen Vakanzdauern der Stellen und dem Nicht- bzw. Kaumvorhandensein dieser Berufe im Potenzial der Arbeitslosen ergibt. In Thüringen wie auch in Sachsen-Anhalt zeichnen sich weiterhin Engpässe bei den Schlossern und den Versicherungsfachleuten ab, wobei die Beschäftigungsentwicklung in der Vergangenheit jedoch unterdurchschnittlich ausfiel. In Thüringen weisen zudem die gemeldeten Stellen für Glasbearbeiter/-veredler und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler eine sehr hohe Vakanzzeit auf. Bei der letzteren Berufsordnung steht allerdings noch genügend Reserve seitens der Arbeitslosen zur Verfügung. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass anhand der hier durchgeführten Analyse nur ein sehr geringer Teil der Berufe als Engpassberufe eingestuft werden kann. Sie umfassen in Sachsen 0,9 % der Gesamtbeschäftigung, in Sachsen-Anhalt 1,5 % und in Thüringen 2,6 %.

Die makroökonomische Sicht

Aus makroökonomischer Sicht gilt der Lohn als zentraler Ausgleichsmechanismus zwischen

Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Vereinfacht ausgedrückt: Sollte die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot übertreffen, müsste theoretisch der Lohn steigen bzw. in einer regionalen Betrachtung höher sein als in anderen Regionen. Dieser Indikator wird mit Hilfe der Veränderung des Medians des Bruttomonatsentgelts der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) zwischen 2006 und 2010 abgebildet.

Tabelle 3 weist das Medianentgelt für die in Tabelle 2 identifizierten Engpassberufe in den drei Bundesländern und zum Vergleich in Westdeutschland aus. Die grau unterlegten Felder zeigen an, in welchem Bundesland der jeweilige Beruf als Engpassberuf gilt. Die Entgeltentwicklung verlief in den sechs Berufsordnungen teils sehr unterschiedlich. So erzielten die Ärzte in Sachsen ein leicht über dem Landesdurchschnitt liegendes Plus von 5,9 %, wohingegen es in Thüringen mit 5,2 % Zuwachs leicht unter dem Durchschnitt lag. Der Anstieg bei den Apothekern hingegen fiel in beiden Bundesländern deutlich überdurchschnittlich aus. Diese Entwicklung kann als Indiz dafür gewertet werden, dass ein steigender Arbeitskräfte-

bedarf bei den Apothekern mit einer Nominalloohnerhöhung einhergeht. Dies gilt auch für die Schlosser und Glasbearbeiter/-veredler. Bei den Versicherungsfachleuten hingegen widerspricht die Lohnentwicklung der Einstufung als Engpassberuf, denn die fiel in Thüringen sogar negativ aus. Schließlich konnte die Entgeltentwicklung auch bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern nicht mit der Gesamtdynamik mithalten. Als Fazit bleibt also festzuhalten, dass die Lohnentwicklung ein sehr differenziertes Bild zeigt.

Fazit

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass von einer ganz Mitteldeutschland betreffenden, alle Branchen und Berufe umfassenden Mangelsituation nicht gesprochen werden kann.

Unabhängig davon, was unter Fachkräften und einem Mangel an ihnen zu verstehen ist, bieten die verschiedenen Indikatoren, die genutzt werden können, um Fachkräftebedarfe zu quantifizieren, kein allumfassendes und eindeutiges Bild. Die Kombination aus Vakanzdauern, Beschäftigungstrends und Arbeitslosen wirkt vielfach mehr Widersprüche auf, als einen klaren Trend zu

Kein umfassender Mangel

Tab 3:
Der Lohn als
Entgeltindikator

	Sachsen		Sachsen-Anhalt		Thüringen		Westdeutschland	
	Median 2010 (in)	Veränd. 2006/ 2010 (in %)	Median 2010 (in)	Veränd. 2006/ 2010 (in %)	Median 2010 (in)	Veränd. 2006/ 2010 (in %)	Median 2010 (in)	Veränd. 2006/ 2010 (in %)
841 Ärzte	4.624	5,9	4.630	5,1	4.630	5,2	5.455	4,9
844 Apotheker	2.695	13,9	2.981	12,3	2.859	11,4	3.568	9,6
694 Versicherungsfachleute	3.544	5,0	3.289	0,9	3.191	-0,9	4.287	8,2
270 Schlosser, o.n.A.	1.716	9,8	1.707	9,5	1.772	12,9	2.445	9,3
135 Glasbearbeiter, Glasveredler	1.836	12,9	2.042	5,5	2.094	15,0	2.512	7,7
881 Wirt.- u. Soz.wissensch.	2.710	0,1	3.086	5,7	2.895	2,2	4.371	-2,2
Insgesamt	1.955	5,1	2.001	5,1	1.936	5,4	2.835	5,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

identifizieren. Der demografische Wandel, der vielfach ursächlich für einen Fachkräftemangel gesehen wird, hat zudem nicht nur Auswirkungen auf das Arbeitsangebot, sondern nahezu in allen Branchen auch auf die Arbeitsnachfrage. Die Fachkräftediskussion ist deshalb für Mitteldeutschland zu relativieren.

Engpässe in einzelnen Branchen

In einigen Wirtschaftszweigen und Berufsfeldern deuten sich jedoch schon jetzt Engpässe an, die sich zum Teil in Zukunft verschärfen werden, aber (noch) nicht bei den Engpassberufen erscheinen. Insbesondere für den Bereich der Gesundheit und Pflege sind Engpässe wahrscheinlich, denn mit zunehmendem Alter der Einwohner einer Region steigt auch die Nachfrage nach Dienstleistungen dieser Bereiche. Gleichzeitig wird das Potenzial, aus dem entsprechende Arbeitskräfte auch hierfür rekrutiert werden können, wie anfangs ausgeführt deutlich sinken.

Die Unternehmen haben noch Potenzial

Grundsätzlich besteht aber bei den Unternehmen noch großes Potenzial beim Ausschöpfen von Maßnahmen, die diese zum Gewinnen und Halten von Fachkräften ergreifen können. Sie reichen von Lohnanreizen über weiche Faktoren wie z. B. Unternehmensattraktivität (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) bis hin zu Kooperationen mit den lokalen Hochschulen.

Analysen machen weiterhin deutlich, dass die Unternehmen in Mitteldeutschland vor allem das in der Region vorhandene Potenzial an Arbeitskräften besser ausschöpfen sollten, denn die Chancen auf Zuwanderung von Fachkräften aus dem restlichen Deutschland oder gar aus dem Ausland sind insgesamt als sehr gering einzustufen.³

Keine Zuwanderung

Literatur

- Bonin, Holger; Schneider, Marc; Quinke, Hermann; Arens, Tobias (2007): Zukunft von Bildung und Arbeit. Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020. IZA Research Report No. 9, Bonn.
- Brunow, Stefan; Fuchs, Michaela; Weyh, Antje (2012): Messinstrumente im Test: Wie zuverlässig lässt sich Fachkräftemangel bestimmen? IAB-Forum, Nr. 2, S. 10–15.
- Brunow, Stefan; Garloff, Alfred (2011): Arbeitsmarkt und demografischer Wandel: Anpassungsprozesse machen dauerhaften Fachkräftemangel unwahrscheinlich. IAB-Forum, Nr. 2, S. 92–97.
- Freeman, Richard B. (2006): Is a great labor shortage coming? Replacement demand in the global economy. NBER working papers, No. 12541, Cambridge.
- Fuchs, Michaela; Weyh, Antje (2012a): Gibt es einen Fachkräftemangel in Leipzig? in: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistischer Quartalsbericht IV/2011, Leipzig, S. 31–35.
- Fuchs, Michaela; Weyh, Antje (2012b): Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Fachkräftesituation in Mitteldeutschland. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Fachkräftemangel. Ein neues, demographisch bedingtes Phänomen? Bonn, S. 43–52.
- Fuchs, Michaela; Sujata, Uwe; Weyh, Antje (2011): Herausforderungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt in Sachsen. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen 01/2011, Chemnitz.
- Fuchs, Michaela; Pohl, Anja; Sujata, Uwe; Weyh, Antje (2011): Herausforderungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt in Thüringen. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen 01/2011, Halle.
- Fuchs, Michaela; Sujata, Uwe; Weyh, Antje (2010): Herausforderungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen 03/2010, Halle.
- Hartmann, Michael; Reimer, Kim (2011): Möglichkeiten und Grenzen einer statistischen Engpassanalyse nach Berufen. Methodenbericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2008): Im Fokus: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen. Wirtschaft im Wandel 04/2008, Halle, S. 128–131.
- Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2007): „Sag mir, wo die Mäd-

chen sind...“ Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen. Wirtschaft im Wandel 8/2007, Halle, S. 298–307.

- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (2011): Statistisches Jahrbuch 2011, 42. Band, Leipzig.
- Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2010): 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose, Kamenz. <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/> (abgerufen am 21.02.2010).
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2010): Bevölkerungsvorausberechnung nach Alter und Geschlecht. 5. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2008–2025, Statistische Berichte A I/S, Halle.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2010): Entwicklung der Bevölkerung Thüringens 2010 bis 2030 nach Kreisen – Bevölkerungsvorausberechnung. Statistischer Bericht A I, Erfurt.
- Zika, Gerd; Helmrich, Robert; Kalinowski, Michael; Wolter, Marc Ingo; Hummel, Markus; Maier, Tobias; Hänisch, Carsten; Drosdowski, Thomas (2012): Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030: In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial. IAB-Kurzbericht 18/2012, Nürnberg.

Anmerkungen

- 1 Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Regionalen Forschungsnetz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- 2 Die statistische Engpassanalyse der BA umfasst noch weitere Nebenkriterien, die wir hier allerdings außen vor lassen. Zur Information: Die Engpassanalyse wird monatlich aktualisiert und ist unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analytikreports/Regional/Analytikreports-regional-Nav.html> abrufbar.
- 3 Teile des Beitrages sind aus den Veröffentlichungen von Brunow, Fuchs und Weyh (2012), Fuchs und Weyh (2012a) sowie Fuchs und Weyh (2012b) übernommen.

Geograf und Diplom-Statistiker

Im Süden was Neues

Helmut Schels, Ingolstadt, Thomas Scheuchenpflug, München

Nachdem Florian Breu (Stadt München) und Joachim Hahn (Heidelberg) insgesamt 10 Jahre die Geschicke der AG Süd geleitet haben, wurden im Juni 2012 Neuwahlen abgehalten. Neuer Vorsitzender wurde Helmut Schels (Stadt Ingolstadt), stellvertretender Vorsitzender Thomas Scheuchenpflug (Stadt München).

Helmut Schels (Stadt Ingolstadt)

Geboren 1959, besuchte ich in Ingolstadt die Grundschule und das Gymnasium bis 1979. Von 1980 bis 1984 studierte ich Geografie an der TU München. Mit den Nebenfächern Volkswirtschaftslehre, Ökologie, Städtebau/Landesplanung und Informatik habe ich einen breiten Themenbereich abgedeckt, der mir auch heute noch hilft, wenn es um die Auswertung und Interpretation von Statistiken geht. Anfang 1985 schloss ich das Studium mit dem Diplom ab und war zunächst 18 Monate freiberuflich als Geograf tätig.



Helmut Schels

Von 1986 bis 1988 war ich dann bei der Stadt Ingolstadt stellvertretender Erhebungsstellenleiter bei der Volkszählung 1987. Bereits 1983 hatte ich im Rahmen eines Praktikums bei der Stadt Ingolstadt an der Vorbereitung der Volkszählung 1983 mitgewirkt, die vom Bundesverfassungsgericht wegen datenschutzrechtlicher Belange dann allerdings um einige Jahre verschoben wurde. Von 1988 bis Ende 1991 war ich Mitarbeiter im Büro der Landesgartenschau 1992 in Ingolstadt. Von dort wechselte ich Anfang 1992 wieder zum Sachgebiet Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Ingolstadt. Dort leite ich seit 1994 das Sachgebiet, das mittlerweile „Statistik und Stadtforschung“ heißt, mit 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (3 Vollzeit-Äquivalente). Mein Aufgabengebiet umfasst neben der Leitungsfunktion alle Arten von Tätigkeiten in einer kommunalen Statistikstelle (sogenannter „Universal-Dilettantismus“ 😊). Seit 1995 war ich bei allen Tagungen der AG Süd dabei (außer Rosenheim im Jahr 2000) und schätze die jährliche Tagung als sehr wichtigen Erfahrungsaustausch. Die Landkreise, die mittleren Städte und die kleineren Großstädte können von den Erfahrungen untereinander und auch von den „Großen“ profitieren. Aber auch die „Kleinen“ bieten immer wieder interessante Projekte, die auch den großen Großstädten Inspiration geben. Zusammen mit meinem Münchener Kollegen Thomas Scheuchenpflug wollen wir die gute Arbeit unserer Vorgänger fortsetzen und auch hin und wieder etwas Neues versuchen.

Thomas Scheuchenpflug (Stadt München)

Ich habe 1994 mein Studium am Statistischen Institut der LMU München abgeschlossen, und gehöre damit zu der in Deutschland relativ seltenen Spezies der Diplom-Statistiker, die ja nur in Dortmund und München ausgebildet werden. Zum Zeitpunkt meines Abschlusses war die medizinische Statistik eines der interessantesten statistischen Anwendungsgebiete, daher habe ich meine erste Berufserfahrung am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg gesammelt. Im Fachbereich Epidemiologie waren Umfragen, statistische Auswertung mehrerer Studien und die methodische Auseinandersetzung mit Meta-Analysen mein Arbeitsbereich.

Im Dezember 1999 wechselte ich ins Statistische Amt der Landeshauptstadt München. Da zeitgleich das Zentrale Informationsmanagement- und -analyse-system ZIMAS vom Stadtrat genehmigt wurde, lag meine erste Aufgabe darin, das neue Team zur Konzeption und zum Aufbau dieser Datenbank zu verstärken. Schrittweise folgte dann die Überleitung in mein eigentliches Schwerpunktgebiet: Zusammen mit Florian Breu bauten wir ein Team auf, das sich speziell der Beratung und Durchführung städtischer Umfragen annehmen sollte. Auf dem Höhepunkt der Verwaltungsreform gab es gerade für diese Dienstleistung einen hohen Bedarf, respektive bei Mitarbeiterbefragungen. Mittlerweile hat dieses Team fast 300 städtische Umfrageprojekte betreut. Aktueller Schwerpunkt sind Befragungen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement.



Thomas Scheuchenpflug

Florian Breu war es auch, der mich 2002 zum VDSSt brachte, und dem ich nun im Vorstand der AG Süd nachfolgen kann. Die Arbeit und der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen in der AG Süd hat mir bereits bisher viel Spaß gemacht, deswegen freue ich mich auf die künftigen gemeinsamen Tagungen und Aktionen.

Frühjahrstagung 2013 – Willkommen in Wolfsburg

Eine Stadt zum Wohlfühlen

Kommunikation, Stadt Wolfsburg



Abb. 1:
Die Experimentierlandschaft
Phaeno, entworfen von
Star-Architekten Zaha Hadid.
(Foto: Phaeno/Klemens
Ortmeyer)

Stadt des KdF-Wagens

Wolfsburg wird erst 75

Wussten Sie schon, dass Wolfsburg zu den grünsten und gesündesten Städten Deutschlands gehört und sein Freizeitangebot herausragend ist? Unsere Stadt wird Sie überraschen: als dynamischer Wirtschaftsstandort, als Freizeit- und Erlebnisstadt, als grünes Naherholungsgebiet sowie als Sportstadt. Rund acht Millionen Besucher kommen jährlich nach Wolfsburg, etwa eine halbe Million Übernachtungen werden gezählt. Wolfsburg heißt die Städtestatistiker zur Frühjahrstagung vom 18. bis 20. März 2013 herzlich willkommen und wünscht einen angenehmen Aufenthalt. Wolfsburg gilt als eine der bedeutendsten Stadtgründungen des 20. Jahrhunderts und feiert im Jahr 2013 den 75. Geburts-

tag. Die Stadt verdankt ihre Gründung dem Entstehen des Volkswagenwerkes.

Man schrieb den 1. Juli 1938, als durch einen förmlichen Erlass des Oberpräsidenten in Hannover die „Stadt des KdF-Wagens“ neu gebildet wurde. Damals lebten hier in drei kleinen Gemeinden gerade einmal 900 Menschen. Seit 1945 trägt die Stadt den Namen „Wolfsburg“. Eingebettet in zwei große Landschaften, im Süden der Harz und im Nordwesten die Lüneburger Heide, entstand in nur zwei Generationen eine moderne und welt-offene Stadt, in der heute mehr als 123.000 Einwohner leben. Mit dem Stammsitz der Volkswagen AG mit rund 53.000 Beschäftigten und als Heimat zahlreicher Automobilzuliefer-

er, Händler, Dienstleistungsunternehmen und Handwerksbetriebe gilt Wolfsburg als einer der dynamischsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands. Mehr als 110.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind gemeldet – ein historischer Höchststand. Mit der Anbindung an das ICE-Fernnetz der Bahn, den Bundesautobahnen 39 und 2, Bundesstraßen, Flughafen Braunschweig-Wolfsburg sowie Mittelandkanal verfügt Wolfsburg über eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur und garantiert eine gute Erreichbarkeit.

Zahlreiche Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen des Volkswagenwerkes, die Zulieferindustrie, das Science-Center, das Technologie- und Gründerzentrum InnovationsCampus, die Auto-Uni und besonders die aufstrebende „Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften“ mit mehr als 3.000 Studierenden in den Fachbereichen Fahrzeug-, Produktions- und Verfahrenstechnik, Gesundheitswesen und Wirtschaft festigen den Ruf Wolfsburgs als Standort für Wissenschaft und Bildung. Attraktive Arbeitsplätze entstehen, der Bedarf an Wohnraum steigt kontinuierlich. Die Wohnbauentwicklung gehört daher zu den Top-Themen der Zukunft. Rund 6.000 Wohnungen und Häuser sollen in den nächsten Jahren entstehen, um aus Pendlern Bürger zu machen.

Wolfsburg glänzt mit hoher Lebensqualität: Zahlreiche At-

traktionen, sehr gute Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten, ein vielfältiges Angebot an Wohnraum und eine optimale Infrastruktur machen das Leben hier angenehm. Ende 2009 wurde Wolfsburg beim Wettbewerb um den Familienpreis des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit zur familienfreundlichsten Stadt Niedersachsens gewählt. Wolfsburg setzt weiter auf den Schwerpunkt Bildung und Familie und bewirbt sich um das vom Deutschen Kinderhilfswerk und der Kinderhilfsorganisation UNICEF vergebene Siegel „Kinderfreundliche Kommune“.

Wolfsburg bietet eine erstklassige Kulturlandschaft mit zahlreichen international bekannten Institutionen. Im Herzen der Stadt lädt die Autostadt zu einer aufregenden Entdeckungsreise in die Welt der Mobilität ein. Der automobile Themen- und Erlebnispark ist ein beliebtes Ausflugsziel. Eingebettet in eine große Park- und Lagunenlandschaft, bietet die Autostadt spannende Erlebnisattraktionen und zahlreiche Veranstaltungen – vom internationalen Tanzfestival „Movimentos“ bis zur alljährlichen Winterinszenierung. In direkter Nachbarschaft befindet sich die deutschlandweit einmalige Experimentierlandschaft phäno. Hier erwarten Sie unglaubliche Phänomene zum Staunen, Anfassen und Ausprobieren. An über 350 interaktiven Experimentierstationen können Sie die spannende Welt von Naturwissenschaft und Technik hautnah erleben. In einem imposanten Bau im Zentrum der Stadt präsentiert das Kunstmuseum Wolfsburg wechselnde Exponate und Ausstellungen und begeistert die Besucher mit

hochkarätiger moderner und zeitgenössischer Kunst.

Im 130 Hektar großen Allerpark kommen Freizeitbegeisterte voll auf ihre Kosten. Die SoccaFive Arena, der Hochseilgarten „monkeyman“, die Eis-Arena, das STRIKE Event- und Bowlingcenter, die Wasserskianlage „Wakepark“ sowie Norddeutschlands größtes Freizeit- und Erlebnisbad „Badeland“ halten ein buntes Freizeitvergnügen rund um den Allersee bereit – Sonnenbaden am 850 Meter langen Sandstrand inklusive.

Die Stadt überrascht auch mit spannenden Sporthighlights – wie Spielen der ersten Fußball-Bundesliga (VfL Wolfsburg mit Herrenmannschaft, 2008/2009 Deutscher Meister, und Frauenmannschaft) sowie Eishockey in der DEL (Grizzly Adams, EHC Wolfsburg, Pokalsieger 2009). Unter dem Motto „2011 von seiner schönsten Seite“ war Wolfsburg einer von neun Austragungsorten der FIFA Frauen-Weltmeisterschaft 2011 in Deutschland.

Neben kulturellen Highlights und attraktiven Freizeitmöglichkeiten bietet Wolfsburg auch als Einkaufsstandort ein

abwechslungsreiches Angebot. In der neu gestalteten Einkaufsmeile in der Innenstadt laden die City-Galerie sowie zahlreiche kleinere Geschäfte, Kaufhäuser und Boutiquen zum Shoppen und Verweilen ein. Auch ein Besuch in den designer outlets Wolfsburg lohnt sich: Das bundesweit einzige, direkt in der Innenstadt gelegene Designer-Outlet-Center bietet mit über 50 Markshops internationale Spitzenmode zu attraktiven Preisen.

Ob futuristische Baukunst, architektonische Meisterwerke, malerisches Fachwerk oder historische Gebäude – all das begegnet Ihnen in Wolfsburg. Die richtungsweisenden Bauwerke namhafter Architekten wie Alvar Aaltos Kulturhaus, Hans Scharouns Theater, Gunter Henns Autostadt und Zaha Hadids phäno prägen ebenso das Stadtbild wie das 700 Jahre alte Schloss Wolfsburg, ein Baudenkmal der norddeutschen Renaissance, oder die historischen Altstädte von Vorsfelde und Fallersleben. Erleben Sie Wolfsburg und lassen Sie sich von der Vielfalt unserer Stadt überraschen!

Weitere Informationen zur Stadt Wolfsburg finden Sie unter:

www.wolfsburg.de

Die Stadt überrascht

Abb. 2:
Das Schloss Wolfsburg.
(Foto: Stadt Wolfsburg)



„Lässig rausgerotzt“

Es ist mal wieder Zeit

Martin Schlegel, Hagen

Die Zeit ist reif, borgen Sie sich die Scheibe von Ihren Eltern. Die haben die bestimmt. Aber: Verleihen die die?

Es geht hier um die LP, die im März 1963 auf den Markt kam und begann, die Musikwelt

aufzurollen. „Please Please Me“, die erste Beatles-LP. Im Mai erreichte sie Platz 1 der britischen Charts und blieb dort unglaubliche 30 Wochen. Abgelöst wurde sie von der nächsten Beatles LP: „With The Beatles“, die den Fab Four

für weitere 21 Wochen Platz 1 bescherte.

Doch bevor Sie die Scheibe auflegen, lesen Sie, was Peter Ames Carlin in seiner Paul-McCartney-Biographie zur Entstehung dieser LP schreibt.

Am Morgen des 11. Februar 1963 bauten die Beatles kurz vor zehn Uhr ihr Equipment auf und bereiteten alles dafür vor, zehn Songs herauszuhauen, überwiegend Coverversionen, die sie live schon monate- oder jahrelang im Programm hatten. Als keine dreizehn Stunden später der Schlussakkord von „Twist and Shout“ verhallte, waren sie fertig: Ein ganzes Album (das allerdings auch die A- und B-Seiten der bereits veröffentlichten Singles enthielt) war in wenig mehr als einem halben Tag entstanden. Die Eile wirkte sich keinesfalls negativ aus. Die Beatles hatten ihre Songs so lange in sich aufgestaut, dass sie nun mit Macht aus ihnen herausbrachen.

Das Album begann mit Pauls lässig herausgerotztem *One two three four*, und dann folgte eine Tour de Force aus hartem Rock'n'Roll, satirischer Ballade, Seelenschmerz, amerikanischem Pop und satirischer Shownummer, um dann wieder zum klassischen Rock'n'Roll zurückzukehren, ohne dass zwischen den einzelnen Tracks Zeit zum Luftholen blieb. Und egal, was sie spielten, die Beatles verliehen den Songs eine Überzeugungskraft, dass sie wie das jüngste Evangelium klangen.

Die Energie in ihrer Musik, die begeisterte Überzeugung in ihren Stimmen versetzte die Rille in echte Schwingungen. Pauls mutwillige Geilheit in „I Saw Her Standing There“ wurde von Johns hervorragender Überarbeitung des Originaltextes („She'd never been a beauty queen“ wurde durch das wesentlich laszivere „You know what I mean“ ersetzt) und das Aufheulen verstärkt, das Paul zu Beginn von Georges ruppigem Solo losließ. Ringos drums lieferten den perfekten Groove für „Anna“, einen sanft rockigen Rhythmus, der Johns Gesang beruhigend einrahmte, bevor ein harter Wirbel auf der Snare ihn auf die kehlige Angst zusteuern ließ, die in der Überleitung geradezu explodiert. Paul konnte nicht widerstehen, bei Georges Solo zu „Boys“ einen wilden Freudenschrei auszustoßen, während John „Baby It's You“, „Misery“ und „Anna“ mit einer bewegenden Unterströmung aus Paranoia, Herzschmerz und Erniedrigung versah.

You should hear what they say, klagte er. Everybody knows.

Quelle: Peter Ames Carlin: Paul McCartney – Die Biografie, Hannibal-Verlag, Höfen, 2010, S. 125



1963 – Was für ein Jahr!

Martin Schlegel, Hagen

JANUAR

Frankreichs Präsident Charles de Gaulle wendet sich gegen Groß-Britanniens EWG-Beitritt.

Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterzeichnen in Paris den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

FEBRUAR

Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“ wird in Berlin uraufgeführt.

Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

MÄRZ

Kilius-Bäumler sind Eiskunstlauf-Weltmeister.

Die Bundesregierung verbietet, Großstahlröhren in die UdSSR zu liefern.

APRIL

Die BRD bekommt noch ein TV-Programm: Das ZDF startet.

MAI

Bundespräsident Heinrich Lübke und König Frederik IX von Dänemark weihen die Vogelfluglinie ein.

JUNI

US-Präsident John F. Kennedy besucht Deutschland und beendet seine Rede mit „Ich bin ein Berliner“.

Saudi Arabien hebt die Sklaverei auf und entschädigt die Sklaveneigentümer.

Das „Rote Telefon“ zwischen Moskau und Washington ist fertiggestellt.

Der Profumo-Sex-Skandal erschüttert Großbritannien.

JULI

Die UdSSR nimmt ein zerlegbares und transportables Atomkraftwerk in Betrieb.

AUGUST

200.000 Menschen protestieren in Washington gegen die Rassendiskriminierung. Hauptredner ist Martin Luther King mit seiner bewegenden Ansprache „I have a dream“. Seine Rede ist in diesem Heft abgedruckt.

Die UdSSR, Großbritannien und die USA vereinbaren ein Verbot von Kernwaffenversuchen in der Luft, im Welt- und im Wasser.

Die Fußball-Bundesliga startet.

Bei einem spektakulären Überfall auf einen Postzug erbeuten die Gangster 2,5 Mill. Pfund (28,5 Mill. D-Mark).

SEPTEMBER

Der US-Staat Alabama weigert sich, die Rassentrennung an den Schulen aufzuheben. Erst das energische Eingreifen Kennedys ermöglicht schwarzen Kindern, bisher für sie gesperrte Schulen zu besuchen.

OKTOBER

Bundeskanzler Konrad Adenauer tritt zurück, Ludwig Ehrhard wird sein Nachfolger.

NOVEMBER

Auf John F. Kennedy wird bei einem Besuch in Dallas ein Attentat verübt. 30 Minuten später erliegt er seinen Verletzungen. Der texanische Präsident überlebt schwer verletzt.

Mit Hilfe der sogenannten Dahlbusch-Bombe werden 11 Bergleute in Lengede gerettet.

DEZEMBER

Theodor Heuss stirbt. In Frankfurt beginnt der Auschwitzprozess.

Quelle: Bodo Harenberg (Hrg.): Chronik des 20. Jahrhunderts, Chronik-Verlag, Dortmund 1988

Ex-AG in Wien

Imperiale Pracht und Sturm im Glas

Hubert Harfst, Hannover

Nach achtzehn Jahren fand die Statistische Woche erstmals wieder jenseits der Grenze statt. Wie 1994 hatten die Österreichischen Statistiker nach Wien eingeladen.

Wien war jahrhundertlang kaiserliche Reichshaupt- und Residenzstadt der Habsburger und damit als Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches, des Kaisertums Österreich und als eine der beiden Hauptstädte Österreich-Ungarns ein kulturelles und politisches Zentrum Europas. Heute mit immerhin 1,7 Millionen Einwohner „nur“ die Hauptstadt unseres kleinen Nachbarn, hat Wien viel aus längst vergangenen Zeiten attraktiv in unsere Zeit hinübergerettet.

Und so machten sich nun etliche Ex-Statistiker mit Anhang auf, bei strahlendem Herbstwetter die Schönheiten der kaiserlichen und königlichen Metropole zu erforschen.

Zum ersten gemütlichen Beisammensein trafen wir uns im Restaurant „Zu den 3 Hacken“ in der Singerstraße im ersten Wiener Gemeindebezirk, einer der ältesten Gastwirtschaften der Stadt.

Am nächsten Tag galt es, die Stadt näher kennen zu lernen. Wie geht das besser als mit der Vienna Ring Tram. Sie umrundet in rund 25-minütiger Fahrt die Wiener City entlang der Ringstraße. Diese Prachtstraße, die gemeinsam mit dem Franz-

Josefs-Kai einen gut 5 Kilometer langen Ring um Wiens Innenstadt bildet, entstand Mitte des 19. Jahrhunderts anstelle der alten Stadtmauer.

Mittels LCD-Bildschirmen und Kopfhörern erfuhren wir viel Wissenswertes über diesen Boulevard mit seinen prunkvollen Gebäuden wie Staatsoper, Hofburg, Parlament, Rathaus, Burgtheater, Universität, Börse und weitere zahlreiche repräsentative Palais. Der Ringstraßenstil als besondere Ausprägung des Historismus war stilbildend für die Architektur der 1860er bis 1890er Jahre. Heute gehört der gesamte Straßenzug zum Weltkulturerbe Historisches Zentrum von Wien.

„Ex-AG vor dem Stephansdom“
(Foto: Hubert Harfst)



Einige versuchten, die Erklärungen zu den Sehenswürdigkeiten auch im Wiener Dialekt zu erleben und den vom beliebten österreichischen Schauspieler Karl Merkatz als „Mundl-Ansage“ gesprochenen Originaltext zu verstehen. Es klappte – bei einiger Konzentration!

Danach erwartete uns der Stadtführer. Doch bevor wir am Karlsplatz zur Oper hinaufstiegen, erwartete uns eine Sehenswürdigkeit der ganz besonderen Art: die Operntoilette. Schon von weitem hört man – toilettenuntypisch – den Donauwalzer, und man würde sicher als allerletztes vermuten, dass man sich eigentlich nur Wiens wahrscheinlich berühmtester Toilette nähert. Die 70 Cent Eintritt waren es dann Einigen auch ohne „Bedürfnis“ wert.

Dann ging es vorbei an der Oper und am Danubiusbrunnen zur Albertina, dem Palais Erzherzog Albrecht mit dem 1899 errichteten Reiterdenkmal und dem markanten modernen Flugdach.

Danach erstreckt sich dann als Stadt in der Stadt die Hofburg. Hunderte von Jahren Bautätigkeit von Herzogen, Königen und Kaisern: Augustinerkirche, Josefsplatz, Nationalbibliothek, Stallburg, Reitschulgasse, Michaelerkirche, Schweizertrakt, Stallburg mit den Stallungen der berühmten Lipizzaner, Neue Hofburg mit Sitz des Bundespräsidenten, Hofburgkapelle – jede Ecke beeindruckte neu.

Vorbei an den Resten römischer Besiedlung ging es dann in das kommerzielle Wien. Hinter dem Kohlmarkt mit seinen internationalen Boutiquen und dem Kaffee Dehmel öffnete sich der Graben – die gute Stube der Stadt. Von hier war es nicht mehr

weit zum Stephansdom, das Wiener und österreichische Wahrzeichen schlechthin.

Danach war die Mittags- und Kaffeepause in einem typischen Wiener Kaffeehaus wohl verdient.

Am Nachmittag war, zumindest für die meisten, Burgtheater und Heinrich von Kleists „Prinz von Homburg“ angesagt. Andere erkundeten die Stadt und ihre Museen oder wagten sich auf einen Stehplatz im vierten Rang der Oper. Am Abend kam dann „Sturm“ auf. Wie schon zaghaft am Vorabend probiert, sprach man (und auch frau) dem ersten Vorboten des neuen Weinjahres zu. Das fruchtig-frische Herbstjuwel im Glas, der Sturm, hat in Österreich ab September Saison. Mit einem Alkoholgehalt von einem Prozent ist der „Sturm“ genannte frisch gärende Traubensaft wohl bekömmlich.

Bei strahlendem Sonnenschein ging es am nächsten Tag in das Belvedere, eine für Prinz Eugen von Savoyen erbaute barocke Schloss- und Gartenanlage. Wie eine Gloriette mit schönem Blick über die Stadt dient das Obere Belvedere ab der zweiten Hälfte der 1770er Jahre als kaiserliche Gemäldegalerie.

Neben der Traditionellen Ausstellung erwartete uns ein besonderes Highlight. Zur Wende des 20. Jahrhunderts galt Wien mit seinem reichen Kultur- und Gesellschaftsleben, seinen Künstlern, Literaten und Wissenschaftlern als Weltstadt. Wien wurde auch zu einem Zentrum des Jugendstils, der vor allem mit der Künstlervereinigung Secession (nach der das charakteristische Gebäude am Karlsplatz benannt wurde) und den Künstlern Otto Wagner, Egon Schiele und besonders Gustav Klimt verbunden

ist. Die Jubiläumsausstellung „150 Jahre Gustav Klimt“ in der Beletage des Oberen Belvedere mit sämtlichen Gemälden Klimts aus dem Bestand des Hauses brachte uns Klimt und seine Spuren in der Kunst in einer ungeahnten Fülle und auf einer überraschend neuen Vermittlungsebene näher.

Am Nachmittag dann wieder die traditionellen Touristenpfade: Je nach Vorliebe Schloss Schönbrunn, Sissi-Museum, Schatzkammer, Nationalbibliothek, Hundertwasser, Gemeindebauten oder noch einmal Klimt in der Secession. Wer Zeit fand, stärkte sich bei Trzesniewski mit einem der 22 verschiedenen unaussprechlich guten Brötchen und einem Pfiff (0,1 Liter Bier).

„Oh du lieber Augustin“, das hier ein Bänkelsänger Mitte des 17. Jahrhunderts zum ersten Mal sang, doch das Notenblatt verschwand dann wieder.

Diejenigen, die die spannenden Vorträge der Statistischen Woche gebucht hatten, konnten am folgenden Mittwoch auch am Empfang der Stadt Wien im Festsaal des Rathauses teilnehmen. Ein überwältigendes Erlebnis in einzigartiger Kulisse.

Das nächste Treffen findet auf mehrheitlichen Wunsch nicht zur Frühjahrstagung in Wolfsburg, sondern am zweiten Juniwochenende anlässlich der Gemeinschaftstagung des KOSIS-Verbundes in Freiburg statt.



„Brötchen mit Pfiff“
(Foto: Hubert Harfst)

Zum Abschied war das „Griechenbeisl“, ein erkergeschmücktes, uraltes Haus, drinnen viele kleine bogenumwölbte Stuben, treppauf, treppab angesagt. Wie die Mauern des Hauses zweimal dem Türkensturm Stand gehalten haben, so hielten wir dem „Sturm“ in allen seinen Farbschattierungen stand. Einige liebäugelte zwar zu später Stunde (da soll sich einer mit Marillenlikör sogar Mut ange-trunken haben) mit dem Lied

Mit dabei sein wird, so wünschen alle, auch unser Ehrenmitglied Professor Dr. Heinz Grohmann. In Wien ließ er sich seine 91 ½ Jahre nicht anmerken und war bei allen Aktivitäten dabei.

Autorenverzeichnis

- Bachmann, Günther, M.A.**, Darmstadt, Abteilungsleiter, Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung, guenther.bachmann@darmstadt.de
- Blinkert, Prof. Dr. Baldo**, Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS), baldo.blinkert@soziologie.uni-freiburg.de
- Burgard, Jan Pablo**, Diplom Volkswirt, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik Trier, jpburgard@uni-trier.de
- Erbslöh, Barbara**, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Amtsleiterin, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen, Essen, barbara.erbsloeh@amt12.essen.de
- Fuchs, Dr. Michaela**, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), IAB regional in der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, Halle, Michaela.Fuchs@iab.de
- Gabler, PD Dr. Siegfried**, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Teamleiter Statistik bei GESIS, Mannheim, siegfried.gabler@gesis.org
- Ganninger, Dr. Matthias**, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Team Statistik bei GESIS, Mannheim, matthias.ganninger@gesis.org
- Hämer, Andreas**, Pfarrer i.R., Großrosseln, a.haemer@web.de
- Haumann, Georg**, Abteilungsleiter Stadt- und Regionalentwicklung im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt
- Höfflin, Prof. Dr. Peter**, Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Leiter des Instituts für angewandte Sozialforschung, p.hoefflin@efh-ludwigsburg.de
- Kolb, Jan-Philipp**, Diplom Volkswirt, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Team Statistik bei GESIS, Mannheim, Jan-Philipp.Kolb@gesis.org
- Kolmer, Michael**, Darmstadt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt
- Mausfeld, Juliana**, Diplom-Soziologin, Referatsleiterin Regionales, GIS, Wahlen und Kundenmanagement im Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, juliana.mausfeld@statistik-nord.de
- Münnich, Prof. Dr. Ralf**, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Trier, muennich@uni-trier.de
- Münzenmaier, Dr. Werner**, Ministerialrat im Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, werner.muenzenmaier@mfw.bwl.de
- Ruten, Christa**, Diplom-Geografin, Städt. Rätin, Amt für Stadt- und Regionalentwicklung – Statistik, Münster, rutenchr@stadt-muenster.de
- Seidel-Schulze, Antje**, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen, seidel-schulze@difu.de
- Sinner-Bartels, Barbara**, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Abteilung 2, Bevölkerung und Kultur, Projektgruppe Zensus, barbara.sinner-bartels@stala.bwl.de
- Schels, Helmut**, Sachgebietsleiter, Stadtplanungsamt Ingolstadt, Sachgebiet Statistik und Stadtforschung, helmut.schels@ingolstadt.de
- Scherdin, Patricia**, Diplom-Geographin, Bereich Statistik und Wahlen der Stadt Oberhausen, patricia.scherdin@oberhausen.de
- Scheuchenpflug, Thomas**, Diplom-Statistiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Statistisches Amt München, thomas.scheuchenpflug@muenchen.de
- Schimany Dr. habil Peter**, Referatsleiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg und apl. Professor für Soziologie an der Universität Passau. Nürnberg, peter.schimany@bamf.bund.de
- Schlegel, Martin**, Diplom-Kaufmann, Amtsleiter a.D., Hagen, me.schlegel@t-online.de
- Weyh, Dr. Antje**, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in der Regionaldirektion Sachsen, Antje.Weyh@iab.de